



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Durch die rot-weiß-rote Brille – Die Darstellung der EU
im ORF-„Report‘ 1995-2020“

verfasst von / submitted by

Leandra Wolfinger, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 665

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Interdisziplinärer Master Zeitgeschichte und
Medien

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Monika Bernold

Danksagung

Ich möchte mich bei allen Menschen bedanken, die mich bei der Fertigstellung dieser Masterarbeit unterstützt haben. Meiner Betreuerin, Monika Bernold, danke ich für die vielen wertvollen Ratschläge und den stetigen Zuspruch während des nicht immer einfachen Schreibprozesses. Auch der Leiterin meines Masterseminars, Heidemarie Uhl, und meinen dortigen Kommiliton:innen danke ich für die tollen Rückmeldungen und den spannenden Austausch. Für die schnelle Hilfe bei der Recherche möchte ich mich bei Ruth Elena Stifter-Trummer vom Multimedialen Archiv des ORFs, sowie bei Kathrin Strobl vom „Report“-Magazin bedanken. Zu guter Letzt gilt mein Dank meiner Tante für ihr hilfreiches Feedback, sowie meiner gesamten Familie und meinen Freunden, ohne deren finanzielle und mentale Unterstützung ich meinen Studienweg nicht bestreiten hätte können.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	4
2 Die Darstellung der EU im Fernsehen.....	6
2.1 Probleme der Darstellbarkeit – Was ist Europa?.....	7
2.2 Europa im Fernsehen.....	10
3 Der ORF als öffentlich-rechtlicher Fernsehsender.....	13
3.1 Organisation	13
3.2 Sendeauftrag und Leitlinien	15
4 „Report“ – Ein österreichisches Politmagazin	17
4.1 Vorläufe, Entstehung (1995) und weitere Entwicklung der Sendung	17
4.3 Die Zuspielder	20
5 Methodische Vorgangsweise.....	22
5.1 Quellenkorpus und Zugang	23
5.2 Methodendesign	24
5.2.1 Themencodes.....	25
5.2.2 Personencodes	32
6. Analyse.....	35
6.1 Quantitative Analyse	35
6.1.1 Themen und Personen	35
6.1.2 Themen und Themen.....	41
6.1.3 Sprache und Bilder	47
6.2 Qualitative Analyse	54
6.2.1 „Der große Europa-Report – Mehr oder weniger EU?“ vom 12. Juni 2018	54
6.2.1.1,„Intro & Umfrage“	55
6.2.1.2,„Budget“	57
6.2.1.3,„Sozialunion“	59
6.2.1.4,„Zuwanderung Arbeitsmarkt“	60
6.2.1.5,„Migration“	62
6.2.1.6,„Mehr oder weniger EU?“	64
7 Schlussteil.....	66
7.1 Die Darstellung der EU von 1995 bis 2020.....	66
7.2 Fazit.....	73
Abbildungsverzeichnis	77
Tabellenverzeichnis.....	78
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	79
Abstract	87

1 Einleitung

Im Jahr 1995 wurde Österreich Mitglied der Europäischen Union. Zwölf Jahre später – genauer im Zeitraum 2007 bis 2019 – sahen zwischen 31 und 46 Prozent der österreichischen Bevölkerung die Mitgliedschaft als etwas Gutes und lagen damit unter dem EU-weiten Durchschnitt von 47 bis 61 Prozent im selben Zeitraum.¹ Die Österreicher:innen sehen für sich auch weniger Vorteile durch die Mitgliedschaft als im Mittel, haben aber eher den Eindruck, dass ihre Stimme innerhalb der Union zählt.² Das Bild der EU erscheint in Österreich also durchaus widersprüchlich.

Woher genau dieser Widerspruch rührt wird diese Arbeit nicht beantworten können. Vielmehr wird es um das mediale Darstellung der EU in Österreich gehen und in welchem Licht diese im Zeitraum 1995 – dem Beitritt Österreichs – bis 2020 erscheint. Als Medium der Wahl wurde das Fernsehen herangezogen. Sowohl die Zusammensetzung und Struktur der EU wie auch das Fernsehen haben sich in diesem Zeitraum verändert: es kam zur Erweiterung der EU und zur Erweiterung der Sendervielfalt, beide mussten sich aufgrund des rasanten Anstiegs der Digitalisierung und Globalisierung weiterentwickeln. Die Mitgliedschaft der EU wirkte sich auch direkt, in Form von Gesetzen und neuen Programminhalten, auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich aus, der plötzlich nicht mehr nur als nationale Sendeanstalt fungierte. Solche gesellschaftspolitischen Gegebenheiten werden letztlich durch die Inhalte auch an die Rezipient:innen weitervermittelt und prägen deren Ansichten mit. Eine genaue Betrachtung der Berichterstattung kann Aufschluss darüber geben, woher ein bestimmtes Image der EU herrührt.

Als Analysegegenstand wurden Beiträge aus dem ORF-Politmagazin „Report“ gewählt. Hier sollte berücksichtigt werden, wer überhaupt als Zielgruppe für solch eine Sendung in Frage kommt und wieviel Prozent der Bevölkerung letztlich damit erreicht und potenziell ‚beeinflusst‘ werden. Da es sich aber um ein Format des ORFs handelt, können die Ergebnisse der Untersuchung Aufschluss darüber geben, wie sich dieser als öffentlich-rechtlicher Sender bei der EU-Berichterstattung (auch in anderen Sendungen) positioniert.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich im Zuge der Arbeit damit beschäftigen, durch welche audiovisuellen Narrative sich das im „Report“ vermittelte Bild der EU auszeichnet und ob es diesbezüglich Veränderungen im Zeitraum 1995 bis 2020 gegeben hat. Folgende

¹ Vgl. Austria. Socio-demographic trendlines – EP Eurobarometer (2007-2019), 5. Ausgabe, Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/socio-demographic-trends-national-public-opinion-ed5/at-en-socio-demographic-trendlines.pdf>, 8 (abgerufen 10.5.2023).

² Vgl. ebd., 12 und 4.

Leitfragen bilden dabei das Gerüst der Untersuchung: Werden vor allem die Probleme beleuchtet oder werden auch positive Errungenschaften vermittelt? Welche Perspektive wird bei der Berichterstattung vermittelt – eine europäische oder nationale? Und welches Narrativ wird über das ‚Wesen‘ der EU vermittelt – die eines politisch-bürokratisch erzeugten Gebildes aus mehreren unterschiedlich gewichteten Staaten oder die eines imaginierten, nationale Grenzen überwindenden Raumes mit einer gemeinsamen kulturellen Identität? Und als was wird sie nicht dargestellt?

Besonders wichtig für die Arbeit waren drei Werke aus den Jahren 2005 und 2009, die sich mit der visuellen Darstellung der EU und Europas befassten. Der Sammelband „Europa-Bilder“³, herausgegeben von Vrääth Öhner, Andreas Pribersky, Wolfgang Schmale und Heidemarie Uhl, beinhaltet Aufsätze zu den Bildern und Imaginationen EU-Europas in verschiedenen Medienformaten, die sich über die Jahrhunderte hinweg sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas generierten. In eine ähnliche Richtung geht auch der Band „Europäische Bilderwelten“⁴, der von Gertraud Diendorfer und Heidemarie Uhl herausgegeben wurde. Allerdings liegt der Fokus hier vor allem auf der Gegenwart und der österreichischen Perspektive auf die EU. Das Werk entstand im Rahmen des Forschungsprogrammes „NODE/New Orientations für Democracy in Europe“ des österreichischen Wissenschaftsministeriums. Ebenfalls 2009 und im Zuge dieses Programmes wurde das Buch „EUropäische Bildpolitiken“⁵ von Petra Bernhardt, Leila Hadj-Abdou, Karin Liebhart und Andreas Pribersky veröffentlicht, welches sich der Analyse visueller Kommunikation von EU-Politik widmet. Alle drei Werke verweisen auf den *Iconic* oder auch *Visual Turn* in den Kulturwissenschaften und den damit einhergehenden Fokus auf die Frage, wie Bilder unsere Vorstellung des Zusammenlebens prägen und beeinflussen. Somit wird auch untersucht wie sich Bilder von Europa auf die Herausbildung einer europäischen Identität – im Gegensatz oder zur Ergänzung der nationalen Identität – bei den Bürger:innen auswirken. Gemein ist allen drei Werken, dass sie feststellen, dass die EU mit der Herausbildung eines positiven, kollektiv wirkungsvollen Bildkatalogs hadert. Mit meiner Arbeit werde ich aufzeigen, dass sich diese Problemlage, zumindest was das Beispiel des ORFs anbelangt, auch in den letzten Jahren kaum verbessern konnte.

³ Vrääth Öhner u. a. (Hg.), Europa-Bilder, Innsbruck u. a. 2005.

⁴ Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl (Hg.), Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive, Innsbruck 2009.

⁵ Petra Bernhardt u. a., EUropäische Bildpolitiken. Politische Bildanalyse an Beispielen der EU-Politik, Wien 2009.

Dabei gehe ich so vor, dass ich zunächst eine Einführung in die Schwierigkeiten bei der Darstellung von EU-Europa gebe und dabei den Fokus auf visuelle Formate im Allgemeinen, konkreter aber auf das Fernsehen (Kapitel 2) lege. Danach beleuchte ich das Umfeld der später zu analysierenden Beiträge: dies ist zum einen der ORF als der öffentlich-rechtlichen Sender Österreichs (Kapitel 3), zum anderen der „Report“ als dessen Politmagazinformat (Kapitel 4). Damit soll aufgezeigt werden, in welchem medialen, rechtlichen und ethischen Umfeld die Magazinbeiträge zur EU entstehen. In Kapitel 5 gehe ich auf die Quellenarbeit und das Methodendesign der Arbeit ein, vor allem auf die Codegenerierung im Zuge der quantitativen Analyse. Im Anschluss werden in Kapitel 6 die Ergebnisse der Analyse vorgestellt. Diese geben einen Überblick über die Häufigkeit bestimmter Personengruppen und Themen, sowie sich wiederholender Sprachbilder im Zeitraum 1995 bis 2020. Anschließend wird eine Sendung vom 12. Juni 2018 herangezogen, um die Darstellung der EU anhand eines Beispiels im Detail zu betrachten. Die Betrachtung der zeitlichen Verteilung ausgewählter Themen und Personen, sowie ein Fazit zur Darstellung der EU im ORF-„Report“ wird am Ende in Kapitel 7 erfolgen.

2 Die Darstellung der EU im Fernsehen

Für die europäische Integration und Vertiefung scheinen politische und ökonomische Erfolge irrelevant zu sein, wenn sie nicht entsprechend kommuniziert werden. 2005, dem Jubiläumsjahr der zehnjährigen EU-Mitgliedschaft, wurde seitens der österreichischen Politik ein Kommunikationsdefizit der Europäischen Union bemängelt, welches – trotz diverser Verbesserungen durch den Beitritt – zu weit sinkenden Zustimmungswerten in Österreich geführt hat.⁶ Es geht hier aber nicht nur um die Vermittlung darüber *was*, die EU macht, sondern *wer* sie – und damit alle EU-Bürger:innen eingeschlossen – ist. Um die Europäische Union als solche zu legitimieren, bedarf es also eines Identifikationsangebots, das nationale Differenzen überwinden kann, wie beispielsweise kollektiv wirksame „Vorstellungen über gemeinsame Charakteristika, räumliche Dimensionen, damit verbundene politische bzw. kulturelle Grenzziehungen bzw. der Definition des eigenen Selbstverständnisses durch die Abgrenzung zu einem „Anderen“.“⁷ Hier stellt sich allerdings die Frage wie solche Vorstellungen überhaupt repräsentiert werden können? Der Großteil des Wissens über die EU wird über journalistische

⁶ Heidemarie Uhl, „Europa kommunizieren – Europa visualisieren“, in: Vrääth Öhner u. a. (Hg.), *Europa-Bilder*, Innsbruck u. a. 2005, 141–166, 141–142.

⁷ Vrääth Öhner u. a., „Vorwort“, in: *Europa-Bilder* in: Vrääth Öhner u. a. (Hg.), *Europa-Bilder*, Innsbruck u. a. 2005, 7–11, 7.

Arbeit vermittelt, sei es in Printmedien, Internet oder eben Fernsehen. Je nach Medium unterscheidet sich auch die Gewichtung bei der Art der Vermittlung, etwa ob diese überwiegend visuell oder mittels Sprache stattfindet. Zwar konzentrieren sich viele Forschungsarbeiten im Bereich der Kulturwissenschaften seit dem *visual turn* auf die Bilder zu (EU-)Europa, jedoch merkt Vrääth Öhner richtigerweise an, dass diesen allein nicht zu viel Macht zugeschrieben werden sollte. Sowohl für die Pressefotografie wie auch für die Berichterstattung im Fernsehen, gilt nämlich, „dass das Bild niemals alleine steht, dass es immer von einem Text oder einem Kommentar begleitet wird, der dem Bild eine oder mehrere zusätzliche Bedeutungen [...] verleiht.“⁸ Diese These wird auch anhand der Analyse in dieser Arbeit bestätigt werden, denn viele der visuellen Darstellungen würden ohne sprachlichen Kontext nicht als Teil eines europäischen Bildkataloges erscheinen. Daraus ergibt sich die Frage, warum es so schwierig ist, einen eindeutigen Bildtypus für Europa zu kreieren und was diese Problematik für die mediale Berichterstattung über die EU bedeutet.

2.1 Probleme der Darstellbarkeit – Was ist Europa?

EU-Europa kann ebenso wie der Nationalstaat als ‚imagined community‘⁹ betrachtet werden, da die Idee der Zusammengehörigkeit ihrer Bürger:innen konstruiert ist und auf soziokulturellen sowie politischen Annahmen und Zielen basiert. Das Fernsehen steht vor der Herausforderung diese *Imagination* bzw. Vorstellung in ein audiovisuelles Format zu übertragen. Die Schwierigkeit beginnt jedoch bereits damit, dass keine eindeutige Vorlage existiert, die sich übertragen lässt. Vor allem um und seit dem Erweiterungsprozess 2003/2004 ist innerhalb der EU-Institutionen und den Geistes- und Sozialwissenschaften ein Reflexionsprozess über das ‚Wesen‘ Europas – sowohl im visuellen wie auch sprachlichen Sinne – eingetreten, wodurch es zu zahlreichen Definitionen (bzw. Versuchen dazu) kam.¹⁰ Gerhard Paul definiert den europäischen Bilddiskurs etwa durch die Kategorien der Abgrenzung zum ‚Anderen‘, als ein positives ‚Werbeprodukt‘, als Geschichtsbilder und

⁸ Vrääth Öhner, „Bilder lesen. Prolegomena zur Analyse von fotografischen Darstellungen EU-Europas“, in: Vrääth Öhner u. a. (Hg.), *Europa-Bilder*, Innsbruck u. a. 2005, 71–85, 77.

⁹ Siehe dazu: Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, Revised Edition, London, New York 2016.

¹⁰ Vgl. Rainer Bauböck/Monika Mokre/Gilbert Weiss, Nun wächst zusammen, was noch nie zusammengehörte, in: Monika Mokre/Gilbert Weiss/Rainer Bauböck (Hg.), *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Frankfurt am Main 2003, 9–21, 9.

Erinnerungsorte.¹¹ Die Abgrenzung zum ‚Anderen‘ zeige sich durch „Schlagbilder eines vor allem propagandistisch inspirierten Europadiskurses, der bis heute anhält und Europa primär negativ als bedrohten Kontinent visualisiert“.¹² Die Werbebilder seien Teil eines offiziellen von europäischen Institutionen seit den 1950er Jahren initiierten Diskurses, durch welchen ein einheitliches Bild in der Öffentlichkeit generiert werden sollte.¹³ Die Geschichtsbilder äußern sich in Form von „Schlüsselbilder[n] eines primär kunsthistorisch begründeten europäischen Bilderkanons in neueren Geschichtsbüchern der EU-Mitgliedsstaaten“ und die Erinnerungsorte „in Form von Bildclustern und Einzelbildern, in denen sich die Erfahrung einer gemeinsamen Geschichte verdichtet.“¹⁴ Bei diesen Definitionen handelt es sich freilich nur um Analysekategorien und keine unikalen Begriffsbestimmungen. Einen Überblick darüber, wie die historisch gewachsene Vorstellung über das Wesen der EU aussehen kann und welche Zwecke das Vorantreiben der europäischen Integration seit ihrem Bestehen innehatte, liefert Kurt Biedenkopf, dessen Aufsatz rund um das Bestreben einer EU-Verfassung Mitte der 2000er Jahre entstand.¹⁵ Seine Beobachtungen sind deswegen hilfreich, da sie die historischen Gegebenheiten miteinbeziehen, die immer wieder zu unterschiedlichen Interessen führten und so den Konstruktionscharakter aufzeigen. Seit dem Bestehen der EU, bzw. in den Anfängen der EWG in den 1950er Jahren, bis zur großen Osterweiterung 2004, macht Biedenkopf fünf Faktoren aus, welche die Integration und den Zusammenhalt der Union vorantrieben und festigten: Der Wunsch nach Frieden, Freiheit, Sicherheit gegenüber der gemeinsamen Bedrohung, Wiederaufbau und Wohlstand.¹⁶

Am Beginn stand vor allem das Bestreben mit der EU ein europäisches Friedensprojekt zu schaffen. Nach zwei Weltkriegen und den grausamen Verbrechen des Naziregimes, war es nun an der Zeit, die gegenseitige Zerstörung ein für alle Mal zu beenden und dafür zu sorgen, dass Europa zum Synonym für die Wahrung der Menschenrechte und einer freien Demokratie wurde. Mit Beginn der Kalten Kriege sah man sich nun einer Bedrohung durch die Sowjetunion ausgesetzt, wodurch der Wunsch nach innerem Zusammenhalt, um diese abzuwehren, noch größer wurde und dadurch auch existierende Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedsstaaten überragen konnte. In Verbindung mit der Friedenssicherung stand

¹¹ Siehe dazu: Gerhard Paul, *Europabilder des 20. Jahrhunderts. Bilddiskurse – Bilderkanon – visuelle Erinnerungsorte*, in: Benjamin Drechsel u. a. (Hg.), *Bilder von Europa. Innen und Außenansichten von der Antike bis zur Gegenwart*, Bielefeld 2010, 255–281.

¹² Ebd., 256.

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ein Bestreben, welches letztlich, auch am Widerstand der Bürger:innen mittels vereinzelt durchgeführten Volksabstimmungen scheiterte und stattdessen 2007 in den Vertrag von Lissabon mündete.

¹⁶ Vgl. Kurt Biedenkopf, *In Vielfalt geeint. Was hält Europa zusammen?*, in: *Transit* 26 (2003), 29–47, 31–33.

immer schon die wirtschaftliche Integration. Durch die Unterstützung der USA wurde nach Kriegsende eilig mit dem grenzübergreifenden Wiederaufbau in Europa begonnen. Mit der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes als Maßnahme des Zusammenhalts geht schließlich auch das Versprechen des Wohlstands und Wachstums einher, welches auch heute noch als treibender Faktor für die europäische Integration beschworen wird.

Diese Kohäsionskräfte – im Wesentlichen Frieden und Wohlstand – können durchaus als so etwas wie das Wesen der EU bezeichnet werden. Sie sind allerdings mit zwei wesentlichen Problemen verbunden. Erstens, sie sind nicht von dauerhaftem Bestand. Wohlstand und Wirtschaftskraft können immer wieder durch Finanzkrisen erschüttert werden, zuletzt verursacht durch die Corona-Pandemie oder den Ukraine-Krieg. Letzterer zeigt auch, dass auch der Frieden auf dem Kontinent nicht gesichert ist, was bereits bei den Balkankriegen in den 1990er Jahren zutraf. Tatsächlich zeigte sich aber durch Russlands Angriff auf die Ukraine, dass der Zusammenhalt in der EU wieder angewachsen ist. Der Frieden in Europa galt für die meisten als eine Selbstverständlichkeit und wurde nicht als ein Ergebnis der EU wahrgenommen. Nun sind die Faktoren Friedenssehnsucht, Schutz vor der äußeren Bedrohung und Wahrung der freien Demokratie plötzlich wieder akut geworden. Aber auch die Angst vor dem Wohlstandsverlust ist so hoch wie lange nicht mehr, sodass es beinahe scheint, als ob sich der Kontinent kurzfristig für einen der beiden Pfade entscheiden müsste.

Das zweite Problem besteht in der Darstellbarkeit dessen, was die EU ausmacht. Petra Bernhardt, Leila Hadj-Abdou, Karin Liebhart und Andreas Pribersky schreiben in ihrem Buch „EUropäische Bildpolitik“, dass viele Rituale des Politischen sich in der Gleichförmigkeit ihrer Darstellung verlieren:

Die ständige Wiederholung von Bildern einer im Grunde beschränkten protokollarischen Formensprache – Begrüßung und ›Empfang‹, Sitzung, (Gipfel)Gespräch, Pressekonferenz, Verabschiedung, ergänzt durch ebenso formalisierte Begegnungen mit ›der‹ Bevölkerung –, in deren Kontext Akteure und Akteurinnen sowie Schauplätze beinahe austauschbar erscheinen, legt eine nachlässige Betrachtung nahe.¹⁷

Diese Eintönigkeit wird erst durch einen gesellschaftlichen Bruch, etwa in Zusammenhang mit Protesten oder Gewalt, unterbunden. Danach kann ein formaler Akt – z.B. die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zur Beendigung eines kriegerischen Konflikts – wieder eine emotional aufgeladene Bedeutung erlangen. Ohne einer davor eingetretenen Verschlimmerung der Situation, besitzen diese „Ritualformen der zeitgenössischen Demokratie“¹⁸ somit keine besondere Wirkungsmacht. Um dieses Defizit einer emotionalen Identifikation mit der EU zu

¹⁷ Petra Bernhardt u. a., EUropäische Bildpolitik, 11.

¹⁸ Ebd.

beheben ist mitunter von einem *Branding* der EU die Rede. Damit ist das „Stiften von Markenidentität, das einem Produkt oder einer Dienstleistung durch das Hinzufügen emotionaler Komponenten den Charakter des Unverwechselbaren, Glaubwürdigen und Authentischen verleihen soll“¹⁹ gemeint. Während Befürworter:innen darin einen notwendigen Schritt in Richtung einer EU, die auf die Bedürfnisse einer auf Image fokussierten, postmodernen Welt ausgelegt ist, sehen, bemerken Kritiker:innen, dass Staaten und supranationale Gebilde viel zu komplex sind, um wie eine Marke ‚verkauft‘ zu werden.²⁰ Wissenschaftler:innen wie Ruth Wodak und Sonja Puntischer Riekmann sehen es daher als notwendig, dass die EU eigens neue Symbole erzeugt, die auch die politische und sozio-ökonomische Realität der Bürger:innen abbildet.²¹

Identitätskonstruktionen und deren Vermittlung sind notwendig, um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, und in weitere Folge die Legitimation der Existenz der EU, zu erzeugen. Bestrebungen hier einen Weg zu finden, um nicht in Konkurrenz mit nationalen Identitäten zu stehen oder sich durch Abgrenzung zu anderen Kollektivkonstruktionen zu beweisen, gibt es jedenfalls in der EU.²² Fraglich ist, wie erfolgreich diese bisher waren und an welchem Punkt sie sich momentan befinden. Dazu bedarf es vor allem den Blick auf die visuelle und sprachliche Darstellung in jenen Medien, die am stärksten in den Alltag der Menschen integriert sind.

2.2 Europa im Fernsehen

Was die Darstellung Europas im Fernsehen betrifft, bilden Informationssendungen nur einen Bereich von vielen. Andere Programmsparten sind etwa Sport, fiktionale Unterhaltung oder Kultur, welche teils ihre eigenen TV-Kanäle und Sendungsformate für den europäischen Markt hervorbringen.²³ Um technische Standards zu vereinheitlichen und dadurch einen besseren Programmaustausch unter den europäischen Ländern zu ermöglichen, wurde 1950 zudem die European Broadcasting Union (EBU) und 1954 die Tochtergesellschaft Eurovision gegründet.

¹⁹ Ebd., S. 31.

²⁰ Vgl. ebd., S. 35.

²¹ Vgl. Sonja Puntischer Riekmann/Ruth Wodak, ‚Europe for All‘ – diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten, in: Monika Mokre/Gilbert Weiss/Rainer Bauböck (Hg.), Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen, Frankfurt am Main 2003, 283–303, 289.

²² Vgl. Bernhardt u. a., Europäische Bildpolitik, 36.

²³ Beispiele hierfür sind der erste europäische Satellitenfernsehsender „Sky Television“ (1982), der aus den USA auf Europa umgelegte Musikkkanal „MTV Europe“ (1987), „Eurosport“ (1989) oder „Euronews“ (1993). Vgl. Miriam Meckel, Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung (Studien zur Kommunikationswissenschaft 3), Opladen 1994, 218–347.

Deren wohl bekanntestes paneuropäisches Sendeprodukt ist der seit 1956 ausgestrahlte „Eurovision Song Contest“.

Was nun die Inhalte zu Europa im Fernsehen betrifft, kann man im Wesentlichen zwischen Informations- und Unterhaltungsprogrammen unterscheiden – wobei dies eher eine Frage der Gewichtung ist, denn sowohl können erstere zusätzlich unterhalten als auch zweitens einen informativen Aspekt besitzen. Eine andere Unterscheidung wäre hinsichtlich der Wirkung auf Seite der Rezipient:innen. Wird man rational über europapolitische Abläufe informiert – z.B. bei den Budgetvergaben der EU – oder wird die emotionale Seite angesprochen – etwa bei der Übertragung des Falls der Berliner Mauer. Beide Aspekte sind notwendig, um Interesse und Verbundenheit mit einer europäischen Gemeinschaft zu schaffen. Je nachdem lassen sich daher unterschiedliche Bildtypen, Aussagen und Narrative feststellen.

Verschiedene Analysen von visuellen Repräsentationen der EU in österreichischen Medien kamen zu ähnlichen Erkenntnissen darüber mit welchen ‚Images‘ hier typischerweise kommuniziert wird.²⁴ Besonders häufig kommen Auftritte, Rituale und Porträts von Politiker:innen vor. Interessanterweise sind es einer Untersuchung Vräath Öhners nach, vor allem österreichische Politiker:innen, die im Zusammenhang mit europäischen Angelegenheiten abgebildet werden.²⁵ Dies geschieht in Form von Darstellungen als Individuum, aber auch gemeinsam mit anderen EU-Politiker:innen als Metapher der politischen (europäischen) Familie. Bürger:innen werden ebenfalls abgebildet, im Vergleich jedoch deutlich seltener. Hierzu merken Bernhardt, Hadj-Abdou, Liebhart und Pribersky an, dass die EU noch keine passende Repräsentationssymbolik für ihre Bevölkerung gefunden hat, was auch in Verbindung mit ihrem immer wieder bemängelten ‚Demokratiedefizit‘ gebracht wird.²⁶ In den Fällen, wo sie dargestellt werden, treten sie häufig als Masse, in Form eines jubelnden oder protestierenden Kollektivs, auf.²⁷ Individualisiertere Formen der Darstellung betreffen Szenen aus dem Alltag, etwa die Bereiche Beruf und Familie. Vor allem das Thema Arbeit ist

²⁴ Siehe dazu: Bernhardt u. a., Europäische Bildpolitik; Petra Dorfstätter, Visualisierung EU-Europas in österreichischen Tageszeitungen 2003/2004, in: Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl, Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive, Innsbruck 2009, 75–109; Vräath Öhner, „Eine einzige Österreich-Partei“. Europa-Bilder in den Informationssendungen des österreichischen Fernsehens“, in: Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl, Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive, Innsbruck 2009, 11–37.

²⁵ Siehe dazu: Vräath Öhner, Bilderpolitik des Gesichts, Was sich aus dem Bestand des Online-Fotoarchivs der APA über die visuelle Repräsentation von EU-Europa lernen lässt – und was nicht, in: Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl, Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive, Innsbruck 2009, 63–73.

²⁶ Vgl. Bernhardt u. a., Europäische Bildpolitik, 80.

²⁷ Vgl. ebd., 80–81.

wesentlich für das Selbstbild der EU, die sich nach wie vor in erster Linie als Wirtschaftsgemeinschaft begreift.²⁸

Orte wie ländliche Regionen und Städte sind ebenfalls häufig vertreten und unterschiedlich konnotiert. Während Gebäude in Städten generell mehr in Verbindung mit Politik gebracht werden, ist das Land häufiger eine Repräsentation der (National-)Bevölkerung. Natur wurde seit Beginn der Industrialisierung immer mehr zu einem „traditionellen Idyll“ stilisiert, während die EU und ihre Bürokratie – verbildlicht in den Institutionsgebäuden – immer wieder als eine Bedrohung für natürliche Ressourcen in Österreich wahrgenommen wurde.²⁹ Symbole werden ebenfalls in die Berichterstattung integriert, hier wird allerdings deutlich, dass die EU auf kein besonders großes Repertoire zurückgreifen kann. Neben der EU-Fahne – die oftmals in Verbindung mit den Nationalflaggen präsentiert wird – sind es ab und an die Euro-Münzen und -Scheine, die als eigenständiges EU-Symbol Verwendung finden. Deren Gestaltung selbst kann als ein weiterer Versuch gewertet werden die Diskrepanz zwischen nationalen und supranationalen Verweisen „auf visueller Ebene zu überwinden und zur Konstruktion einer EU-Identität als Basis eines gemeinsamen Wahrnehmungs- und Handlungsraumes der EU-Bürger/innen beizutragen.“³⁰ Die dargestellte Architektur auf den Banknoten soll auf die gemeinsame Geschichte des Kontinents verweisen, während die Rückseite der Münzen mit nationaler Symbolik versehen ist.

Das Fernsehen spiegelt letztlich wohl jene Ambivalenz wider, mit der die EU bei ihrer Identitätssuche generell zu kämpfen hat. Gleichzeitig bildet es in seiner Funktion als Mediendispositiv³¹, aber auch seine eigenen Narrative oder dekonstruiert bestehende. Bedeutsam sind hier vor allem die Programmsparten und -genres, da sie unterschiedliche Aspekte der europäischen Integration beleuchten. Was die Nachrichten und redaktionellen Formate betrifft, kommt auch die Eigenheit des Journalismus zu tragen, tendenziell eher über negative Aspekte zu berichten, was zu einem verzerrten Bild – auch im Hinblick auf die EU – führen kann. Ein kritischer Blick ist notwendig, da die Medien einen wichtigen Beitrag für eine funktionierende demokratische Gesellschaft liefern. Ihre Darstellungen zu untersuchen, kann dabei helfen zu verstehen, woher das Bild der EU in der Bevölkerung kommt.

²⁸ Vgl. ebd., 109–110.

²⁹ Vgl. ebd., 67–68, 70.

³⁰ Ebd., 150–151.

³¹ Vgl. Knut Hickethier, Dispositiv Fernsehen. Skizze eines Modells, in: Montage/AV 4 (1995) 1, 63–83; Monika Bernold, Fernsehen ist gestern. Medienhistorische Transformationen und televisuelles Dabeisein nach 1945, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 12 (2001) 4, 8–29, 16.

3 Der ORF als öffentlich-rechtlicher Fernsehsender

Mittlerweile kann der österreichische Rundfunk auf eine beinahe hundertjährige Geschichte zurückblicken, die laut Wolfgang Pensold von gesellschaftlichem Wandel geprägt ist.³² Was 1924 als Radio-Verkehrs-AG (RAVAG) begann, wandelte sich ab 1934 zu einem Instrument autoritärer Machthaber während der faschistischen Ära in Österreich. Mit dem ‚Anschluss‘ an Nazi-Deutschland wurde die RAVAG aufgelöst und der Sender in den Reichsrundfunk integriert, der von Berlin aus geleitet wurde. Nach Ende des Krieges und schließlich mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages, begann mithilfe des Rundfunks die Etablierung einer österreichischen Identität, wobei das neue Medium Fernsehen eine immer wichtigere Rolle einnahm.³³ Als weitere wichtige Zäsuren nennt Pensold die Rundfunkreform und die durch die gesellschaftliche Umbruchsstimmung der 1960er und 1970er Jahre in den Vordergrund gerückte Verantwortung des ORFs für den öffentlich-rechtlichen Auftrag. Mit dem Aufkommen der Privatsender und damit einhergehenden Konkurrenz in den 1980ern kann allerdings auch im ORF eine Entwicklung hin zur Kommerzialisierung und Quotenprogrammen festgestellt werden, was immer wieder zu Diskussion über die Berechtigung der Rundfunkgebühren führte. Seit den späten 1990er Jahren sind es vor allem das Internet und die Digitalisierung, die Fragen zur Ausrichtung eines öffentlich-rechtlichen Senders mit sich ziehen.³⁴ Wie sich dieser Prozess entwickeln wird, bleibt vorerst noch abzuwarten.

3.1 Organisation

Der Österreichische Rundfunk als die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt Österreichs bildet das größte Medienunternehmen des Landes. Rechtlich wird er durch das Bundesverfassungsgesetz über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks, das Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk und das Mediengesetz in Österreich geregelt. Zusätzlich dazu

³² Vgl. Wolfgang Pensold, Auf rot-weiß-roter Welle. Eine Geschichte des österreichischen Rundfunks, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder, Österreichische Mediengeschichte. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Band 2), 151–173.

³³ Vgl. ebd., 160; Bernold, Fernsehen ist gestern, 15.

³⁴ Eine genaue Abhandlung der medienhistorischen Entwicklungen im Untersuchungszeitraum kann aufgrund deren Ausmaßes in dieser Arbeit nicht dargestellt werden. Es sei jedoch erwähnt, dass durch die Verbreitung von Social Media und Streaming-on-Demand, neue Wissens- und Unterhaltungsquellen aufgetreten sind und auch Fernsehsender ihr Programm mittlerweile – zumindest für einen begrenzten Zeitraum – online anbieten (z.B. auf der ORF-TVthek).

geben auch internationale Gesetzes- und Richtlinien regulative Bestimmungen für den ORF vor, welche auf der eigenen Website angeführt werden³⁵:

- Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention „enthält das Recht auf freie Meinungsäußerung. Ebenso gewährleistet er die Informationsfreiheit, die Pressefreiheit und die Rundfunkfreiheit.“
- Das Amsterdamer Protokoll über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union „betont die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft und für die Gewährleistung von Pluralismus in den Medien. Es anerkennt die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Regelung des öffentlich-rechtlichen Auftrags und der Finanzierung dieses Auftrags.“
- Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt „schafft die Grundlage für das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik. Die Förderung der kulturellen Vielfalt wird als gemeinsames Ziel der Staatengemeinschaft formuliert. Dabei wird unter anderem der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Beitrag zur Medienvielfalt anerkannt.“

Die Organe des ORFs bilden der Stiftungsrat – da er eine Stiftung öffentlichen Rechts darstellt –, der/die Generaldirektor:in sowie der Publikumsrat.³⁶ Der Stiftungsrat ist das Kontrollgremium, welches unter anderem das Budget genehmigt. Seine Mitglieder werden für die Dauer von vier Jahren zu je unterschiedlichen Anteilen durch die Bundesregierung, die Bundesländer, den Publikumsrat und den Zentralbetriebsrat bestellt. Der Stiftungsrat ernennt auch den/die Generaldirektor:in. Diese Position wird für fünf Jahre vergeben und beinhaltet die Geschäftsführung aller Unternehmensbereiche. Der Publikumsrat ist wiederum für die Vertretung der Interessen von Seher:innen und Hörer:innen der ORF-Programme zuständig.

Die freie und unabhängige Arbeit der ORF-Journalist:innen soll durch das Redaktionsstatut garantiert werden. Dies wurde laut Website am 7. November 2022 aktualisiert, was in jenen Zeitraum fällt, in welchem die Chats des ehemaligen „Zeit im Bild“-Chefredakteurs Matthias Schrom mit dem damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache zur Berichterstattung des ORFs an die Öffentlichkeit gelangten. Diese sorgten für mediale Kontroversen rund um den Einfluss der Politik auf die ORF-Berichterstattung und führten letztlich dazu, dass Schrom

³⁵ Vgl. Recht und Grundlagen, Europäische Regulative für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/recht-grundlagen/eu-regulative/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

³⁶ Vgl. Public Value, Unternehmen, ORF, https://zukunft.orf.at/show_content.php?sid=108 (abgerufen 10.5.2023).

zurücktrat.³⁷ Solche Fälle sollten Erwähnung bei der Analyse eines Politmagazins wie dem „Report“ finden, da sie zeigen, dass die Sendungsinhalte auch Gefahr laufen durch jene politischen Akteure beeinflusst zu werden, über die darin berichtet wird.

Des Weiteren weist der ORF auf seine Gleichstellungs- und Frauenförderungsagenda hin. So wird erläutert, dass sich das Unternehmen aufgrund „seiner Positionierung in der Medienwelt eine besondere Vorbildwirkung auch in gesellschaftspolitisch wichtigen Bereichen wie der Gleichstellung von Frauen und Männern“³⁸ zuschreibt. Dazu wurde 2012 ein Gleichstellungsplan initiiert, dessen Maßnahmen und Vorgaben dazu führen sollen, „die bestehende Unterrepräsentanz und etwaige bestehende Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen“³⁹.

3.2 Sendeauftrag und Leitlinien

Für die inhaltliche Gestaltung unterliegt der ORF einer größeren Verantwortung als die privaten Sendeanstalten. Als öffentlich-rechtlicher Rundfunk wird er durch öffentliche Mittel sowie die Rundfunkgebühren der österreichischen Bürger:innen finanziert und untersteht somit auch der – durchaus demokratiepolitischen – Verpflichtung des *public value* seiner Programme. Dieser Auftrag wird auch im ORF-Gesetz juristisch geregelt und verankert. Mit dem öffentlichen Nutzen geht es den Rundfunkanbietern auch darum ihre Existenz zu legitimieren, da durch die Digitalisierung und der damit einhergehenden Informationsverfügbarkeit, die Frage nach deren Mehrwert immer öfter diskutiert wird – vor allem weil die Öffentlich-Rechtlichen aufgrund des Quotendrucks ihre eigene Kommerzialisierung (hier sind die Werbeschaltungen noch gar nicht mitgemeint) voranzutreiben scheinen.⁴⁰ Der ORF sieht seinen Auftrag, den er in den Programmrichtlinien definiert hat, wie folgt:

Der öffentlich-rechtliche ORF will mit der Summe seiner Angebote und Dienstleistungen einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung der österreichischen Identität im Blickwinkel der europäischen Geschichte und Integration leisten. Er hat den Auftrag, durch sein vielseitiges und breit gefächertes „Programm für alle“ zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung nach demokratischen Grundsätzen anzuregen sowie sich um Qualität, Innovation, Integration, Gleichberechtigung und Verständigung zu bemühen. [...]

³⁷ Siehe dazu: Chataffäre. ORF-Chefredakteur Schrom tritt zurück, ORF, <https://orf.at/stories/3293073/> (abgerufen 10.5.2023).

³⁸ Leitbild und Werte, Gleichstellung und Frauenförderung, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/leitbild-werte/gleichstellung/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Vgl. Marlies Neumüller/Nicole Gonser, Alles anders? Unterscheidbarkeit als Kriterium für Public Value, in: Nicole Gonser (Hg.), Die multimediale Zukunft des Qualitätsjournalismus. Public Value und die Aufgaben von Medien, Wiesbaden 2013, 15–34, 15.

Besonders in den Bereichen Information, Kultur und Wissenschaft haben sich die Programme des ORF durch hohe Qualität auszuzeichnen. Es ist Ziel des ORF, das relevante regionale, nationale, europäische und internationale Geschehen im Sinne größtmöglicher Meinungsvielfalt abzubilden und zu reflektieren. Die Angebote und Dienstleistungen des ORF richten sich an die Vielfalt der Interessen des gesamten Publikums. Er trägt dadurch zum Zusammenhalt des Gemeinwesens bei.⁴¹

Der Schwerpunkt scheint also insbesondere auf dem Bereich der Bildung zu liegen, wofür wiederum die Repräsentation von Diversität in der Gesellschaft und somit der Inhalte als bedeutsam angegeben ist. Um die Qualitätssicherung der eigenen Programmgestaltung zu gewährleisten, unternimmt der ORF verschiedene Maßnahmen. Diese liegen in der Erstellung von Programmstrukturanalysen, Public-Value-Berichten, Repräsentativbefragungen, Qualitätsprofilen, Publikums- und Expertengesprächen sowie Jahresstudien.⁴²

Das Leitbild des ORF – die aktuelle Version besteht aus zehn Punkten und stammt aus dem Jahr 2016 – bildet ein Gerüst an ethischen Werten und soll zur Orientierung für die Mitarbeiter dienen.⁴³ Für die Arbeit sind die Punkte 1 und 5 – wie auch ihre Reihung – von Interesse:

1. Wir bieten Programm für Österreich

5. Wir sind Fenster zu Europa und der Welt

An erster Stelle wird betont, dass der ORF als „Träger und Förderer österreichischer Identität, Kultur und Qualität“ auftritt. Unter dem fünften Punkt heißt es weiters: „Der ORF ist Fenster zur Welt sowie Stimme Österreichs und seiner Kultur auch jenseits der Landesgrenzen. Damit leistet er einen Beitrag zur europäischen Integration und zum Verständnis internationaler und globaler Zusammenhänge.“ Beide Male wird die Vermittlung der Identität bzw. der Kultur Österreichs betont. Zum einen gegenüber der österreichischen Bevölkerung, zum anderen gegenüber jenen außerhalb der Landesgrenzen. Vielmehr noch wird neben dem Eröffnen europäischer Perspektiven für das heimische Publikum auch die Verbreitung der österreichischen Ansichten in das Ausland als Notwendigkeit für die europäische Integration bezeichnet. Interessant ist auch, dass sich der ORF im Jahr 2005 selbst noch als „Garant für europäische Identität“ beschrieb.⁴⁴ Was damals aus der Rolle des Fernsehsenders bei der „Aufklärungs- und Informationskampagne“ zur Abstimmung über den EU-Beitritt begründet lag, die mit eindeutiger Zustimmung entschieden wurde, wurde bereits in den Jahrzehnten

⁴¹ Programmrichtlinien (P-RL), ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/leitbild-werte/programmrichtlinien/orf-programmrichtlinien102.pdf>, 2 (abgerufen 10.5.2023).

⁴² Vgl. Recht und Grundlagen, Das Qualitätssicherungssystem des ORF, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/recht-grundlagen/qualitaetssicherungssystem/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

⁴³ Vgl. Leitbild und Werte, Das Leitbild des ORF, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/leitbild-werte/leitbild/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

⁴⁴ Vgl. Vräath Öhner, „Eine einzige Österreich-Partei“, 11.

danach wieder entkräftet, als die Zufriedenheit mit der EU in Österreich wieder zu sinken begann.⁴⁵ Hier stellt sich die Frage, was das Zurückweichen bei der Eigendefinition hinsichtlich der EU-Positionierung für die Inhalte in der Berichterstattung des Senders zu bedeuten hat.

4 „Report“ – Ein österreichisches Politmagazin

Der Report gehört zu den Politmagazinen des ORF und wird jeden Dienstag um 21.05 Uhr auf ORF2 ausgestrahlt (Stand Februar 2023). Laut Eigenbeschreibung berichtet die Sendung

über Politik in Österreich und der EU, über gesellschaftspolitische und allgemein relevante wirtschaftspolitische Themen. Die Sendung analysiert Hintergründe der aktuellen politischen Ereignisse, deckt Probleme und Missstände auf, begleitet und ermutigt Bürgerinnen und Bürger, die sich selbst in Politik oder Zivilgesellschaft engagieren.⁴⁶

Im Hinblick auf die Ziele schreibt der ehemalige Sendungsverantwortliche des Reports, Robert Wiesner (2008–2018), dass das „Magazin, das anders als aktuelle Nachrichtensendungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, [...] Hintergründe erhellen, Entwicklungen analysieren und investigativ recherchieren will.“⁴⁷ Aufgrund der unabhängigen und auch kritischen Berichterstattung sieht sich die Sendung nach manchen Beiträgen mit Beschwerden seitens der Politik und diverser Institutionen konfrontiert, die daraufhin von der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) bearbeitet werden.⁴⁸

4.1 Vorläufe, Entstehung (1995) und weitere Entwicklung der Sendung

Als das erste wöchentlich erscheinende Politmagazin im ORF gilt „Politik am Freitag“, welches seinen Sendebetrieb im November 1980 startete. 1985 ging das Format in den „Inlands-“ sowie den „Auslandsreport“ über, womit sich auch das Themenspektrum erweiterte: nicht mehr bloß Politiker:innen, sondern auch Expert:innen, Bürger:innen und Aktivist:innen kamen in den Beiträgen zu Wort, die sich unterschiedlichen Themen aus der Gesellschaft – von Umwelt,

⁴⁵ Vgl. ebd.

⁴⁶ Sendungen von A – Z, Report, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/programmangebote/fernsehen/sendungen/sendungen-n-r/report100.html> (abgerufen 10.5.2023).

⁴⁷ Robert Wiesner, „Achtung Politik“ – Die politischen Magazine, in: Andreas Novak/Oliver Rathkolb (Hg.), Die Macht der Bilder, Berndorf 2017, 171–175, 171.

⁴⁸ Diese fungiert als „unabhängige und weisungsfreie Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für die elektronischen Audiomedien und die elektronischen audiovisuellen Medien in Österreich.“ Siehe dazu: Die KommAustria, https://www.rtr.at/medien/wer_wir_sind/KommAustria/KommAustria.de.html (abgerufen 10.5.2023).

Arbeit bis hin zu Religion – annahmen.⁴⁹ Robert Wiesner verweist auch auf die besondere Bedeutung der Sendung bei diversen Skandalen der österreichischen Innenpolitik: etwa der besonders kritischen Berichterstattung zur Waldheimaffäre und dem 1988 vom Hans Benedict und Peter Rabl durchgeführten Interview mit Bundespräsident Kurt Waldheim. Aufgrund eines besonders kritischen Interviews mit SPÖ-Innenminister Franz Löschnak zur Asylpolitik wurde Johannes Fischer 1992 als Sendungsverantwortlicher des „Inlandsreports“ abgesetzt.⁵⁰

Mit dem Beginn der Privatisierung des Fernsehens Ende der 1980er wuchs die Konkurrenz durch deutsche Kanäle für die öffentlich-rechtlichen Programme zusehends, was im Umkehrschluss für die Sendungsformate bedeutete, dass sie ihre dramaturgischen Freiheiten zugunsten den Bedürfnissen des Fernsehpublikums zurückschrauben mussten. 1995 kam es schließlich unter der Leitung von Helmut Brandstätter zur Programmreformierung und das unter neuem Namen laufende Magazin „Der Report“ ging erstmals am 7. März des Jahres auf Sendung. Die Neugestaltung richtete sich auch auf einen stimmigeren Handlungsbogen, Imagepflege und Werbung, sowie eine charismatische, meist bereits aus anderen Nachrichtenformaten bekannte, Moderation.⁵¹

Genau wie die österreichische EU-Mitgliedschaft feierte somit auch der „Report“ 2020 sein ein Viertel Jahrhundert andauerndes Bestehen. In der Jubiläumsausgabe der Sendung⁵² hieß es: „25 Jahre Report: das ist nicht nur trockene Berichterstattung, sondern oft Spiegelbild politischer Inszenierung.“ Die Macht der Bilder spiele für Politik und Medien gleichermaßen eine bedeutsame Rolle und der „Report“ habe wichtige innenpolitische Momente der vergangenen 25 Jahre im Gedächtnis der Gesellschaft verankert. Dazu gehören Jörg Haiders Ausfahrt mit Wolfgang Schüssel im Porsche Cabrio im Juni 2000 oder die Tortenattacke auf den damaligen Landesparteiobmann der Wiener FPÖ, Hilmar Kabas, während eines Interviews im April desselben Jahres.

Durch den einfacheren Zugang zu einer Vielzahl an Informationen im Zeitalter der Digitalisierung sieht Wiesner die Aufgabe des Politmagazins darin, diese für die Zuseher:innen entsprechend aufzubereiten und einzuordnen. Die Kontrolle, wie gut das gelingt, erfolgt vor allem über die Quoten⁵³:

⁴⁹ Vgl. Wiesner, „Achtung Politik“, 172–173.

⁵⁰ Vgl. ebd., 173.

⁵¹ Vgl. ebd.

⁵² ORF, Report, 25 Jahre Report (Leitung: Wolfgang Wagner), 3.3.2020.

⁵³ 2019 lagen diese im Schnitt bei einer halben Million. Siehe dazu: Am Schauplatz, Report, Eco, Thema, Weltjournal: Mehr Zuschauer für ORF-Magazine, Der Standard, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000113331069/am-schauplatz-report-eco-thema-weltjournal-mehr-zuschauer-fuer-orf> (abgerufen 10.5.2023).

Wir erzählen gern Geschichten, die viele Menschen interessieren, gestalten sie am liebsten so, dass sie spannend und verständlich sind und möglichst niemand ratlos wegzappt. Dennoch bestimmt eine journalistische Bewertung die Auswahl neuer Themen.⁵⁴

Auch das Verhältnis zwischen Politik und Medien hat sich über die Zeit verändert. Redaktionen wurden verkleinert, während Parteien ihre Kommunikationsabteilungen vergrößerten und von den klassischen in Richtung sozialer Medien umlenkten, wo sie ihre Botschaften eigenständig bestimmen können – Stichwort ‚Message Control‘. Der „Report“ wird hierbei oft als Positivbeispiel für unabhängigen, öffentlich-rechtlichen Fernsehjournalismus genannt, wie die Auszeichnungen mit dem Walther-Rode-Preis 2017 (Sendungsleiter: Robert Wiesner) und dem Robert-Hochner-Preis 2019 (Sendungsleiter: Wolfgang Wagner) zeigten. Zur Verleihung des Letzteren bekräftigte die Jury in einer Aussendung: „Courage, soziale Verantwortung und kritische Haltung gegenüber Machthabern aller Art wird beim ORF-‚Report‘, gepaart mit hoher journalistischer Qualität praktiziert“, und zwar gerade „in Zeiten von ‚Message Control‘, ‚Fake News‘ und zunehmend aggressivem Umgang mit kritischem Journalismus.“⁵⁵

Der „Report“ in seinem gegenwärtigen Format beginnt zunächst mit der Signation, einer Begrüßung und Anmoderation verbunden mit einer kurzen Vorschau auf die Beiträge. Daraufhin geht es mit dem Hauptteil der Sendung los, welcher sich im Wesentlichen durch zwei einander immer wieder abwechselnder Sequenzen unterscheidet: zum einen gibt es den im Studio stattfindenden Live-Abschnitt der Sendung, zum anderen die im Vorhinein aufgezeichneten Beiträge.

Im Live-Teil treten Moderation und Studiogäste auf. Der „Report“ lädt immer wieder österreichische Politiker:innen und Expert:innen ein, die zum jeweiligen Thema der Sendung interviewt werden. Die Moderation leitet das Publikum durch den gesamten Sendungsverlauf. Sie sorgt für die stimmigen Übergänge zwischen den einzelnen Elementen des Magazins, wofür sie mit der Regie zusammenarbeitet. Essenziell ist auch ihre Rolle bei der Interviewführung, damit die Befragten nicht nur ihre Wunschthemen wiedergeben.

Der aufgezeichnete Teil besteht aus jenen Beiträgen, die die Reporter:innen für die Sendung vorbereiten. Diese Magazin-Beiträge werden im ORF-Online-Archiv als ‚Zuspieler‘ bezeichnet. In der Regel gibt es einen Beitrag zu dessen Thema auch ein Studiogast eingeladen ist. Bei der Sendung vom 15. November 2022 handelt der erste Beitrag von Integrationsmaßnahmen von Geflüchteten, wozu im Anschluss Integrationsministerin Susanne Raab von der ÖVP im Studio ist. Die restlichen Beiträge, zu denen es keine entsprechenden

⁵⁴ Wiesner, „Achtung Politik“, 174.

⁵⁵ Hochner-Preis 2019 geht an ORF-„Report“, ORF, <https://orf.at/stories/3121591/> (abgerufen 10.5.2023).

Interviews gibt, befassen sich mit Themen wie Korruption, psychischer Gesundheit oder Gasversorgung in Haushalten. Zuspieldaten zur EU bilden die Inhalte, die im Rahmen der Arbeit untersucht wurden, weshalb ihre Zusammensetzung im Folgenden näher erörtert werden soll.

4.3 Die Zuspieldaten

Magazinbeiträge unterliegen zwar den journalistischen Regeln nur recherchierte Fakten zu liefern, es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, dass sie keinem Narrativ folgen. Es geht nicht darum den Zuseher:innen die aufregendste und selbst gedichtete Erzählung zu präsentieren, wohl aber die Informationen so verständlich und spannend wie möglich zu vermitteln. Das liegt unter anderem auch am medialen Charakter des Fernsehens: bei einem Buch kann man noch einmal zurückblättern, sollte etwas nicht verstanden worden sein, beim Fernsehen gibt es diese Möglichkeit nicht.⁵⁶ Der Aufbau der Erzählung beziehungsweise der Dramaturgie richtet sich wiederum nach der Art des Beitrages. Auch wenn es zur Gestaltung keine festgeschriebenen Regeln gibt, handelt es sich bei Politmagazinbeiträgen üblicherweise um einen Hintergrundbericht oder eine Reportage.⁵⁷ Die Aufgabe des Hintergrundberichts ist es, den Kontext zu aktuellen Ereignissen oder Problemen zu liefern, damit sich das Publikum eine Meinung bilden kann. Die Reportage liefert wiederum einen Einblick in ein Phänomen oder eine Lebenswelt, die den Zuseher:innen ansonsten nicht zugänglich ist. Es kann aber auch darum gehen, eine neue Perspektive zu etwas bereits Bekanntem zu eröffnen. Außerdem ist es wichtig klarzustellen, dass sowohl der Hintergrundbericht Elemente der Reportage enthalten kann wie auch vice versa.

Kim Otto, Claudio Höll und Andreas Elter ordnen dem Hintergrundbericht folgende Struktur zu: Problem, Ursache, Verursacher:in sowie Lösung und Forderung. Als Akteure treten wiederum die Protagonist:innen, bzw. die Betroffenen, auf. Weiters kommen Expert:innen – die das Problem neutral beurteilen –, Verantwortliche – bspw. Personen aus Regierung oder Wirtschaft – und Involvierte – z.B. Abgeordnete oder Mitarbeiter:innen eines Unternehmens – vor. Bei der Reportage geht es eher um die Beleuchtung eines Einzelschicksals, welches jedoch für die Gesamtgesellschaft von Bedeutung ist. Hier wird besonders viel Wert auf Authentizität

⁵⁶ Diese Regel bezieht sich auf das klassische Fernsehen. Da heutzutage viele Sender zumindest für einen begrenzten Zeitraum Online-Streaming anbieten, würde diese nicht mehr (gänzlich) gelten. Daher wird es in Zukunft auch sehr spannend zu beobachten sein, wie und ob die digitale Transformation, den Aufbau von Fernsehformaten ändern wird.

⁵⁷ Vgl. Kim Otto/Claudio Höll/Andreas Elter, Magazinjournalismus im Fernsehen. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis (Journalistische Praxis), Wiesbaden 2020, 103–140.

gelegt, was oftmals mit emotionaler Nähe verbunden ist. Im Gegensatz zum sonst so wichtigen Credo im Journalismus – der Objektivität – ist bei der Reportage auch der subjektive Blick gestattet oder gar erwünscht, solange er transparent bleibt.

Um nun aber zurück zur eigentlichen Frage, nämlich die der Dramaturgie – die beide Formate gleichermaßen betrifft –, zu kommen: wie werden Informationen so aufbereitet, dass sie nicht nur verständlich, sondern auch spannend genug sind, damit die Zuseher:innen nicht umschalten? Für den Aufbau der Beiträge gehen Otto, Höll und Elter von drei Schritten aus: ein Anlass, dessen Thema und die sich daraus ergebende Geschichte. Für Letzteres ist wiederum die Unterscheidung zwischen Strukturmodellen und Dramaturgie, abgeleitet aus westlichen Erzähltraditionen wie sie auch in Film und Theater vorkommen, notwendig.

Strukturell können Beiträge etwa chronologisch, thematisch, dual (pro und contra), etc. gegliedert werden. Häufig werden auch antizipierende Fragen (Sachverhalt, Hintergrund, Wirkung, etc.) genutzt, um einen roten Faden durch den Beitrag zu ziehen und Personen, Plätze und Szenen miteinander zu verbinden.

Die Dramaturgie legt die Art und Weise der Erzählung dar und muss bereits bei der Recherche mitbedacht werden. Viele Elemente, die heute verwendet werden, gehen auf Aristoteles' „Poetik“ zurück, wie etwa das Aktprinzip oder die Tatsache, dass es (eine) Hauptfigur/en gibt. Otto, Höll und Elter stellen auf Basis dieser Erzählmodelle folgende Möglichkeit eines dramaturgischen Aufbaus für einen Magazinbeitrag vor⁵⁸:

1. Sequenz: Einführung der Hauptfigur
2. Sequenz: Herausforderung dieser Figur aufzeigen
3. Sequenz: Anstieg der Handlung, Gegner:innen oder Krise einführen, Konflikt aufbauen
4. Sequenz: Weiteren Anstieg kreieren, Höhepunkt/Klimax aufbauen
5. Sequenz: Klimax am Übergang von 4. auf 5. Sequenz
6. Sequenz: Abfall der Handlung, Belohnung oder Enttäuschung

Diese Einteilung erinnert an die Drei-Akt-Struktur im Film, welche wiederum an die komplexere 5-Akt-Struktur des Regeldramas aus der Zeit der französischen Klassik im 17. Jahrhundert angelehnt ist. Dabei bilden Sequenz 1 und 2 den ersten Akt (Exposition), Sequenz 3 und 4 den zweiten Akt (Konfrontation) und Sequenz 5 und 6 schließlich den dritten Akt (Auflösung).⁵⁹

All die hier vorgestellten Elemente können als Orientierung für die Analyse der Magazinbeiträge im „Report“ herangezogen werden, da sie die grundlegenden Schritte bei der

⁵⁸ Vgl. ebd., 178–179.

⁵⁹ Siehe dazu: Syd Field, Screenplay. The Foundations of Screenwriting, Revised Edition, New York 2005.

journalistischen Vorgangsweise erläutern. Wie bereits erwähnt wird in der Praxis nicht immer starr zwischen den Genres und Kategorien getrennt, sondern häufig miteinander vermischt. Zur Analyse eines Zuspielers aus der „Report“-Reihe wird es in Kapitel 6.2 ein Fallbeispiel geben, in dem die hier vorgestellten formatspezifischen Eigenschaften der Beiträge mitberücksichtigt werden.

5 Methodische Vorgangsweise

Der methodische Zugang dieser Arbeit setzt sich aus einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse zusammen. Klaus Merten beschreibt die Inhaltsanalyse als „eine Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nicht-manifesten Kontextes geschlossen wird.“⁶⁰ Besonders wichtig ist hier das untersuchende Subjekt, denn ein Text – gemeint sind damit alle medial erzeugten Inhalte – ermöglicht nur im Zusammenspiel mit der Rezeptionsseite desselben Interpretation. Martin Tschiggerl, Thomas Walach und Stefan Zahlmann schreiben, dass es „nicht möglich [ist], mit Hilfe einer Inhaltsanalyse – und sei sie noch so gewissenhaft und systematisch durchgeführt – zur ‚wahren Bedeutung‘ eines Textes vorzudringen.“⁶¹ Was sie jedoch ermöglicht, ist es deutlich zu machen, warum wir einen Forschungsgegenstand auf eine bestimmte Art und Weise untersuchen und zu einem Ergebnis kommen. Sie macht den Forschungszugang somit für Andere nachvollziehbar. Außerdem hilft sie dabei die Komplexität der Forschungsaufgabe bewältigbar zu machen. Entscheidend dafür, wie diese Komplexität reduziert wird, ist deren Zweckmäßigkeit, dabei „eine bestimmte Frage zu beantworten oder eine These zu falsifizieren.“⁶²

Der Methodenmix aus quantitativ und qualitativ wurde deshalb gewählt, weil es einerseits eine größere Menge an Sendungen benötigt, um einen Überblick darüber zu bekommen, wie die EU im Laufe der Zeit dargestellt wurde, andererseits ein genauer betrachtetes Fallbeispiel dabei hilft, zu veranschaulichen, wie die erstellten Analysekategorien in der Praxis zu tragen kommen. Während die quantitative Untersuchung also einen Überblick über die Verteilung der Kategorien und Codes liefert, bettet die qualitative Analyse diese in den Kontext der Kommunikationsweise ein.

⁶⁰ Klaus Merten, *Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis*, Opladen 2004, 15.

⁶¹ Martin Tschiggerl/Thomas Walach/Stefan Zahlmann, *Geschichtstheorie*, Wiesbaden 2019, 99.

⁶² Ebd., 100.

5.1 Quellenkorpus und Zugang

Für die Recherche wurde auf das multimediale Archiv des ORF zurückgegriffen. Seit 2011 bietet das Archiv einen Online-Zugang am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien an, der mittlerweile auf weitere Universitäten in Österreich ausgeweitet wurde. Mit diesen „Datenbank-Außenstellen“ soll die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit audiovisuellen Medien attraktiver gemacht werden.⁶³

Dieser Fokus auf die Forschung spiegelt sich auch in Struktur und Aufbau des Online-Zugangs wider. Hierfür wird die webbasierte Suchmaschine mARCo zur Verfügung gestellt. Durch diese besteht die Möglichkeit den Video- und Audiobestand des ORFs zu durchsuchen. Möglichkeiten für die Suchoptimierung gibt es hinsichtlich des Zeitraumes, Titel oder Inhalt des Beitrages, den darin vorkommenden Personen oder der Material-ID. Wählt man eine Sendung aus der Ergebnisliste aus (jede Sendung ist dabei mit einem Vorschaubild versehen), wird man auf die zugehörige Seite weitergeleitet, wo neben der Möglichkeit den Inhalt wiederzugeben, auch diverse Metadaten zur Verfügung gestellt werden. So gibt es eine Beschreibung des Sach- und Bildinhalts des Beitrages. Ebenso werden die an der Entstehung beteiligten Personen angeführt. Auf Produktionsseite umfasst dies etwa die Sendungsverantwortung, Moderation, Gestaltung, Kameras, Schnitt und Off-Stimme. Bei den in einem Beitrag vorkommenden Personen wird wiederum in jene unterschieden, die interviewt werden, im Bild zu sehen sind oder eine Rede halten. Außerdem gibt es ein Feld zum Indexat verschiedener Bereiche (Geografie, Sachinhalt, Institution, etc.) und zur Kategorie bzw. Sparte der Sendung.

Als besonders hilfreich für die Analyse erwiesen sich die Angaben zu den Personen, die in den meisten Fällen mit den Berufstiteln oder politischen Positionen versehen sind. Auch die genaue Wiedergabe des Bildinhalts, die vor allem der hausinternen Wiederverwendung des Materials in Sendungen dient, floss in die Untersuchung und bei der Klassifikation des Inhaltes ein. Daran zeigen sich die Einflüsse der Beschaffenheit des Archivs auf die historische Forschung.⁶⁴

⁶³ Herbert Hayduck, Archiv 2.0 reloaded - Vergangenheit hat Zukunft, in: ORF Public Value Bericht 2021/22 1, 42–43, 43.

⁶⁴ Siehe dazu: Siegfried Mattl, TV-Archive in Europa. Dokumentarische Beispiele, in: Zeitgeschichte 24 (1997) 7-8, 268–269.

5.2 Methodendesign

Für die Untersuchung wurden 86 Zuspieler aus den Sendungen des Politmagazins *Report* (ORF) im Zeitraum 1.1.1995 bis 31.12.2020 untersucht. Dabei wurde in mARCo eine Suche mit den Stichwörtern ‚EU‘ und ‚Report‘ gestartet und weitere Ausschlusskriterien (‚-ZIB‘, ‚-Mittag‘, ‚-Rohmaterial‘ und ‚-Studio‘) ergänzt. Mit diesem Suchvorgang kam es zu 89 Treffern von denen wiederum drei entfernt wurden, da es sich um keine Zuspieler handelte. Ob es sich bei den 86 übrig gebliebenen Beiträgen wirklich um alle handelt, die zum EU-Thema in diesem Zeitraum gesendet wurden, muss wohl bezweifelt werden. Es ist möglich, dass für manche Sendungen, die sich mit der EU beschäftigten, andere Bezeichnungen im Titel gewählt wurden und diese somit nicht in der Suchergebnisliste aufschienen. Jedoch dürfte mit der Anzahl von 86 Sendungen ein guter Überblick über die thematische Bandbreite des *Reports* zum Thema EU abgebildet sein. Bezüglich des Zeitraumes sollte erwähnt werden, dass es Jahre gibt, in denen keine Sendungen auffindbar waren: 1997, 2001, 2006, 2007, 2010, 2011, 2012, 2015, 2016 und 2017. Die häufigsten Sendungen gab es im Schnitt zu Beginn der 2000er Jahre. Einzeln betrachtet sind die Jahre 2003 mit 14, 2005 und 2018 mit jeweils zehn sowie 2004 mit neun Beiträgen die Spitzenreiter. Dies ist wichtig zu beachten, weil es bei den Codes Häufungen in diesen Zeiträumen gibt, was eben auch durch die Anzahl der Beiträge begründet ist.

Für die Untersuchung der Beiträge wurden drei Leitfragen formuliert, die das Grundgerüst für die Generierung der Codes bilden:

1. Worum geht es?

Die Analyse der Themen in den Beiträgen, die codiert werden, um einen Überblick zu bekommen, welche Motive wie häufig vorkommen.

2. Was ist zu sehen?

Da es sich um ein audiovisuelles Format handelt, spielt die Bildebene eine zentrale Rolle.

3. Wer spricht?

Der auditive Aspekt der Analyse, der den Genderaspekt der Untersuchung miteinschließt: welche Personen kommen vor und sprechen, aber auch welche kommen vor, ohne zu sprechen?

Mit dieser Vorgabe wurde in mehreren Sitzungen eine Sichtung des Materials über den Computer in der Fachbereichsbibliothek für Zeitgeschichte durchgeführt. Neben meinen eigenen Notizen und Anmerkungen, griff ich auch auf die verschriftlichten Metadaten des ORF-Archivs zu, welche sich auf Personen, Inhalt und Bildebene bezogen. Aus diesem Prozess

heraus entstanden auch die Codes für die thematische Zuordnung der Beiträge. Die Bildbeschreibung des Archivs wurde als Ergänzung für die Analyse der Sprachbilder herangezogen, ebenso wie persönliche Notizen. Die Auflistung der Sendungsbeiträge mitsamt den Inhaltsangaben wurde als Textdokument in das Programm MAXQDA 2022 importiert und dort mit den entsprechenden Codes versehen und überarbeitet. Die Codes wurden ausgewertet, gezählt und graphisch veranschaulicht und in dieser Form für die anschließende Analyse herangezogen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Kategorisierungen wie in dieser Arbeit immer auch dem subjektiven Blick der Historiker:in unterliegen und tatsächlich lässt sich das Dargestellte in all seinen Nuancen nicht immer eindeutig mit einem einzelnen Code zusammenfassen. Dies muss bei der Betrachtung der Detailergebnisse berücksichtigt werden. Jedoch können die Ergebnisse in ihrer Gesamtheit und durch Erläuterung ihres Erkenntniswegs einen Eindruck über die Größenordnung und Verteilung innerhalb des Untersuchungskorpus bieten.

5.2.1 Themencodes

Stellte sich ein bestimmtes Motiv innerhalb eines Zuspielers als essenziell für den vermittelten Inhalt heraus, wurde es mit einem entsprechenden Code versehen. Jene Codes, die nur in einem Beitrag vorkamen, wurden am Ende wieder entfernt. Dadurch entstanden 32 unterschiedliche Codierungen, von denen die häufigste Variante (*Österreich*) in 62 und die seltensten Varianten (*Jugend*, *Menschenrechte* und *Umweltpolitik*) in zwei Sendungen vorkommen, wie Tabelle 1 auf der nächsten Seite zeigt.

CODE	HÄUFIGKEIT	CODE	HÄUFIGKEIT
ÖSTERREICH	62	VERTIEFUNG	9
EU-STAATEN	44	ARBEITSMARKTPOLITIK	9
BRÜSSEL	33	SKEPSIS	9
ERWEITERUNG	23	MIGRATION	8
WIDERSTAND	21	SOZIALPOLITIK	5
NATIONALE POLITIK	21	TECHNOLOGIE	5
DIPLOMATIE	20	TOURISMUSPOLITIK UND REISEN	5
FINANZLAGE	18	RASSISMUS	4
WAHLEN	17	VERKEHRSPOLITIK UND -REGELUNG	4
WIRTSCHAFTSPOLITIK	17	KUNST UND KULTUR	3
GRENZEN	17	RELIGION	3
AUSLAND	13	GESCHICHTE	3
LANDWIRTSCHAFT	12	KRIMINALITÄT	3
KRITIK	12	JUGEND	2
KRISE	11	MENSCHENRECHTE	2
REFORMPOLITIK	9	UMWELTPOLITIK	2

Tabelle 1: Bezeichnungen und Häufigkeit der Themencodes in den untersuchten Sendungen

Die Codierung ermöglicht auf einen Blick zu erkennen, welche Themen die Berichterstattung zur EU prägen. In einem weiteren Schritt wurden die Themencodes zu verschiedenen Kategorien zusammengefasst, welche grob die bestimmenden Aspekte der EU-Inhalte abdecken. Diese sind *Bezugsräume*, *Abgrenzung*, *Politikfelder*, *Legitimationsprozesse*, *Unzufriedenheit*, *Identitätsmarker*, *Bevölkerung* und *Hürden*.

Bezugsräume Die erste Kategorie zeigt an, ob ein Beitrag vordergründig einen Bezug zu Österreich, der EU und/oder Brüssel aufweist. Dabei kommt *Österreich* von allen Codes mit 62 Sendungen am häufigsten vor. An zweiter und dritter Stelle liegen *EU-Staaten* (44 Beiträge) und *Brüssel* (33 Beiträge). Mit EU-Staaten sind jene Länder gemeint, die bereits den EU-Mitgliedsstatus innehaben oder ihn in der Zukunft bekommen werden. *Brüssel*⁶⁵ umfasst Beiträge, die sich mit den formalen Abläufen innerhalb der EU beschäftigen, wie etwa rund um die Kommission, das Parlament, allgemeine Verhandlungen, etc. Diese Beiträge geben in der Regel einen Einblick darin, wie die EU als gesamteuropäische Repräsentantin und Institution auftritt.

⁶⁵ Die Kategorie muss sich nicht immer auf Brüssel als Ort beziehen, da die Stadt aber stellvertretend als das Zentrum der EU gilt, wurde ihr Name hierfür als Bezeichnung gewählt.

Dass Österreich hier an erste Stelle liegt, verweist auf die Schwierigkeit des Wandels von einer Gesellschaft, die sich als Nationalstaat versteht, hin zu einer supranationalen Gesellschaft. Europäisierung oder europäische Integration scheinen meist nur in Bezug auf die institutionelle Ebene gemeint zu sein. Gerade für das demokratische Funktionieren der EU benötigt es jedoch Bürger:innen, die sich mit Europa in seiner Gesamtheit identifizieren, und dass diese Vorstellung auch in der Politik und den Medien wiederzufinden ist.

Abgrenzung Für das Bewusstsein des Selbst – sei es als Individuum oder Gesellschaft – benötigt es ‚das Andere‘ zur Abgrenzung. Das zeichnet sich ebenso im Diskurs zur EU ab, wo diese Abgrenzung sowohl inner- als auch außereuropäisch stattfindet. Ein Beispiel dafür bildet das Sujet *Grenzen*, das in 17 Sendungen vorkommt. Hier geht es sowohl um die Errichtung als auch den Abbau von Grenzkontrollen innerhalb der EU und an ihren Außenrändern. Gerade die Grenzöffnungen werden von den Österreicher:innen oftmals als Bedrohung wahrgenommen. 13 Beiträge befassen sich mit Nicht-EU-Ländern (*Ausland*), allen voran der Türkei, wo es zwar Überlegungen zu einem Beitritt gab, die Wahrscheinlichkeit, dass dieser stattfindet, jedoch mittlerweile wieder in weite Ferne gerückt ist. Ebenfalls zu dieser Kategorie gehört das Thema *Migration*, welches 8-mal vorkommt. Es umfasst sowohl Einwanderung aus europäischen Ländern nach Österreich, wie auch jene aus Drittstaaten in die EU und zeigt die oftmals schwierigen Bedingungen für Migrant:innen in Europa auf.

Politikfelder Die Politikfelder geben die Policy-Ebene der EU wieder. Hier zeigt sich also, womit sich die EU inhaltlich – laut den Sendungen – beschäftigt. Der am häufigsten vorkommende Code ist mit 20 Beiträgen *Diplomatie*, welcher vor allem im Zeitraum 1998 bis inklusive 2005 auftritt. Darunter fallen etwa Verhandlungen zwischen den EU-Staaten, teils aber auch mit Drittstaaten. Ein ebenfalls verbreitetes Thema bildet *Finanzlage* (18 Beiträge), also Informationen zu Budgetvergabe und -einsparungen, vor allem im Hinblick auf Fördergelder und die Frage, wer diese erhält. *Wirtschaftspolitik* (17 Beiträge) tritt vor allem im Zeitraum 1998 bis 2005 auf. Ein Thema, das aus österreichischer Sicht ebenfalls nicht unwichtig erscheint, ist die *Landwirtschaft*. Zwölf Beiträge befassen sich damit, unter anderem der früheste Beitrag im Untersuchungszeitraum aus dem Jahr 1995.⁶⁶ Neun Beiträge behandeln das Thema *Arbeitsmarktpolitik* und damit Sachverhalte rund um die europäische

⁶⁶ Nicht nur ist Landwirtschaft bedeutsam aufgrund der Förderungen, die in diesem Bereich aus der EU nach Österreich fließen. Auch wurde in diesem Ressort der erste österreichische EU-Kommissar, Franz Fischler, gestellt. Er war von 1995 bis 2004 für die Landwirtschaft in der EU zuständig.

Beschäftigungspolitik (Arbeitslosigkeit, Öffnung des Arbeitsmarktes für alle EU-Bürger:innen, etc.). *Sozialpolitik* (fünf Beiträge) wird durch Motive wie Armut, Absicherung des Lebensbedarfs und Sozialhilfen repräsentiert. Ebenfalls fünfmal tritt der Code *Tourismuspolitik und Reisen* auf. Dieser bezieht sich auf Hotellerie, Shopping-Tourismus über die Binnengrenzen, Reisen und etwaige Reiseziele in der EU⁶⁷. In vier Beiträgen erscheint das Thema *Verkehrspolitik und -regelung* in Zusammenhang mit Infrastruktur, Kontrollen und Strafen sowie Problemen mit Staus an den Grenzen. *Umweltpolitik* wird in zwei Beiträgen thematisiert, in denen es um die Abschaffung des Pestizid Glyphosat (16. April 2019) und die Präsentation des „New Green Deal“ der neuen Kommission unter Ursula von der Leyen (10. Dezember 2019) geht.

Zu den Politikfeldern, die in der Berichterstattung nicht abgedeckt werden, gehören beispielsweise Frauen und Familie. So gibt es erst seit der Kommission von Ursula von der Leyen (1. Dezember 2019) mit der maltesischen Politikerin Helena Dalli eine eigene Kommissarin für Gleichstellung. Aber auch der Bereich Bildung, der seit 1985 (mit fünfjähriger Unterbrechung in den 1990er Jahren) als Amt existiert, fehlt in den Sendungen.

Legitimationsprozesse Die Codes, die dieser Kategorie zugeordnet sind, zeigen auf, durch welche demokratischen und legislativen Abläufe die EU ihr Dasein legitimieren möchte. Dazu gehört mit 23 Beiträgen das Thema ihrer *Erweiterung* durch neue Mitgliedsstaaten. Die Mehrzahl davon fällt auf Beginn der 2000er Jahre, vor allem 2003. Das lässt sich damit erklären, dass mit dem Jahreswechsel 2004 die Osterweiterung stattfand. Die zehn Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern wurden in die EU aufgenommen, was im „Report“ auch häufig thematisiert wurde. Der Code *Wahlen* (17 Beiträge) handelt von den Abstimmungen über die Sitze im Europäischen Parlament. Hierzu werden fast ausschließlich Beiträge zu österreichischen Kandidat:innen und Parteien gesendet, wodurch vor allem innenpolitische Themen dominieren. Das ist insofern ein Problem für die EU, weil die Parlamentswahlen ihr wichtigstes demokratisches Legitimationsinstrument bilden, aber in der Vergangenheit meist auf nur wenig Interesse stießen.⁶⁸

⁶⁷ Häufig wird das österreichische Salzburg als beliebtes Reiseziel in Europa präsentiert.

⁶⁸ Die nationalen Oppositionsparteien nutzen die EU-Wahlen oftmals als Denkmahlwahlen, wodurch das Ergebnis mehr von innenpolitischen als von europapolitischen Themen beeinflusst wird. In Österreich lag die Wahlbeteiligung ab 1999 unter 50 Prozent. 2019 wurde diese Marke erstmals seit 1996 wieder knapp überschritten. Siehe dazu: Europaweite Ergebnisse, Wahlbeteiligung, Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlbeteiligung/> (abgerufen 10.5.2023).

Zwei Codes, deren Inhalte sich teils überschneiden, sind Reformpolitik und Vertiefung mit jeweils neun Beiträgen. Während *Reformpolitik* jegliche Art von Gesetzesänderungen und -neubeschlüssen umfasst, bezieht sich *Vertiefung* auf Maßnahmen, die den supranationalen Gedanken der EU stärken. Das beste Beispiel hierfür ist der Versuch eine EU-Verfassung einzuführen, was schließlich – jedoch lediglich als Kompromisslösung und ohne wirklichen Verfassungscharakter – zum Vertrag von Lissabon (Unterzeichnung 2007, Einführung 2009) führte.

Unzufriedenheit Ein wiederkehrendes Sujet ist die Unzufriedenheit mit der EU-Politik. Die Äußerungen dazu sind jedoch unterschiedlich ausgeprägt und kommen von diversen Seiten, weshalb sie in drei Unterkategorien gegliedert wurden: Widerstand, Kritik und Skepsis. *Widerstand* verweist auf den Unmut der EU-Bürger:innen, welcher in Interviews, Wahl-Analysen, Protesten und anderen Formen in den Beiträgen Ausdruck findet. Dieser Code kommt in 21 Sendungen vor, die sich über den gesamten Untersuchungszeitraum verteilen, jedoch in den Jahren 2003 bis 2005 verdichten. *Skepsis* (neun Beiträge) tritt ebenso von Seiten der Bevölkerung auf, äußert sich jedoch nicht so stark, dass es zu ähnlich ausgeprägten Reaktionen käme. Skepsis tritt sowohl bei Menschen in Österreich wie auch bei (Noch-)Nicht-Mitgliedern⁶⁹ auf. *Kritik* bezieht sich auf Politiker:innen oder Expert:innen, die Missfallen äußern. Hierzu gibt es zwölf Beiträge, wobei sich allerdings drei davon zusätzlich mit EU-Kritik an der österreichischen Regierung befassen, und zwar als die ÖVP 2000 erstmals eine Koalition mit der FPÖ einging⁷⁰, als Österreich 2013 eine Verschärfung der Steuerregelung in der EU blockierte⁷¹ und als Experten und EU-Parlamentarier:innen 2014 kritisieren, dass österreichische Parteien die EU viel zu oft als Sündenbock missbrauchen⁷².

Identitätsmarker Identitätsmarker des Europäischen können sowohl positiv als auch negativ, eigens gewählt oder von außen zugeschrieben sein. In dieser Kategorie werden auch jene Codes zusammengefasst, die nicht immer die EU oder Europa als Gesamtes beschreiben müssen, sondern sich auch auf einzelne Regionen oder Gesellschaftsgruppen beziehen können.

⁶⁹ Ein Beispiel hierfür ist ein Beitrag, der die Diskussion in der Schweiz zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen eines EU-Beitritts thematisiert. Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-kritische Schweiz (Gestaltung: Carola Schneider), 16.3.2004.

⁷⁰ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Sanktionen (Gestaltung: Gerhard Jelinek, Katinka Nowotny und Patricia Pawlicki), 27.6.2000.

⁷¹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Martin Pusch und Ernst Johann Schwarz), 21.5.2013.

⁷² Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Sündenbock EU (Gestaltung: Alexander Sattmann), 13.5.2014.

Ein Beispiel positiver und erwünschter Zuschreibung wäre der fünfmal vorkommende Code *Technologie*. Dieser umfasst die Gebiete Wissenschaft und Forschung, technische Erneuerungen und Digitalisierung (auch als Agenda in der Politik). In den vier Beiträgen, welche mit dem Code *Rassismus* versehen wurden, geht es vor allem um Vorurteile und Ablehnung seitens der Österreicher:innen gegen die Osterweiterung, die Möglichkeit des Beitritts der Türkei, sowie rassistische Plakate und Aussagen der FPÖ. Ein lange historische Tradition hat das Narrativ von Europa als Hort der ‚Zivilisation‘ und Kultur, welches auf kolonialistischem und imperialistischem Denken fußt.⁷³ Dass sich dessen Nachwirkungen auch noch in der Gegenwart halten, zeigt sich in den unterschiedlichen Bildern zu *Kunst und Kultur* (drei Beiträge) in Ost- und Westeuropa: In einem Fall wird die Reformierung und Modernisierung Ostdeutschlands u.a. durch die Bedeutung des Theaterhauses in Halle symbolisiert⁷⁴, während in einem anderen Beitrag die Intendantin der Salzburger Festspiele deren Bedeutung als herausragend für die europäische Kultur betont⁷⁵.

Obwohl die EU eine säkularisierte Institution ist, bildet Religion keine unwesentliche Rolle in der Politik. Vor allem rechts-konservative Parteien waren darum bemüht, Europa als das christliche Abendland zu definieren, als ein Beitritt der Türkei im Raum stand⁷⁶. Zudem wird in zwei Beiträgen der (versuchte) Einfluss der römisch-katholischen Kirche auf europäische⁷⁷ und nationale Politik in Polen⁷⁸ aufgezeigt.

Der Code *Geschichte* spielt in den Beiträgen eine unwesentliche Rolle, obwohl hier großes Potenzial, damit Hintergründe zu aktuellen Phänomenen aufzuzeigen, liegen würde. Auch für die Vorstellung einer gemeinsamen Identität unter den Mitgliedsstaaten ist die Vermittlung einer sich überschneidenden Vergangenheit von zentraler Bedeutung. Besonders die großen Ereignisse und Leiderfahrungen des vergangenen Jahrhunderts, der Nationalsozialismus und der Kalte Krieg, haben die Länder in Europa flächenübergreifend betroffen, und der Zusammenschluss als Europäische Union bildete das größte und längste Friedensprojekt in der Geschichte des Kontinents. In den drei Beiträgen, in denen die Vergangenheit thematisiert wird,

⁷³ Vgl. Gerhard Paul, *Europabilder*, 257–258.

⁷⁴ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Osterweiterung (Gestaltung: Marion Mayer-Hohdahl), 10.12.2002.

⁷⁵ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Salzburg vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Roland Adrowitzer), 18.9.2018.

⁷⁶ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU - Türkei (Gestaltung: Patricia Pawlicki), 2.3.2004.

⁷⁷ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Kirche in der EU-Verfassung (Gott + EU) (Gestaltung: Evamaria Kaiser), 21.1.2003).

⁷⁸ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Polen – Kirche gegen EU-Beitritt (Gestaltung: Joana Radzyner), 3.6.2003.

geht es einmal um Tschechien⁷⁹ und zwei Mal um Slowenien⁸⁰, zwei Länder an Österreichs Grenze, die verschiedenen kommunistischen Regimes angehörten. In diesen Fällen wird die Vergangenheit als Hindernis für gegenseitiges Vertrauen zwischen jenen Staaten und Österreich bzw. der EU dargestellt und es kommen vor allem Ressentiments der älteren Generation in Österreich zum Vorschein. Der dritte Beitrag zeigt jedoch auch auf, dass gerade aus dieser Vergangenheit heraus das Bedürfnis nach Zusammenhalt wachsen kann.

Kriminalität kommt in der Berichterstattung zur EU ebenfalls in den drei Beiträgen vor, zum einen in Zusammenhang mit der Bandenkriminalität innerhalb des möglichen Beitrittskandidaten Serbien⁸¹ (damals noch Serbien und Montenegro). Zum anderen wird über die Briefbombenanschlagsserie auf EU-Spitzenbeamte durch italienische Anarchisten⁸² und die Gefahr von Fake-News auf die Wahl zum Europaparlament⁸³ berichtet.

Einer der Grundpfeiler, auf dem das Selbstverständnis der EU fußt, ist die Wahrung und Verteidigung der *Menschenrechte*. Dennoch wurden nur zwei Beiträge mit diesem Code versehen, in welchen es noch dazu um deren Nicht-Einhaltung betreffend Flüchtenden auf dem Weg in die EU geht⁸⁴.

Bevölkerung Zwar kommen immer wieder EU-Bürger:innen in den Beiträgen vor, doch bestimmte Bevölkerungsgruppen, deren Anliegen, Probleme etc. werden kaum thematisiert. Als Gruppe wird die *Jugend* in zwei Beiträgen angeführt, einerseits bezogen auf deren Kampf mit Arbeitslosigkeit⁸⁵, andererseits auf die Hoffnung, dass sich ihre Lage künftig durch die EU verbessern wird⁸⁶. Die Gruppe der Migrant:innen spielt ebenso eine Rolle, wie anhand des Codes *Migration* bereits erkennbar wurde. Weiters könnten durch den Code *Arbeitsmarktpolitik* noch Arbeiter:innen als eigene Fraktion angeführt werden, die in den Beiträgen häufig als EU-skeptisch auftreten.

⁷⁹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU / Skeptische Nachbarn (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 15.4.2003.

⁸⁰ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Slowenien – Weg in die EU (Gestaltung: Alexander Sattmann), 18.3.2003; ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Mehr oder weniger EU (Gestaltung: Yilmaz Gülüm), 12.6.2018.

⁸¹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU und Balkan (Gestaltung: Christian Wehrschütz), 17.6.2003.

⁸² Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Anarchisten gegen EU (Gestaltung: Andreas Pfeifer und Ernst Kernmayer), 13.1.2004.

⁸³ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Desinformation EU-Wahl (Gestaltung: Stefan Daubrawa und Sophie-Kristin Hausberger), 16.4.2019.

⁸⁴ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Asyl Kroatien – EU / Flüchtlingsstopp (Gestaltung: Patrick Hafner), 22.2.2005; ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Migration (Gestaltung: Jakob Horvath und Martin Pusch), 12.6.2018.

⁸⁵ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Sachthemenmarathon (Gestaltung: Patricia Pawlicki und Eva Twaroch), 30.6.1998.

⁸⁶ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Osterweiterung (Gestaltung: Marion Mayer-Hohdahl), 10.12.2002.

Hürden Als Hürde für eine gemeinsame und solidarische Europapolitik wird oftmals die Vorreihung der Innenpolitik in den einzelnen Staaten genannt. Diese zeigt sich auch in der Berichterstattung, in welcher der Code *Nationale Politik* mit 21 Beiträgen durchaus häufig vorkommt und somit erahnen lässt, dass andere gesamteuropäische Themen durch die Innenpolitik verdrängt werden. Auffällig ist, dass negative Nachrichten zur EU sowie Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedsländern mehr mediale Berichterstattung erfahren als positive. Der Code *Krise* (11-mal) bezieht sich auf größere Differenzen in und/oder unter den Mitgliedsstaaten. Die Hälfte der Beiträge konzentriert sich auf das Jahr 2000, von denen wiederum fast alle von den EU-Sanktionen gegen Österreich handeln⁸⁷.

5.2.2 Personencodes

Bei der Dokumentation der Personen orientierte ich mich ganz an den Angaben des Archivs. So konnte ich die (nicht-)sprechenden Personen notieren und bei der anschließenden Codierung ergänzen. Somit sind zwar nicht *alle* Personen in den Beiträgen erfasst (z.B. Passant:innen, die nur im Hintergrund zu sehen sind, wurden vom ORF-Archiv nicht in die Metadaten übernommen), andernfalls hätte es jedoch weit den zeitlichen Rahmen einer Masterarbeit übertroffen.

Die Unterteilung der Personen in verschiedene Gruppen bietet die Möglichkeit zu sehen, welche Akteure überhaupt mit dem Thema Europa in Verbindung gebracht werden. So wird der EU des Öfteren zu geringe Bürgernähe nachgesagt⁸⁸ – und betrachtet man die Ergebnisse der Untersuchung, scheint diese Annahme nicht unbegründet zu sein. Auch die Verteilung bei den Geschlechtern sollte, sobald ein politischer Bezug besteht, von Interesse sein: wer will bzw. darf etwas zu EU-Angelegenheiten sagen?

Tabelle 2 auf der folgenden Seite zeigt die Auflistung der 16 Personencodes. Es wurde nur bei den Gruppen *Politiker* und *Politikerin* unterschieden, ob diese in den Beiträgen ‚sprechend‘ oder ‚stumm‘ vorkommen. Bei den anderen Gruppen gab es entweder keine oder nur sehr wenige Auftritte ohne Redebeitrag, sodass die Unterscheidung hier nicht als notwendig erachtet wurde.

⁸⁷ Diese wurden aufgrund der Regierungskoalition zwischen der konservativen ÖVP, unter Wolfgang Schüssel, und der rechten FPÖ, unter dem für seine fremdenfeindlichen und rassistischen Aussagen bekannten Jörg Haider, verhängt. Im September des Jahres wurden sie nach Überprüfung durch einen extra dafür etablierten Weisenrat wieder zurückgenommen.

⁸⁸ Ein Thema, mit dem sich auch einige der „Report“-Beiträge beschäftigen.

CODE	HÄUFIGKEIT	CODE	HÄUFIGKEIT
POLITIKER	216	OFF-SPRECHERIN	26
POLITIKER STUMM	199	REGIONALPOLITIKER	12
BÜRGER	93	MÄNNL. PERSON AUS DEM ÖKON. SEKTOR	12
EXPERTE	74	INTERESSENSVERTRETER	11
OFF-SPRECHER	59	EXPERTIN	10
POLITIKERIN	54	WEIBL. PERSON AUS DEM ÖKON. SEKTOR	5
BÜRGERIN	34	REGIONALPOLITIKERIN	3
POLITIKERIN STUMM	31	INTERESSENSVERTRETERIN	2

Tabelle 2: Bezeichnungen und Häufigkeit der Personencodes in den untersuchten Sendungen

Grundsätzlich fallen alle Personen mit politischen Funktionen, egal auf welcher institutionellen Ebene in den Code *Politiker:in*. Jedoch wurden *Regionalpolitiker:innen* in eine eigene Kategorie zusammengefasst, da sie im Gegensatz zu den Angehörigen der Bundes- oder Landesregierungen keinen oder kaum direkten Kontakt mit EU-Institutionen haben. Das bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass ihre Agenden von der EU-Politik nicht direkt betroffen sind. Einen besonderen Eigenstatus weisen auch die *Interessensvertreter:innen* auf, die zwar eine Rolle in der Politik einnehmen, aber selbst keine Politiker:innen sind.

Bürger:innen sind wiederum zivile Personen, wobei auch hier noch in weitere Bereiche differenziert wurde, die sich daran orientieren, aus welchem Grund die Personen in den Beiträgen auftreten. *Expert:innen* werden etwa aufgrund ihres Hintergrundwissens oder Berufsstandes zu den in den Sendungen behandelten Inhalten befragt, um ihre Fachmeinung wiederzugeben. In der Regel handelt es sich hierbei um Personen aus der Wissenschaft oder dem Journalismus. *Personen aus dem ökonomischen Sektor* meint Menschen, die aufgrund der Leitung eines Unternehmens oder einer Bank eine Machtposition in finanzieller Hinsicht (entweder durch privates Vermögen oder weil sie große Geldmengen verwalten) innehaben. Hier erwies es sich als schwierig einzuordnen, ab welcher genauen Größe des Unternehmens der oder die Vertreter:in in diese Kategorie fällt. Die *Off-Sprecher:innen* des „Reports“ kommentieren die Beiträge, sind aber selbst nie im Bild zu sehen.

Sowohl bei den Männern wie auch bei den Frauen machen die politikrepräsentativen Kategorien den größten Anteil aus. Rechnet man jeweils die drei Gruppen *Politiker:in* + *Politiker:in stumm* + *Regionalpolitiker:in* zusammen, kommt man bei den Männern insgesamt auf 427 Auftritte und bei den Frauen auf 88. Männliche Personen sind in allen Kategorien weit häufiger vertreten als weibliche. Das dominierende Subjekt in der Berichterstattung zur EU scheint also männlich und in der Politik tätig zu sein.

Die drei Politiker:innen-Kategorien (sprechend, stumm, regional) wurden außerdem zusammengezählt und in ihre nationale und supranationale Zugehörigkeit unterteilt. Dabei wurde wie folgt vorgegangen: Als *österreichische* und *nationale* Politiker:innen gelten jene Personen, die überwiegend Vertreter:innen ihres eigenen Landes sind. Zwar sind Regierungsoberhäupter oder nationale Fachminister:innen auch Teil der EU (im Rahmen des Europäischen Rates oder Rats der EU), aufgrund ihrer ‚Hauptfunktion‘ wurden sie allerdings dem jeweiligen Mitgliedsland zugerechnet. *Österreichisch-* bzw. *national-europäisch* bezieht sich auf Politiker:innen, die zwar ein bestimmtes Land repräsentieren, ihre Hauptfunktion aber in einem EU-Gremium innehaben, z.B. Abgeordnete des Europäischen Parlaments. *Europäisch* bezieht sich auf Personen mit reiner EU-politischer Funktion, wie Präsident:innen der verschiedenen Gremien oder auch Kommissar:innen. Beispielsweise wurde der aus Österreich stammende EU-Kommissar Franz Fischler als ‚europäischer‘ und nicht ‚österreichisch-europäischer‘ Politiker eingestuft, da seine Rolle auf institutioneller Linie allein der EU zugeordnet ist. Durch diese Einteilung ergaben sich nun folgende Ergebnisse:

	ÖSTERREICHISCH	ÖSTERR.-EURO.	NATIONAL	NAT.-EURO.	EUROPÄISCH
SPRECHEND	23	22	7	1	4
STUMM	10	5	13	0	3

Tabelle 3: Unterteilung der Politikerinnen nach Sprechanteil und institutioneller Zugehörigkeit

	ÖSTERREICHISCH	ÖSTERR.-EURO.	NATIONAL	NAT.-EURO.	EUROPÄISCH
SPRECHEND	102	42	50	10	24
STUMM	52	16	95	2	32 (+ 1 NATO, 1 UNO)

Tabelle 4: Unterteilung der Politiker nach Sprechanteil und institutioneller Zugehörigkeit

Bei beiden Tabellen ist zu sehen, dass die österreichischen Politiker:innen im Bereich ‚sprechend‘ am stärksten vertreten sind, während bei ‚stumm‘ die nationalen an erster Stelle liegen. Auch österreichisch-europäische Politiker:innen sind bei ‚sprechend‘ deutlich häufiger als bei ‚stumm‘, während die europäischen keinen allzu großen Abstand aufweisen. Die national-europäische Gruppe bildet bei beiden Geschlechtern das klare Schlusslicht.

Wie sieht es im Vergleich dazu nun mit der Aufteilung bei den Bürgern und Bürgerinnen aus? Auch hier liegen die Männer (93 Beiträge) anteilmäßig weit vor den Frauen (34 Beiträge). Interessant ist außerdem die Verteilung von österreichischen zu nicht-österreichischen Personen. Während bei den Männern das Verhältnis ziemlich ausgeglichen bei 48:45 liegt, ist es bei den Frauen 12:22. In den Beiträgen werden also weitaus häufiger Bürgerinnen aus EU-Mitgliedstaaten als aus Österreich abgebildet.

6. Analyse

Die Analyse verfolgt das Ziel, die Sendungen anhand der Marker *Personen*, *Themen* sowie *Sprachbilder* (die sich durch ihren audiovisuellen Charakter auszeichnen) hinsichtlich der Darstellung der EU zu untersuchen. Während die quantitative Analyse einen Überblick über genannte Kategorien und deren Zusammenspiel liefert, bietet die qualitative Untersuchung einer ausgewählten Sendung einen Einblick, wie diese Kategorien in den Beiträgen dargeboten werden.

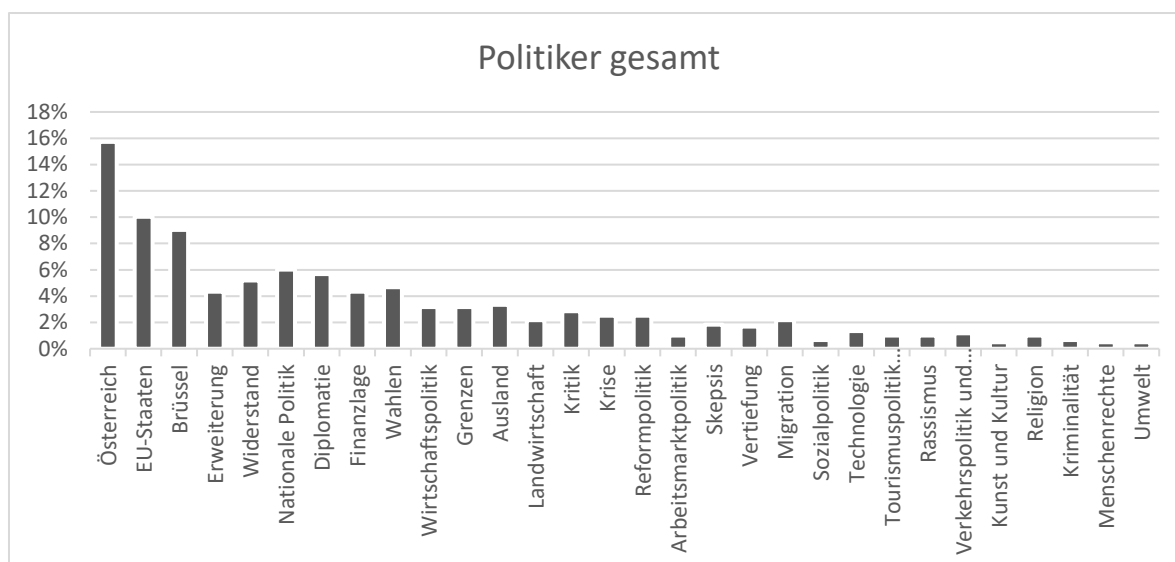
6.1 Quantitative Analyse

Die Codierung der Inhalte der Sendungen ermöglicht eine Analyse des Zusammenspiels einzelner Kategorien. So kann beispielsweise erforscht werden, welche Personen häufig mit bestimmten Themen vorkommen, oder welche Themen vorzugsweise in Kombination auftreten.

6.1.1 Themen und Personen

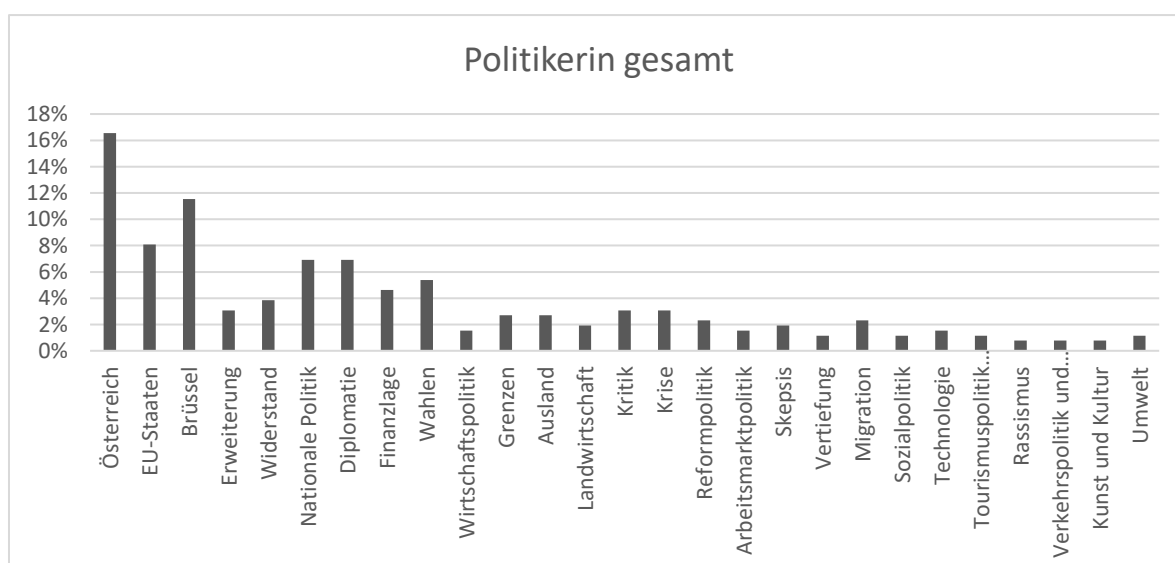
Zur Frage der Akteure erweisen sich insbesondere die Codes zu ‚Politiker:innen‘ und ‚Bürger:innen‘ als gewichtig. In der Theorie ist es in einer Demokratie Aufgabe der ersteren, die Interessen der letzteren zu vertreten. In der Realität wirken noch unzählige weitere Faktoren auf die politische Agenda der Regierung ein. Umso spannender ist die Frage, welche inhaltlichen Überschneidungen und Unterschiede es zwischen diesen beiden Gruppen gibt. Zunächst soll aber ein Blick auf mögliche Gender-Differenzen innerhalb der jeweiligen Personen-Kategorien geworfen werden.

Graph 1 zeigt die beiden Codes ‚Politiker‘ und ‚Politiker stumm‘ als **Politiker gesamt** zusammengefasst. Dabei ist das Thema *Österreich* wenig überraschend an erster Stelle, *EU-Staaten* und *Brüssel* liegen deutlich dahinter am zweiten und dritten Platz. *Nationale Politik* liegt an vierter Stelle, knapp vor *Diplomatie*. Das hier erhaltene Ergebnis bestätigt das Resultat aus Tabelle 4 im vorherigen Kapitel, wonach vor allem österreichische Politiker in den Sendungen zu sehen sind.



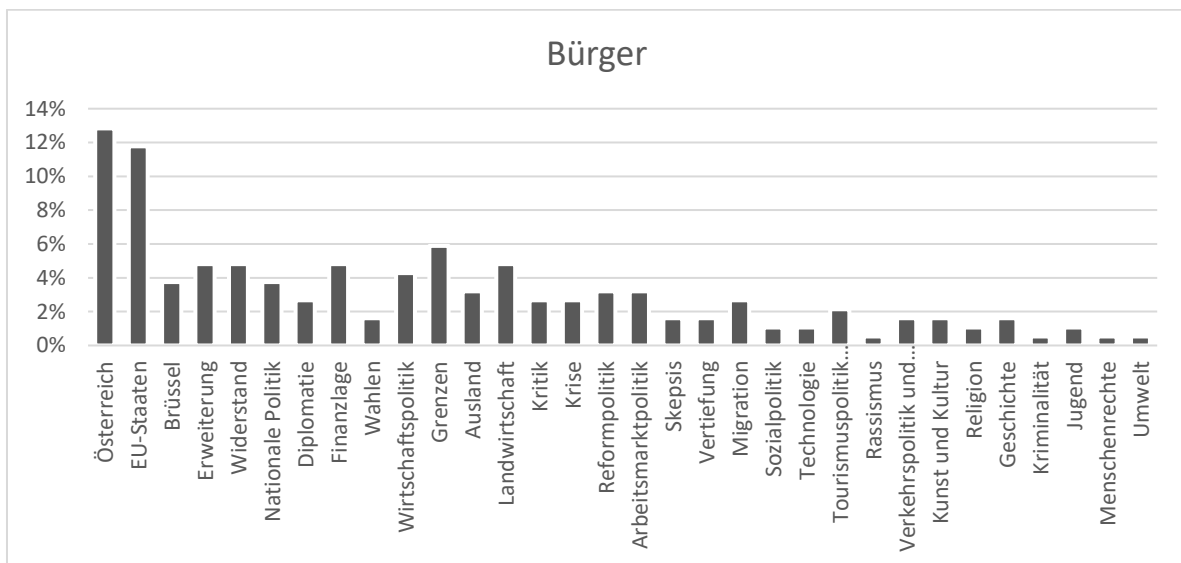
Graph 1: Vorkommen *Politiker* gesamt mit Themencodes (Angaben in Prozent)

Graph 2 auf der nächsten Seite zeigt wiederum die Codes ‚Politikerin‘ und ‚Politikerin stumm‘ als **Politikerin gesamt** zusammengefasst. Weil weniger Frauen in den Sendungen vorkommen, existieren im Vergleich zu den Politikern weniger Themenfelder, mit denen die weiblichen Politikerinnen gemeinsam auftreten. Außerdem zeigt sich der Geschlechterunterschied in Graph 2 auch darin, dass *Brüssel* vor den *EU-Staaten* liegt. Um dieses Ergebnis klar zu deuten, müsste überprüft werden, ob Politikerinnen verhältnismäßig häufiger als Männer Teil von EU-Institutionen sind und/oder seltener Regierungen in den Mitgliedsstaaten angehören. Die restlichen Plätze weisen hingegen wieder mehr Ähnlichkeiten zu den Politikern auf: *Diplomatie* und *Nationale Politik* liegen gleichauf an vierter Stelle und auch *Wahlen* befinden sich hier vorne. Im Falle der Männer liegt noch das Feld *Widerstand* dazwischen. Es lassen sich also durchaus Unterschiede zwischen den Geschlechtern feststellen, auch wenn diese nicht so gravierend ausfallen, wie man möglicherweise annehmen würde.

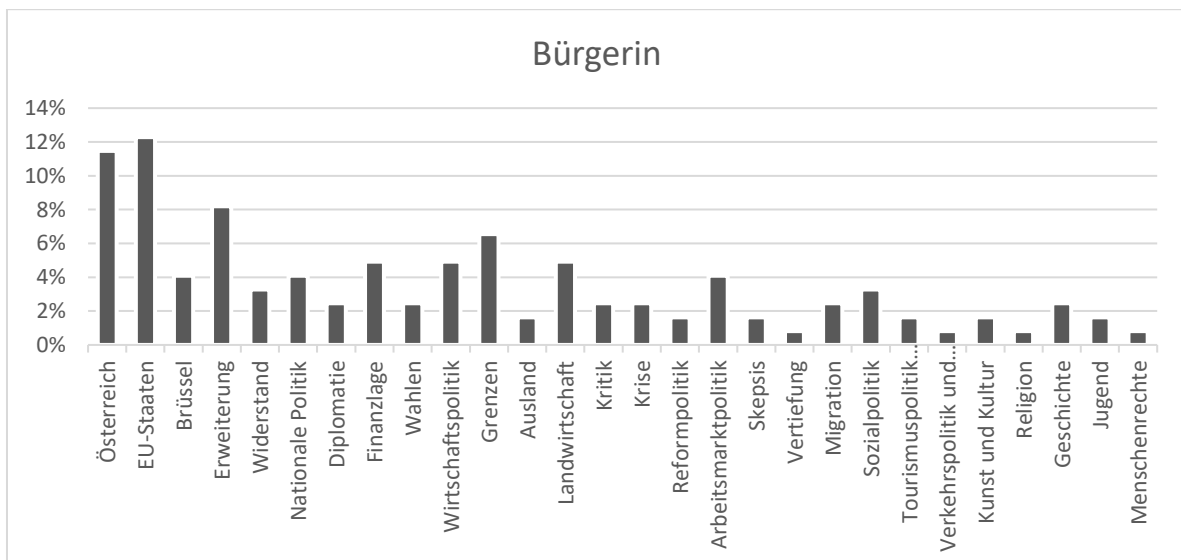


Graph 2: Vorkommen *Politikerin* gesamt mit Themencodes (Angaben in Prozent)

Ähnliche genderbasierte Differenzen sind bei den ‚Bürger:innen‘ erkennbar. Auch hier sind die Frauen in der Unterzahl und auch hier treten sie häufiger zusammen mit *EU-Staaten* auf, als es die Männer tun. Ferner wird deutlich, dass *Brüssel* hauptsächlich die politischen Persönlichkeiten (siehe ‚Politiker:innen‘) abdeckt, während *EU-Staaten* auch mehr die Bevölkerung miteinbezieht. Bei **Bürger** liegen auf Platz drei *Grenzen*, bei **Bürgerinnen** findet sich hier *Erweiterung*. Die nächsten Plätze weisen keine allzu großen Unterschiede mehr auf, erst in der rechten Hälfte der Graphen weichen manche Punkte im Mengenverhältnis voneinander ab, wie beispielsweise *Arbeitsmarktpolitik*, *Sozialpolitik* und *Geschichte*.



Graph 3: Vorkommen *Bürger* mit Themencodes (Angaben in Prozent)



Graph 4: Vorkommen *Bürgerin* mit Themencodes (Angaben in Prozent)

Um nun die Codes zu ‚Politiker:innen‘ und ‚Bürger:innen‘ miteinander zu vergleichen, finden sich in Tabelle 5 und 6 jeweils eine Auflistung mit den häufigsten Codes (mind. 2%) der beiden männlichen Kategorien.

POLITIKER GESAMT	
1. ÖSTERREICH	15%
2. EU-STAA TEN	10%
3. BRÜSSEL	9%
4. NATIONALE POLITIK	6%
5. ERWEITERUNG	5%
5. WIDERSTAND	5%
5. DIPLOMATIE	5%
5. FINANZLAGE	5%
9. WAHLEN	4%
9. GRENZEN	4%
11. WIRTSCHAFTSPOLITIK	3%
11. AUSLAND	3%
11. LANDWIRTSCHAFT	3%
11. KRITIK	3%
11. KRISE	3%
11. REFORMPOLITIK	3%
17. SKEPSIS	2%
17. VERTIEFUNG	2%
17. MIGRATION	2%

Tabelle 5: Häufigste Themencodes bei *Politiker gesamt* (Angaben in Prozent)

BÜRGER	
1. ÖSTERREICH	13%
2. EU-STAA TEN	12%
3. GRENZEN	6%
4. ERWEITERUNG	5%
4. WIDERSTAND	5%
4. FINANZLAGE	5%
4. LANDWIRTSCHAFT	5%
8. BRÜSSEL	4%
8. NATIONALE POLITIK	4%
8. WIRTSCHAFTSPOLITIK	4%
11. DIPLOMATIE	3%
11. AUSLAND	3%
11. KRITIK	3%
11. KRISE	3%
11. REFORMPOLITIK	3%
11. ARBEITSMARKTPOLITIK	3%
11. MIGRATION	3%
18. WAHLEN	2%
18. SKEPSIS	2%
18. VERTIEFUNG	2%
18. TOURISMUSPOLITIK UND REISEN	2%
18. VERKEHRSPOLITIK UND -REGELUNG	2%
18. KUNST UND KULTUR	2%
18. GESCHICHTE	2%

Tabelle 6: Häufigste Themencodes bei *Bürger* (Angaben in Prozent)

Während die ersten drei Plätze bei **Politiker gesamt** *Österreich*, *EU-Staaten* und *Brüssel* lauten, sind bei **Bürger** *EU-Staaten* und *Grenzen* vertauscht. Außerdem spielen *Nationale Politik*, *Diplomatie* und *Wahlen* – was wenig überraschend ist – eine geringere Rolle für sie, während es bei *Landwirtschaft* umgekehrt ist. Gleichbedeutend sind bei beiden Gruppen die Codes *Erweiterung* und *Widerstand* und mit jeweils fünf Prozent. In Tabelle 6 verteilt sich der Anteil zudem auf mehr Themen, und es kommen beispielsweise die Codes *Arbeitsmarktpolitik*, *Tourismuspolitik und Reisen*, *Kunst und Kultur* und *Geschichte* vor, die in Tabelle 5 fehlen.

Auch bei den Frauen gibt es Unterschiede in der Reihenfolge, wie Tabelle 7 und 8 auf der nächsten Seite zeigen.

POLITIKERIN GESAMT	
1. ÖSTERREICH	15%
2. BRÜSSEL	10%
3. EU-STAATEN	7%
4. NATIONALE POLITIK	6%
4. DIPLOMATIE	6%
4. WAHLEN	6%
7. ERWEITERUNG	5%
7. WIDERSTAND	5%
9. FINANZLAGE	4%
10. GRENZEN	3%
10. AUSLAND	3%
10. LANDWIRTSCHAFT	3%
10. REFORMPOLITIK	3%
10. MIGRATION	3%
15. WIRTSCHAFTSPOLITIK	2%
15. KRITIK	2%
15. KRISE	2%
15. ARBEITSMARKTPOLITIK	2%
15. SKEPSIS	2%
15. SOZIALPOLITIK	2%

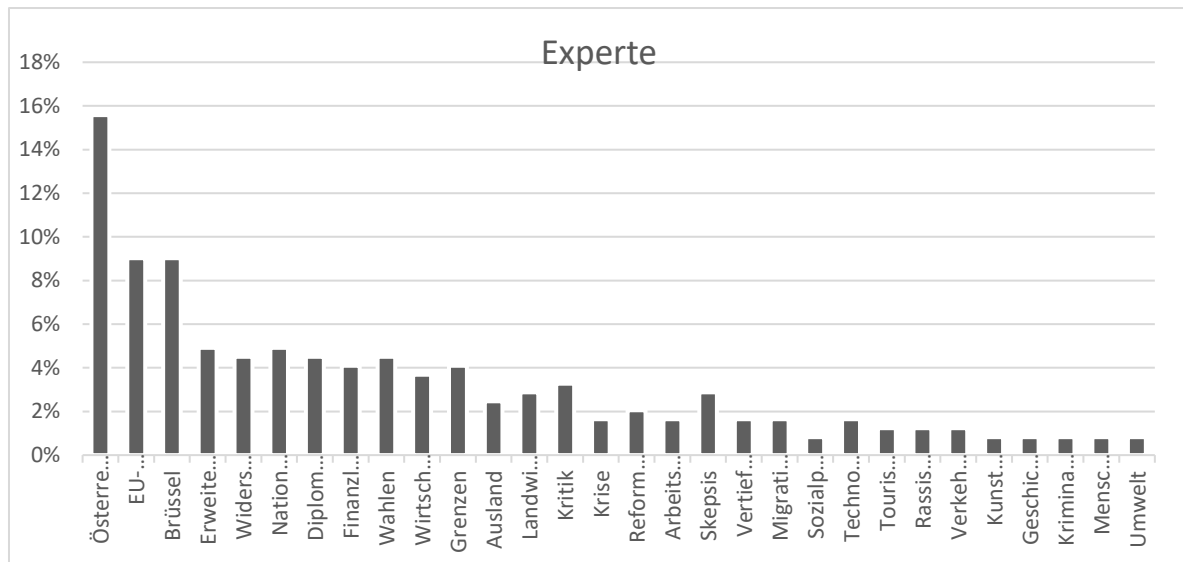
Tabelle 7: Häufigste Themencodes bei *Politikerin* *gesamt* (Angaben in Prozent)

BÜRGERIN	
1. EU-STAATEN	12%
2. ÖSTERREICH	11%
3. ERWEITERUNG	8%
4. GRENZEN	7%
5. FINANZLAGE	5%
5. WIRTSCHAFTSPOLITIK	5%
5. LANDWIRTSCHAFT	5%
8. BRÜSSEL	4%
8. NATIONALE POLITIK	4%
8. ARBEITSMARKTPOLITIK	4%
11. WIDERSTAND	3%
11. SOZIALPOLITIK	3%
13. DIPLOMATIE	2%
13. WAHLEN	2%
13. AUSLAND	2%
13. KRITIK	2%
13. KRISE	2%
13. REFORMPOLITIK	2%
13. SKEPSIS	2%
13. MIGRATION	2%
13. TOURISMUSPOLITIK UND REISEN	2%
13. KUNST UND KULTUR	2%
13. GESCHICHTE	2%
13. JUGEND	2%

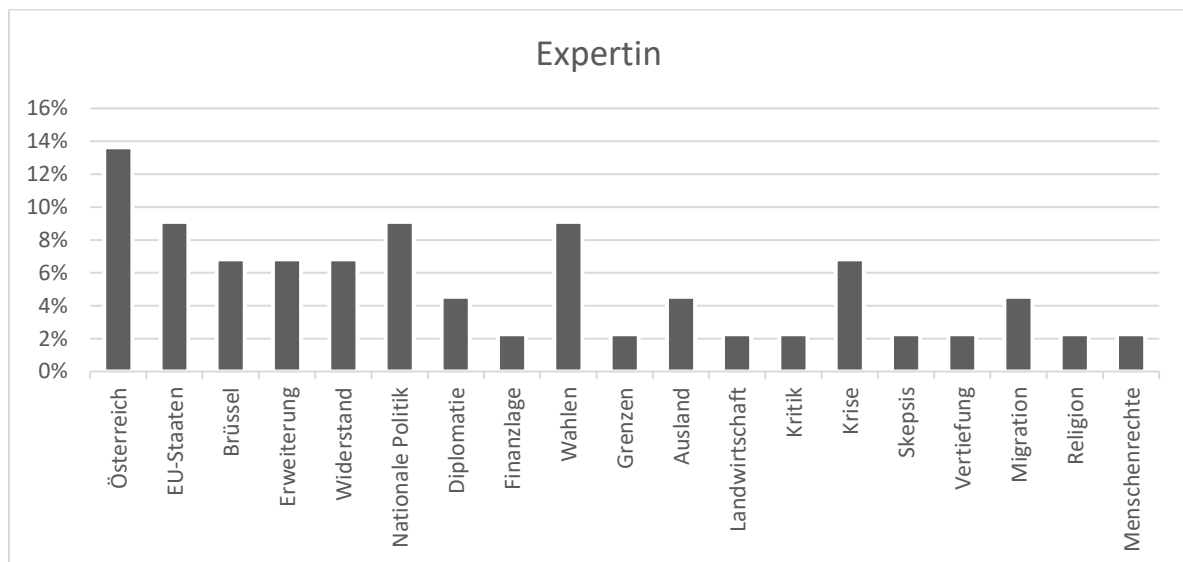
Tabelle 8: Häufigste Themencodes bei *Bürgerin* (Angaben in Prozent)

Statt *Österreich*, *Brüssel* und *EU-Staaten* wie bei **Politikerin** *gesamt*, sind die ersten drei Plätze bei **Bürgerin** mit *EU-Staaten*, *Österreich* und *Erweiterung* belegt. In Tabelle 8 fallen zudem *Grenzen*, *Landwirtschaft* und *Wirtschaftspolitik* höher aus, während *Nationale Politik*, *Diplomatie* und *Wahlen* seltener als in Tabelle 7 vorkommen. Weiters sind *Arbeitsmarktpolitik*, *Geschichte* und *Jugend* in Tabelle 8 deutlich ausgeprägter.

Vergleicht man die Gruppe der ‚Expert:innen‘, zeigt sich, dass Männer zu einer größeren Themenvielfalt als Frauen herangezogen werden, was auch darin liegt, dass sie viel häufiger in Beiträge eingeladen werden. Verhältnismäßig werden sie zu *Österreich*, *EU-Staaten* und *Brüssel* am öftesten befragt. Bei den Frauen sind die Bereiche *Österreich*, *EU-Staaten*, *Nationale Politik* und *Wahlen* prozentuell betrachtet an den vordersten Stellen.



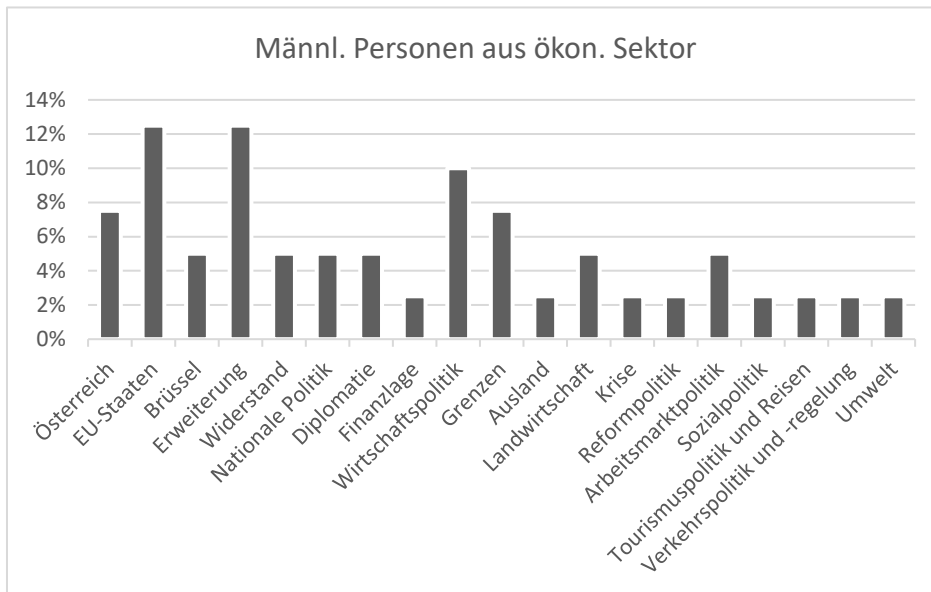
Graph 5: Vorkommen *Experte* mit Themencodes (Angaben in Prozent)



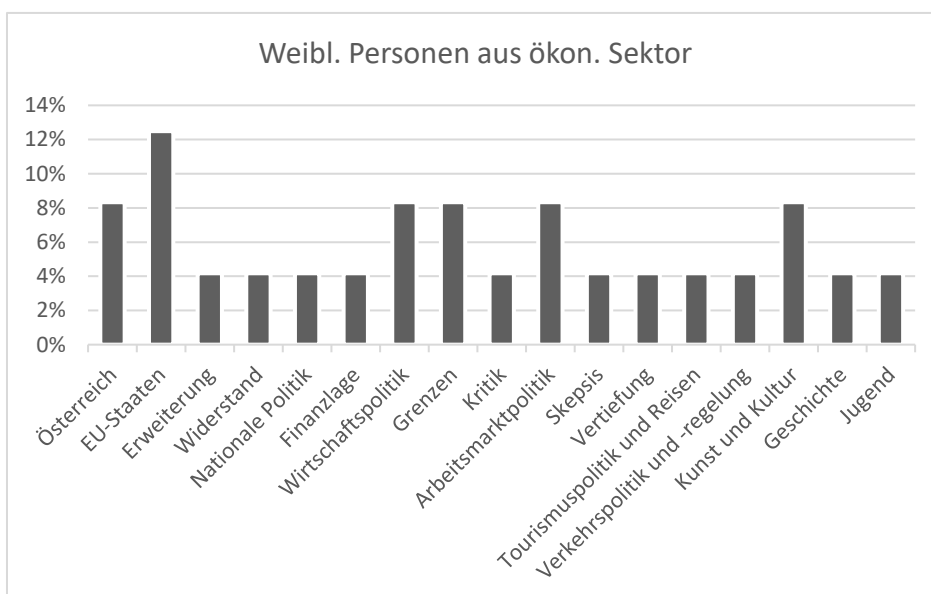
Graph 6: Vorkommen *Expertin* mit Themencodes (Angaben in Prozent)

Im Falle der ‚Personen aus dem ökonomischen Sektor‘ fällt bei beiden Geschlechtern der Punkt *EU-Staaten* stark ins Gewicht. Den Frauen fehlt *Brüssel* zur Gänze und auch *Erweiterung* ist weit weniger stark ausgeprägt als bei den Männern. Grundsätzlich müssen hier die Code-

Bezeichnungen genau betrachtet werden, da sie zum Teil sehr unterschiedlich ausfallen. Bei den Frauen stehen jedenfalls noch *Arbeit* und *Kultur* besonders hervor.



Graph 8: Vorkommen *Männliche Personen aus ökonomischem Sektor* mit Themencodes (Angaben in Prozent)



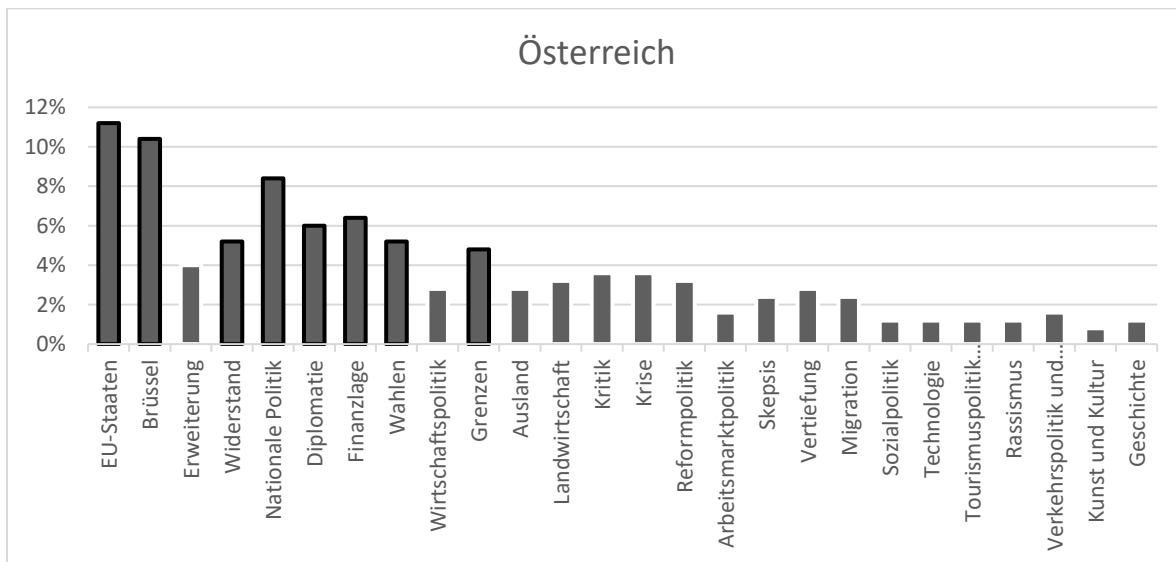
Graph 7: Vorkommen *Weibliche Personen aus ökonomischem Sektor* mit Themencodes (Angaben in Prozent)

6.1.2 Themen und Themen

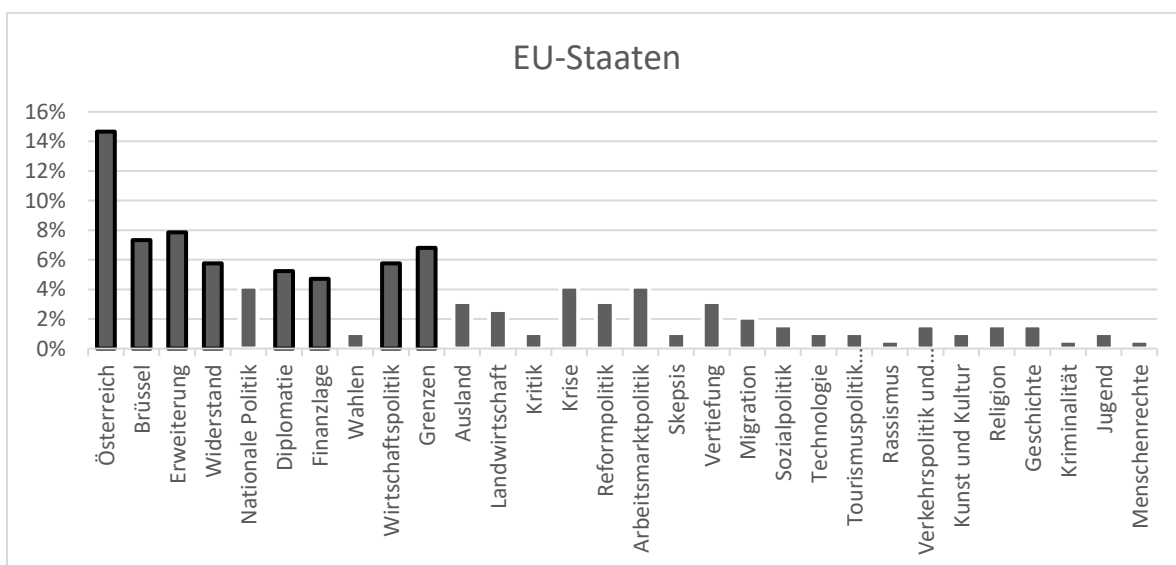
Auch das Zusammenspiel der thematischen Inhalte birgt interessante Einblicke in die Formierung des Gesamtdiskurses der Beiträge. Deshalb seien hier einige ausgewählte Beispiele vorgestellt, die Erkenntnisse über Vorstellungen zur EU ermöglichen. Zu beachten ist, dass – ähnlich zu den Personen – in der Regel die Themen *Österreich*, *EU-Staaten* und *Brüssel* an

vorderer Stelle liegen, da diese insgesamt den höchsten Anteil innehaben. In weiterer Folge werde ich mich deshalb vor allem auf die dahinter liegenden Plätze fokussieren.

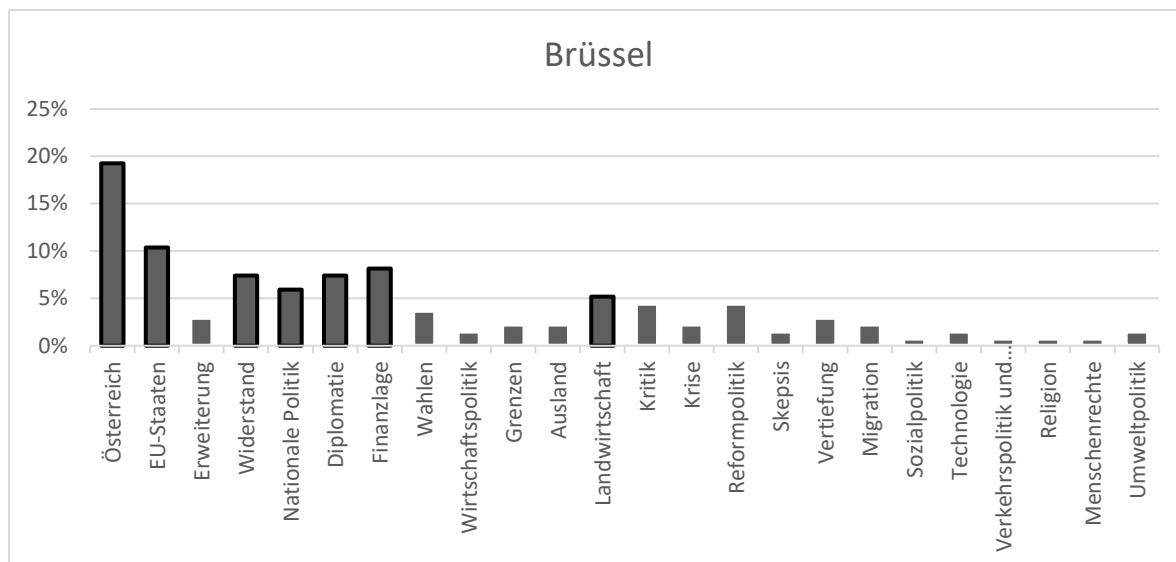
Im Falle **Österreichs** (Graph 9) ist die nächsthöhere Kategorie *Nationale Politik* (8%), was wenig überraschend ist. Dahinter folgen *Finanzlage* (6%), *Diplomatie* (6%), *Wahlen* (5%), *Widerstand* (5%) und *Grenzen* (5%). Bei den **EU-Staaten** (Graph 10) liegt noch vor *Brüssel* (7%) das Thema *Erweiterung* (8%). Danach kommen *Grenzen* (7%), *Widerstand* (6%), *Wirtschaftspolitik* (6%), *Diplomatie* (5%) und *Finanzlage* (5%). Die häufigsten Themenbereiche im Zusammenhang mit **Brüssel** (Graph 11) sind wiederum *Finanzlage* (8%), *Widerstand* (7%), *Diplomatie* (7%), *Nationale Politik* (6%) und *Landwirtschaft* (5%). Die Positionierung von *Nationale Politik* verweist auf den Stellenwert innenpolitischer Angelegenheiten der Mitgliedsländer auf die EU-Politik.



Graph 9: Vorkommen des Themencodes *Österreich* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

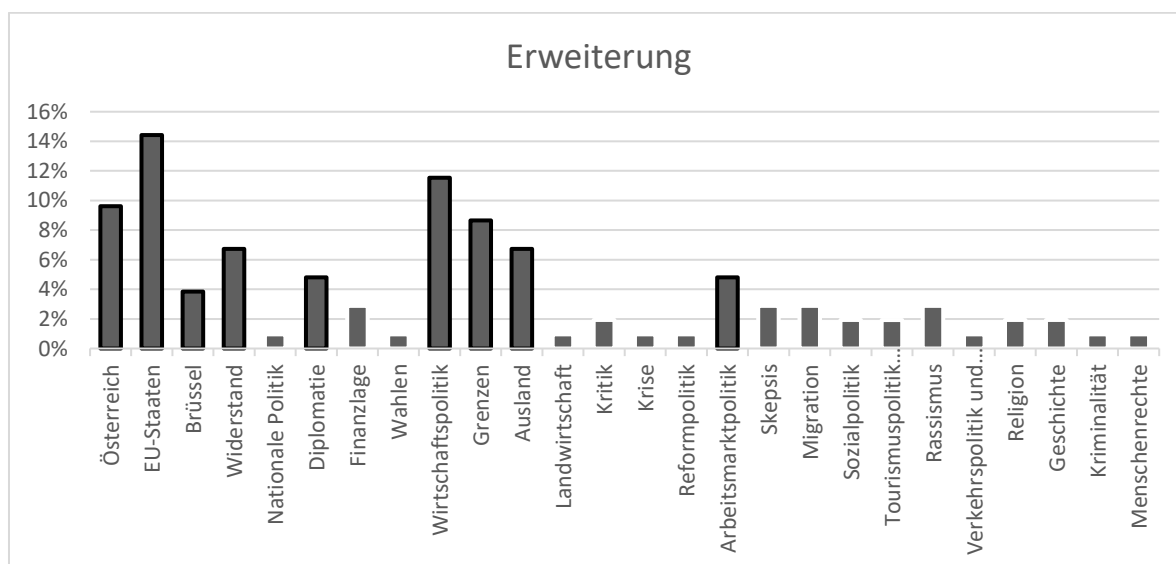


Graph 10: Vorkommen des Themencodes *EU-Staaten* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)



Graph 11: Vorkommen des Themencodes *Brüssel* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

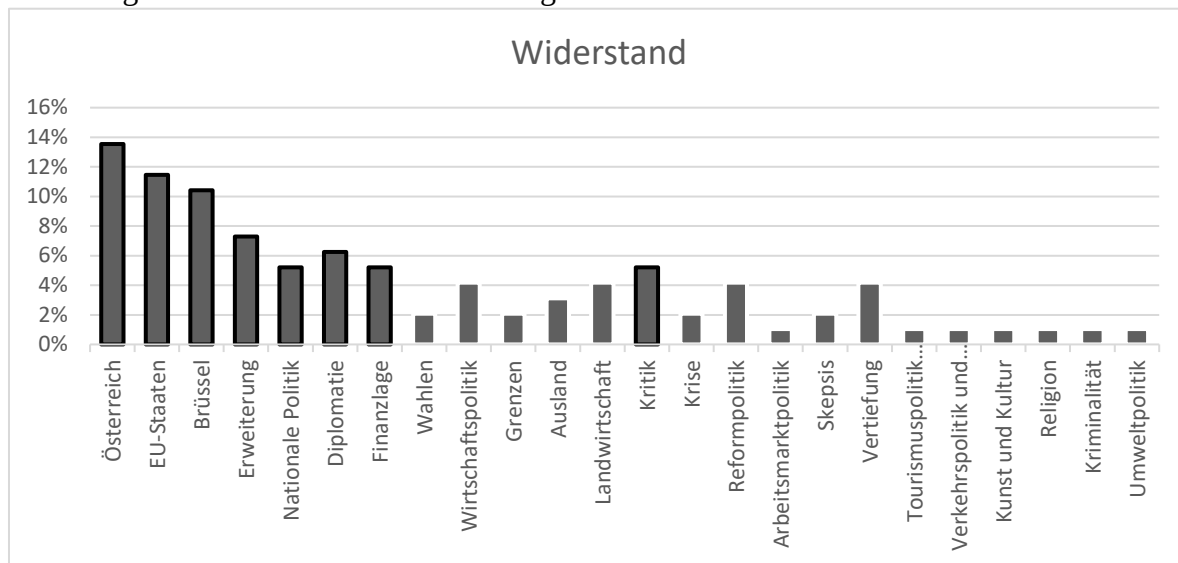
In der Rubrik **Erweiterung** (Graph 12) liegen hingegen *EU-Staaten* (14%), *Wirtschaftspolitik* (12%) und erst danach *Österreich* (10%) auf den vorderen Plätzen. Dahinter folgen *Grenzen* (9%), *Widerstand* (7%), *Ausland* (7%), *Diplomatie* (5%) und *Arbeitsmarktpolitik* (5%). Hier wird neben dem Faktor des (Noch-)Nicht-Europäischen vor allem die wirtschaftliche Bedeutung für die Erweiterung erkennbar, während *Brüssel* überraschenderweise nur 4% erhält.



Graph 12: Vorkommen des Themencodes *Erweiterung* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

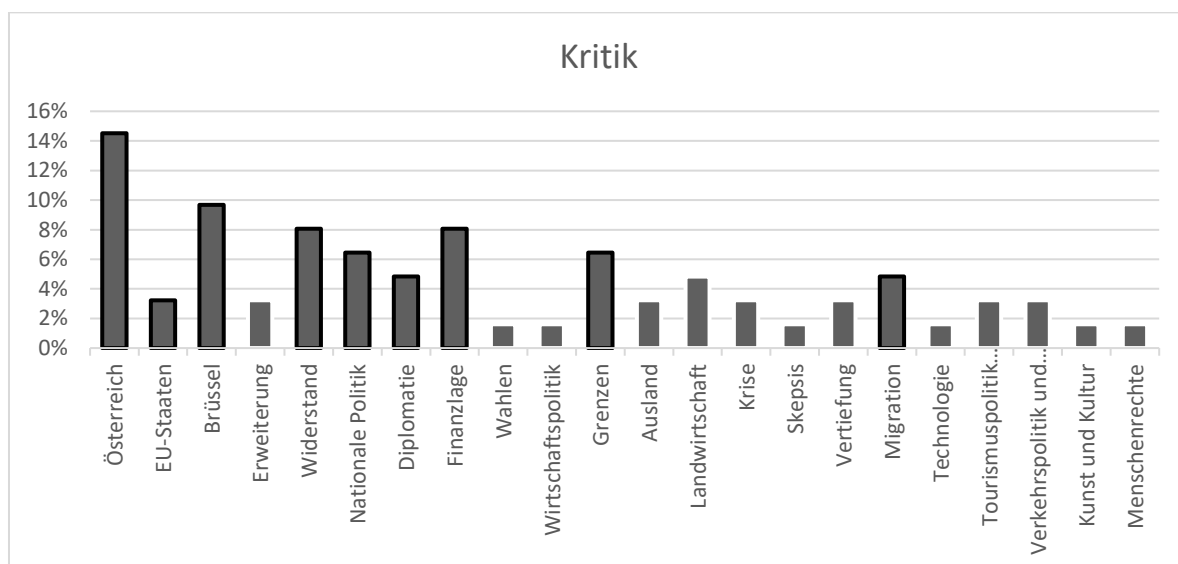
Die Kategorie **Widerstand** (Graph 13) weist neben *Erweiterung* (7%), auch die Felder *Diplomatie* (6%), *Nationale Politik* (5%), *Finanzlage* (5%) und *Kritik* (5%) häufiger auf. Im

Vergleich zum vorhergehenden Beispiel *Erweiterung* sieht man hier jedoch, dass die Anteile weitläufiger über die verschiedenen Zweige verteilt sind.



Graph 13: Vorkommen des Themencodes *Widerstand* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

In der Kategorie **Kritik** (Graph 14) – also die von Politiker:innen und Expert:innen geäußerte Unzufriedenheit – liegen neben *Widerstand* (8%), *Finanzlage* (8%), *Nationale Politik* (6%) und *Grenzen* (6%) vorne, während der Code *EU-Staaten* (3%) sehr gering ausfällt. Zudem sind die Bereiche *Migration* (5%) und *Diplomatie* (5%) erhöht.

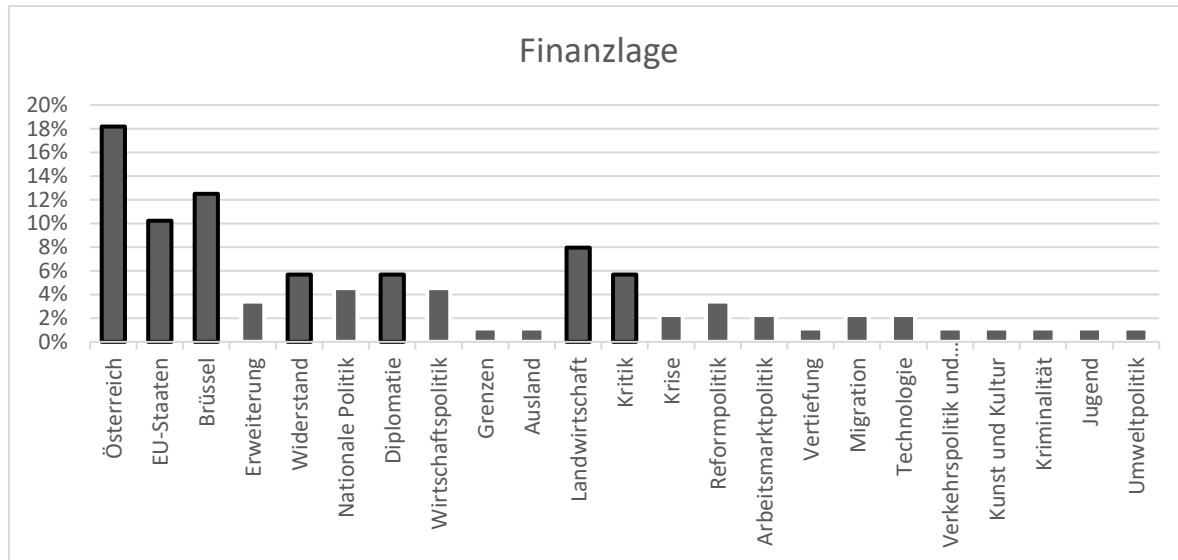


Graph 14: Vorkommen des Themencodes *Kritik* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

Die Aufteilung bei **Skepsis** (hier nicht abgebildet) weist Ähnlichkeiten zu jenen von ‚Widerstand‘ und ‚Kritik‘ auf, allerdings mit dem großen Unterschied, dass das Feld *Wahlen* gleichauf mit *Österreich* (jeweils 15%) auf dem ersten Platz liegt.

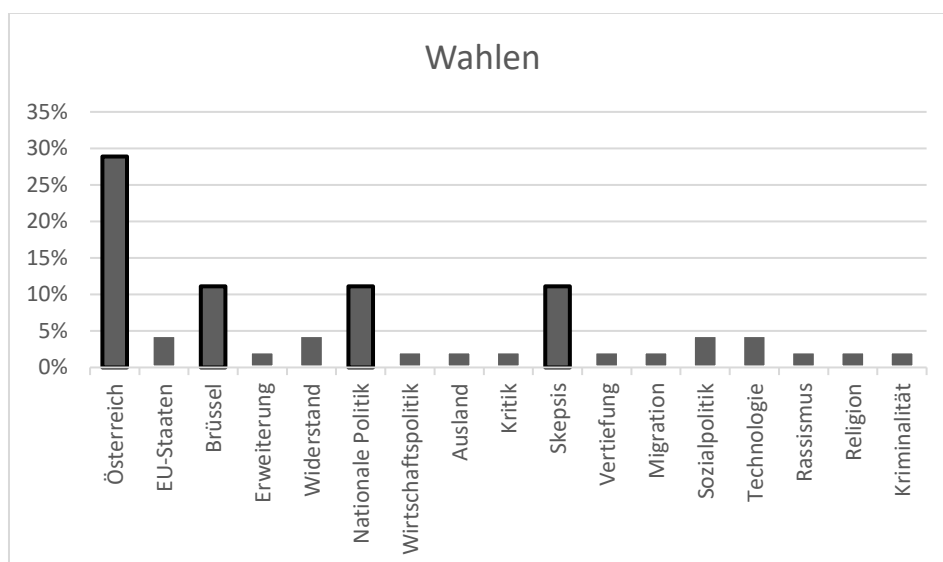
Für den an dieser Stelle ebenfalls nicht abgebildeten Code **Innenpolitik** sei angemerkt, dass bereits an fünfter Stelle (gleichauf mit *Widerstand* und *Diplomatie*) das Feld *Krise* (5%) liegt.

Bei **Finanzlage** (Graph 15) liegt *Brüssel* (13%) an zweiter Stelle, vermutlich da die EU-Institutionen für die Vergabe von Hilfsmitteln zuständig sind. Nach *EU-Staaten* (10%) folgt *Landwirtschaft* (8%), *Widerstand* (6%) und *Kritik* (6%) – also sowohl Missfallen seitens der Bürger:innen wie auch Politik und/oder Expert:innen – sowie *Diplomatie* (6%).



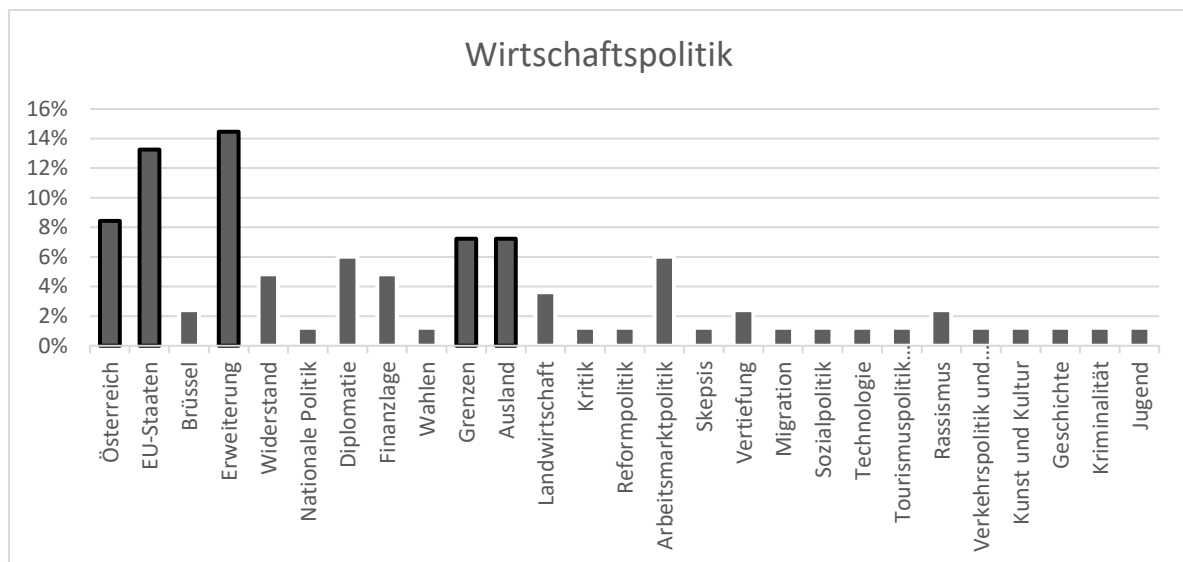
Graph 15: Vorkommen des Themencodes *Finanzlage* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

Interessant an der Kategorie **Wahlen** (Graph 16) ist die Tatsache, dass *Nationale Politik* (11%) so weit vorne liegt, handelt es sich doch um Abstimmungen betreffend der EU-Ebene. Auch der große Abstand zwischen *Österreich* (29%) und *Brüssel* (11%) lässt die Frage aufkommen, wie sehr hier der Fokus auf der EU bzw. Europa liegt. Kein gutes Bild für die EU ergibt zudem der hohe Anteil des Feldes *Skepsis* (11%).



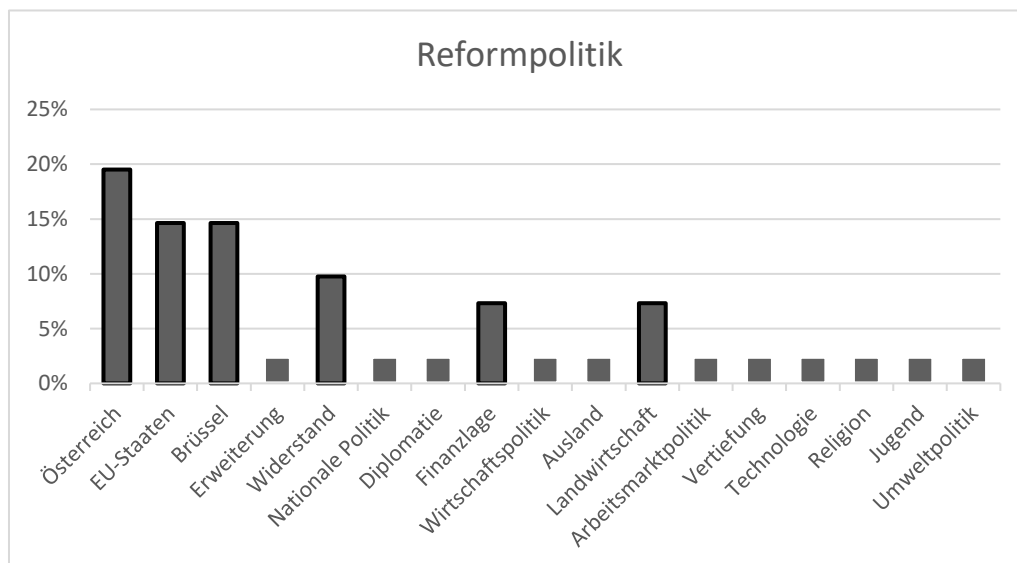
Graph 16: Vorkommen des Themencodes *Wahlen* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

Als Kontrast hierzu die Kategorie **Wirtschaftspolitik** (Graph 17), die durchaus ein internationales Themenspektrum – *Erweiterung* (14%), *EU-Staaten* (13%), *Grenzen* (7%), *Ausland* (7%) – vorweist.



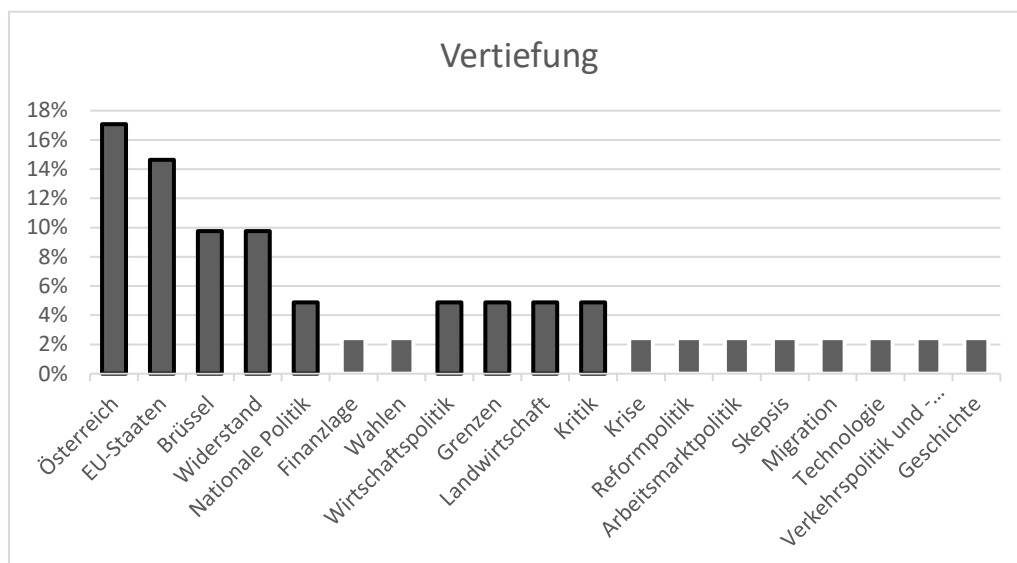
Graph 17: Vorkommen des Themencodes *Wirtschaftspolitik* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

Die **Reformpolitik** (Graph 18) stößt scheinbar ebenfalls des Öfteren auf *Widerstand* (10%) in der Bevölkerung und weist auch eine auffällige Bindung mit den Bereichen *Finanzlage* und *Landwirtschaft* (jeweils 7%) auf.



Graph 18: Vorkommen des Themencodes *Reformpolitik* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

Versuche seitens der EU zur **Vertiefung** (Graph 19) kommen vor allem im Zusammenhang mit den Codes *Widerstand* (10%), *Wirtschaftspolitik*, *Grenzen*, *Landwirtschaft*, *Kritik* und überraschenderweise *Nationale Politik* (allesamt 5%) vor.



Graph 19: Vorkommen des Themencodes *Vertiefung* mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)

Als kurzes Zwischenfazit sei angemerkt, dass vor allem die Bereiche Erweiterung und Finanzen auf eine gewisse Ablehnung zu stoßen scheinen. Etwas widersprüchlich trifft diese negative Einstellung nicht so sehr auf die Wirtschaftspolitik zu, obwohl hier die Erweiterung eine so große Rolle einnimmt. Außerdem hat die nationale Politik viel öfter einen merkbaren Anteil inne, als man zunächst beim Thema EU annehmen würde.

Die hier vorgestellten interagierenden Codes stellen zwar nur einen Ausschnitt des Gesamtbildes dar, wurden jedoch nicht ohne Grund zur Veranschaulichung gewählt. Einerseits decken sie anteilmäßig mehr als die Hälfte ab (vgl. Tabelle 1), andererseits gibt es zwischen den jeweiligen Bereichen auch Überschneidungen, sodass sich die Detailbetrachtung weiterer Rubriken dadurch erübrigt.

6.1.3 Sprache und Bilder

6.1.3.1 Bildsujets

In den Beiträgen existieren diverse wiederkehrende Bildthemen, die durch ihre Wiederholung eine ‚typische‘ Darstellung der EU wie auch Österreichs etablieren und dabei auch eine bestimmte (positive oder negative) Haltung der vorkommenden Akteure gegenüber der EU wiedergeben. Bei beiden Kategorien gibt es zwei wesentliche Unterscheidungen: auf der einen Seite existieren Bilder, welche die Sphäre der Politik betreffen, auf der anderen Seite jene, die Nation(en) und Bewohner:innen repräsentieren. Für die Analyse wurden die am häufigsten

vorkommenden Bildsujets in verschiedene Gattungen zusammengefasst, welche hier nun vorgestellt werden.

Auf Seite der österreichischen Politik sind es vor allem die Politiker:innen selbst, die am häufigsten zu sehen sind, besonders, wenn sie sich im *modus operandi* befinden: in Bewegung, sprechend, am Tisch sitzend, vor der Presse, Hände schüttelnd, im Flugzeug auf Arbeitsreisen, Berichte lesend, im Nationalrat oder eine Rede haltend. Diese Art der Darstellung als handelnde Akteure ist allerdings kein österreichisches Spezifikum, sondern gehört allgemein zur politischen Berichterstattung im Fernsehen. Es gibt jedoch auch Szenen, die speziell auf Österreich zugeschnitten sind, bzw. auf eine bestimmte Regierung. Ein Fallbeispiel hierzu ist die Zeit von Schwarz-Blau-1 mit Wolfgang Schüssel (ÖVP) als Bundeskanzler. Einige Videoausschnitte zeigen die Politiker des Kabinetts in einer Weise, die für manche Menschen wohl als *überheblich* anmuten könnte: Golf spielend, mit Champagner anstoßend, oder Schüssel, der zu FPÖ-Chef Jörg Haider in ein Porsche-Cabrio einsteigt und gemeinsam mit ihm wegfährt.⁸⁹ Die FPÖ ist wahrscheinlich auch jene Partei, die aufgrund ihrer *ablehnenden Haltung* zur EU besonders hervortritt. So sind in den Beiträgen rund um die Europawahlen vor allem FPÖ-Plakate abgebildet, die zum Teil durch rassistische Aussagen auffallen und immer wieder von anderen Parteien kritisiert werden.⁹⁰ Auch schriftliche Dokumente können hier genutzt werden, um Inhalte zu transportieren. In der Zeit der EU-Sanktionen gegen Österreich unter Schwarz-Blau-1 wurde ein Schreiben abgefilmt, über dem ein Finger auf die Begriffe „European values“ und „political nature of the FPÖ“ zeigt. Damit wurde die Frage aufgeworfen, ob sich diese beiden Elemente miteinander vereinbaren ließen.

Ein anderes Beispiel wie Texte auf Bildebene eingesetzt werden, ist das Ablichten von *Zeitungsartikeln und -headlines*. Unter der Regierung von Sebastian Kurz wurde so dessen EU-kritische Haltung und die Annäherung seiner Aussagen an das Level der FPÖ veranschaulicht. Vor allem die Kronenzeitung besticht durch Artikel, die sich gegen die EU richten, was unter anderem dem unabhängigen Kandidaten Hans Peter Martin bei der Wahl 2004 ins EU-Parlament verhalf.

Grundsätzlich am pro-europäischsten äußerten sich die von den Parteien entsandten Spitzenkandidat:innen für die Europawahlen (mit Ausnahme der FPÖ), die im Rahmen mehrere Interviews vor *EU- und Österreich-Fahne* stehend vorgestellt wurden. Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler sind außerdem während eines Beitrages aus 2020 in einem

⁸⁹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Sanktionen / Volksbefragung (Gestaltung: Klaus Hipfl, Marie-Theres Euler-Rolle und Rainer Hazivar), 4.7.2000.

⁹⁰ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Wahl (Gestaltung: Ernst Kernmayer und Ernst Johann Schwarz), 19.5.2009.

Goldrahmen mit dem EU-Logo im Hintergrund abgebildet. In jenen Berichten rund um die österreichischen Ratspräsidentschaften, wurde ebenso immer wieder das *Logo* eingeblendet, um Österreichs Platz in der EU zu verdeutlichen.

Als Sujet für Österreich spielt vor allem die *Nationalflagge* – auch neben oder vor der EU-Fahne – eine wichtige Rolle. Allein oder in Kombination ist sie immer wieder in unterschiedlichen Beiträgen über den gesamten Zeitraum zu sehen. Auch Repräsentationen dessen, was man als *imperiale Vergangenheit* Österreichs bezeichnen könnte, kommen vielfach vor: Bühnen der Kunst, prunkvolle Kulissen, historische Gebäude in Wien und Salzburg, mit denen sich Österreich gerne bei Kongressen dem Ausland gegenüber zu präsentieren scheint. Dagegen tritt die Bevölkerung – wenig divers mit Ausnahme des wiederholten Vorkommens der hier lebenden türkischen Community – vor allem im *ruralen Raum* mit Kirchen, Feldern, Traktoren oder auch Blasmusikkapelle auf. Die politische Einstellung der Bevölkerung zur EU wird häufig durch das Abbilden von *Demonstrationen* verdeutlicht. Diese sind gegen die EU gerichtet, stehen oftmals in Verbindung mit der FPÖ wie auch der rechtsextremen Szene (erkennbar an Aussagen, Transparenten und Plakaten). Eine weitere Möglichkeit die Anschauungen der Bevölkerung zu repräsentieren, sind Umfragen und Datenerhebungen, deren Ergebnisse in Form von *Graphiken* abgebildet werden.

Ein wiederkehrendes Bildthema, das auch im Zusammenhang mit der EU und anderen Mitgliedsstaaten auftritt, ist die *Grenze*. Sie wird einerseits passiert – z.B. von Pensionist:innen, die in Tschechien Bier einkaufen⁹¹ –, andererseits abgeriegelt – etwa im Rahmen einer Bundesheerübung im steirischen Spielfeld, für welche die österreichische Regierung viel Kritik erntete⁹². Hier zeigt sich die ambivalente Einstellung der Österreicher:innen: so wollen sie selbst die Vorzüge des freien Reiseverkehrs nützen, gleichzeitig aber nicht, dass andere Staatsbürger:innen (besonders Osteuropäer:innen und Geflüchtete) ins Land kommen können.

Die Bilder zu den *politischen Abläufen in der EU* zeichnen sich nach demselben Muster ab, wie es bereits für Österreich geschildert wurde. Auftritte vor der Presse, Gipfeltreffen, Tagungen, Reden, Debatten, gemeinsame Abendessen – all das gehört zum oftmals abgebildeten Alltag der Politiker:innen. Besonders häufig sind die sogenannten *Shakehands* zu sehen, also zwei Personen, die sich zur Begrüßung die Hände schütteln. Die Szenen werden im ORF-Archiv

⁹¹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU / Skeptische Nachbarn (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 15.4.2003.

⁹² Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Flüchtlingspolitik (Gestaltung: Yilmaz Gülüm und Martina Schmidt), 26.6.2018.

auch so betitelt und eignen sich besonders gut für den Ausdruck eines diplomatischen (in der Regel freundlichen) Austausches. Eine Besonderheit der EU sind die sehr oft vorkommenden Gruppenfotos der Politiker:innen, auch als *Familienfotos* bezeichnet. Wie der Name schon verrät, können sie als Ausdruck der Gemeinschaft betrachtet werden und entstehen meist während diverser Treffen und Gipfel. In der Regel werden hier entweder die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder oder die Kommissionsmitglieder abgelichtet. Einem ähnlichen Zweck dient das Sujet des *Länder-Fahnenwaldes*, in welchem alle Flaggen der Mitglieder angeordnet sind und natürlich die *EU-Fahne* mit den Sternen als eigener Ausdruck der Gemeinschaft. *Europalandkarten* werden ebenfalls wiederholend eingeblendet und stellen eine weitere Möglichkeit der neutralen Repräsentation dar. Die EU als Institution kommt vor allem in den Bildern ihrer Gebäude wie dem Parlament oder der Kommission zum Ausdruck. Dazu gehören Ausschnitte aus den Sitzungssälen, in denen oftmals die Mikrofone und Kopfhörer eingefangen werden, die aufgrund der *Vielsprachigkeit* ein unverzichtbares Mittel in der Zusammenarbeit sind. Passagen aus *Verfassungstexten* und das Unterzeichnen von *Verträgen* sind wiederkehrende Darstellungen für die supranationale Vertiefung. Dies beinhaltet auch jegliche Art von *Werbung* für EU-Wahlen oder Reformen (als Folder, Plakate, Videoclips, Stempel, etc.) und Hinweise auf die Fördertätigkeit der EU im Rahmen von *Schildern*, bzw. das Anbringen des *EU-Logos* an verschiedenen Orten.

Es gibt auch sich wiederholende Ausdrucksformen für die Kritik an oder Problemen in der EU. Beim Thema Steueroasen in Drittländern war in einem Beitrag eine Bildabfolge von *Karibik*, *Strand*, *EU-Parlament* und *Euroscheinen*, die gezählt werden, zu sehen.⁹³ Die Problematik von Korruption und *Postenschacherei* wurde mit einem in einem dunklen Raum befindlichen Sessel, hinter dem die EU-Fahne hing, dargestellt.⁹⁴

Grenzen und deren Übertretung bzw. das *Reisen* im EU-Raum sind eine häufige Thematik in Beiträgen. Ähnlich zu Österreich werden auch in Bezug auf die EU Kontrollen, Schilder oder Staus gezeigt. *Reisen* wird durch Bilder von Bahnhöfen, Flughäfen und Transportmittel demonstriert. Während dies für Europäer:innen ein positives Narrativ darstellt, bedeutet es für Personen aus Drittstaaten zum Teil lebensbedrohliche Strapazen. Hier zeigen Bilder von überfüllten *Schlauchbooten* im Mittelmeer, im *LKW* zusammengepferchte Geflüchtete und *Kontrollen* durch Polizei und Frontex-Beamte, was die *Flucht* nach Europa für den Großteil dieser Personen bedeutet.

⁹³ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Martin Pusch und Ernst Johann Schwarz), 21.5.2013.

⁹⁴ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU Entscheidungen (Gestaltung: Alexander Sattmann und Helga Lazar), 24.6.2014.

Wie schon in Zusammenhang mit Bildern zu Österreich besprochen, sind auch in anderen EU-Ländern *Demonstrationen* gegen die EU häufig vorzufinden. Hier kommt die Partizipation der EU-Bürger:innen am stärksten zum Ausdruck. Als Beispiel ist etwa die Bürgerinitiative gegen Glyphosat zu nennen, über welche 2019 berichtet wurde⁹⁵. Die Bilder zeigen Menschen bei den Kundgebungen, Sammelaktion für Unterschriften, aber auch ein Schreiben der Industrielobby an die EU. So entsteht der Eindruck eines *Kampfes* ‚David gegen Goliath‘, ‚das Volk gegen die Eliten‘. Es mag wohl auch kein Zufall sein, dass gerade ein Thema im Bereich der *Landwirtschaft* so brisant gezeigt wird, stellt diese doch ein sehr häufig thematisiertes Feld in der Berichterstattung dar: *Felder* und *Tiere*, *Landwirt:innen*, *Hilfsarbeiter:innen* oder typische Geräte wie *Traktoren* werden hierzu gezeigt.

6.1.3.2 Orte

Die Orte, die mit den jeweiligen Gebieten verbunden sind, gehören ebenso zur visuellen Ebene, unterscheiden sich jedoch von den Bildsujets. Sie stellen den Raum da, in dem sich letztere bewegen. Die Sujets selbst sind zwar an keinen bestimmten Platz gebunden, dennoch gibt es einige davon, die häufig am selben Ort auftauchen. So zeigen sich Zusammenhänge zwischen Narrativen und örtlich definierten Gemeinschaften, wie es etwa Staaten sind. Um das Ganze besser zu veranschaulichen, reicht schon ein Blick auf jene Orte im „Report“, die mit *Österreich* verbunden werden: ländliche Gegenden, Agrarfelder, Gewässer, Almen und kleine Dörfer – das alles liest sich wie die erste Strophe der österreichischen Nationalhymne. Werden Städte abgebildet, betrifft das ausschließlich Wien und Salzburg. Hier sind es vor allem die historischen Bauten aus der Ära der Habsburgermonarchie, die das Bild prägen und somit auch die Politik (die hauptsächlich in den Städten verankert ist) mit dieser Ästhetik untermalen. Die Bürger:innen sind entweder an Orten der Freizeitunterhaltung (Schanigärten, Bierzelt, Kirtag, etc.) oder in der Arbeit (Büros, Firmen) bzw. in Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten) zu sehen. Auch Transitorte wie Straßen, Grenzen oder Flughäfen kommen immer wieder vor.

Diese räumliche Vielfalt fehlt für *Brüssel* komplett. Gebäude von Institutionen und Behörden im Regierungsviertel sowie Straßen sind das Einzige, was zu diesem Ort abgebildet wird. Vereinzelt wird das Bild durch einen Supermarkt, ein Gasthaus, eine Kirche oder den Flughafen ergänzt. Mehr existiert für den Ort, der wie kein anderer die EU repräsentiert oder repräsentieren sollte, nicht.

⁹⁵ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Glyphosat / EU-Bürgerinitiative (Gestaltung: Vanessa Böttcher), 16.4.2019.

Weitaus interessanter und vielfältiger sind die Länder Europas, die der Einfachheit halber in die Regionen Ost-, West-, Süd- und Nordeuropa eingeteilt wurden. So wird vor allem der Eindruck vom Kommunismus geprägten und ‚rückständigen‘ *Osten* vermittelt. Zwar sieht man auch hier einen Mix aus Land- und Stadtregionen, im Vergleich zu Österreich erscheinen die Gegenden jedoch weit desolater: viele Baustellen, Ruinen, Fabriken und Rohstoffindustrie, auch im schlechten Zustand befindliche Flüchtlingslager und Plattenbauten gehören dazu. Zwar gibt es in manchen Städten auch Bilder von Kunst, Theater und jungen Studierenden in Cafés, doch sind diese insgesamt betrachtet in der Unterzahl.

Westeuropa bietet hingegen einen grundlegend anderen Eindruck – mit Ausnahme von Ostdeutschland, das in diesem Fall Osteuropa ähnelt. Die Städte sind mondäner, die Häuser intakt, es gibt teure Finanz- und Politikquartiere, Fakultäten und Hotels. Das Stadtleben ist von Lokalen und moderner Infrastruktur geprägt. Sind alte Gebäude zu sehen, sind es prunkvolle historische Bauten. Ländliche Regionen werden seltener gezeigt, falls es dazu kommt, sind es vornehmlich Wiesen und Gewässer.

Südeuropa ist wiederum durch das Mittelmeer geprägt. Die Aufnahmen zeichnen ein maritimes Klima mit entsprechender Vegetation. In erster Linie sind es jedoch Strände, Küsten und Häfen, die diese Region repräsentieren. Städte sind hingegen ‚hitzige‘ Orte, wo es zu Unruhen und Demonstrationen kommt, manchmal auch zu kriminellen Handlungen.

Nur sehr wenig Bildmaterial gibt es zu *Nordeuropa*. Das, was vorhanden ist, bildet vor allem die skandinavische Natur (Wälder und Seen) ab, vereinzelt auch Städte, die ordentlich und modern erscheinen.

6.1.3.3 Sprachbilder

Wie bereits mit Verweis auf Vräath Öhner angemerkt wurde, wird im Alltag das Bild meist von einem Text begleitet, der seine Bedeutung mitbestimmt.⁹⁶ Für die Analyse der „Report“-Beiträge bezeichne ich eine besondere Form des Zusammenspiels von visueller und auditiver Ebene als Sprachbilder. Gemeint ist damit ein häufig angewendetes Stilmittel der Sendung, welches meist dazu dient, den Inhalt zu ironisieren. Es handelt sich in gewisser Weise um Metaphern, die durch ein Bewegtbild mit einem von den Off-Sprecher:innen darüber gesprochenem Text entstehen. Eine Auswahl an häufig vorkommenden Sprachbilder-Kategorien wird nachfolgend vorgestellt.

⁹⁶ Vgl. Öhner, Bilder lesen, 77.

Das wohl häufigste Sprachbild ist *Grenze*, genauer gesagt, deren Öffnung oder Teilung von Europa. Im Falle von ersterem enthält ein Beitrag das Bild von weiten Feldern, die Offenheit suggerieren. In einem anderen Zuspätkommt wiederum der Satz: „Und so wächst zumindest an der Mur zusammen, was ohnehin zusammengehört.“ Hier ist die Rede vom EU-Beitritt Sloweniens, durch welchen die Grenze zwischen den benachbarten Gemeinden Bad Radkersburg und Gornja Radgona aufgehoben werden wird. Im dazugehörigen Bildschnitt gehen die Bürgermeister der beiden Ortschaften über die Mur-Brücke aufeinander zu und reichen sich lachend die Hände. Ein weiteres Beispiel spricht wiederum die „Teilung in West- und Osteuropa“ an, untermauert durch die Schilder „Republik Österreich“ und „Grenzübergangsstelle“ am Rande der slowakischen Autobahn.

Mehrere Sprachbilder behandeln *problembehaftete Abläufe* innerhalb der EU. So wird die „Uneinigkeit“ unter den Mitgliedern bei einem Gipfel im französischen Biarritz durch einen Ausschnitt des stürmischen Meeres veranschaulicht. Die Tatsache, dass „viele Projekte in der EU noch auf wackeligen Beinen stehen“ findet Ausdruck in einem kleinen Lamm, das sichtbare Schwierigkeiten beim Aufstehen zeigt. Eine weitere Naturallegorie ist die Wolkenstimmung während der Abenddämmerung über einem Feld, welche auf die Verkomplizierung der Verhandlungen hinweist, die durch das Hinzukommen weiterer Staaten im Zuge der Erweiterung drohen. Gelingt es jedoch eine Einigung zu erzielen, ist darauf zu hoffen, dass die Freude darüber „nicht so schnell verpufft“ wie das abgefilmte Feuerwerk. Und schließlich gibt es im Zuge der Postenbesetzung für die neue Kommission eine Ringelspieltrope, dargestellt durch ein sich drehendes Pferdekarrussell. Dazu lautet der Hinweis des Sprechers, dass Österreich wohl an Gewicht verlieren wird, da „auf den schönsten Rössern schon andere Platz genommen haben“.

Auch die Vorstellungen von *Hochzeit* und *Reichtum* dienen als Metaphern, wenn auch in erkennbar ironischer Weise. So präsentiert man zur Frage, ob es zu einem EU-Beitritt der Türkei kommen wird, zwei Täubchen auf einem blumengeschmückten Tisch bei einer türkischen Hochzeitsfeier in Wien. Am Ende eines Beitrages über den EU-Gipfel in Salzburg wird wiederum bezüglich der Szenerie bemerkt: „Wenn schon nicht am Reichtum der Ergebnisse – am Reichtum der Bilder ist der Schauplatz Salzburg nur schwer zu übertreffen.“

Dem Anschein nach vermitteln die Sendungen also sehr vielfältige Eindrücke zur EU. Es zeigt sich allerdings, dass vor allem die Probleme, die seit dem Beginn des österreichischen Beitrittes auftraten, und weniger die positiven Folgen im Mittelpunkt der Berichterstattung liegen. Ein wiederkehrendes Thema bei den Inhalten, Bildern und der Sprache sind zudem die Grenzen,

die sowohl als notwendig wie auch entbehrlich, positiv und negativ betrachtet werden. Bevor ich mich im letzten Kapitel also der Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse widme, soll mithilfe einer Sendung, welche die genannten Punkte mit sechs Beiträgen abdeckt, eine qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen werden. Hier kann gezeigt werden, wie und ob die Ergebnisse der Untersuchung anhand eines Beispiels demonstrierbar sind. Die dafür gewählte Sendung vom 12. Juni 2018 trägt den Titel „Der große Europa-Report“ und befasst sich mit der Frage, ob sich die Österreicher:innen mehr oder weniger EU wünschen.

6.2 Qualitative Analyse

Für die qualitative Analyse wurde die Sendung „Der große Europa-Report – Mehr oder weniger EU?“ vom 12. Juni 2018 herangezogen. Die Auswahl fiel auf diese Ausgabe, da sich die Beiträge aus verschiedenen thematischen Blickwinkeln mit der aktuellen Lage der EU und vor allem den Auswirkungen für Österreich befassen. Jene Bereiche, die aus Sicht der Österreicher:innen am kontroversesten erscheinen, stehen im Mittelpunkt der Sendung, zu der auch der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz im Studio ist. Anlass für diesen Themenschwerpunkt war der anstehende Beginn des dritten EU-Ratsvorsitzes Österreichs (davor 1998 und 2006⁹⁷). Am Tag der Veröffentlichung, dem 12. Juni 2018, war es zudem exakt 24 Jahre her, dass die Österreicher:innen für den Beitritt zur EU stimmten. Die qualitative Analyse befasst sich somit nicht mit den historischen Veränderungen im Untersuchungszeitraum, sie nimmt vielmehr ein aktuelleres Beispiel her, um eine ausführliche Untersuchung der Sendungsgestaltung beim Thema EU (aus österreichischer Perspektive) zu ermöglichen.

6.2.1 „Der große Europa-Report – Mehr oder weniger EU?“ vom 12. Juni 2018

Die Sendung beginnt mit dem Intro⁹⁸ (siehe 6.2.1.1) und einem anschließenden Beitrag, der aus Interviews mit ehemaligen und aktuellen österreichischen Politikern besteht. Anschließend folgt ein Studio-Interview mit dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz, während diesem

⁹⁷ Die Sendungen zu jenen Ratsvorsitzen wurden deshalb nicht für die Analyse herangezogen, weil die Beiträge inhaltlich weniger divers aufgestellt waren (sie beschäftigten sich stärker mit den Vorbereitungen und Finanzausgaben des Ratsvorsitzes und weniger mit dem österreichischen Blickwinkel auf die EU).

⁹⁸ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Intro + Umfrage – VAZ (Gestaltung: Yilmaz Gülüm), 12.6.2018.

ihm auch Videobotschaften österreichischer Bürger:innen mit Wünschen und Beschwerden betreffend der österreichischen und/oder europäischen Politik vorgespielt werden. Auch Interviews mit EU-Abgeordneten und deren Erwartungen an die österreichische Ratspräsidentschaft werden gezeigt, sowie Kritik des luxemburgischen Außenministers an der österreichischen Grenzpolitik und ein kurzer Faktencheck zum EU-Budget. Anschließend folgt der Beitrag über das Budget⁹⁹ (6.2.1.2) und gleich darauf – mit jeweils einer kurzen Studio-Moderation dazwischen liegend – die Beiträge zur Sozialunion¹⁰⁰ (6.2.1.3) und zur Zuwanderung am Arbeitsmarkt¹⁰¹ (6.2.1.4). Es folgt ein weiteres Studio-Interview beziehungsweise eine Diskussion zwischen Petra Nocker-Schwarzenbacher (Bundesobfrau Tourismus in der Wirtschaftskammer Österreich) und Barbara Treiber (Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft der Privatangestellten und Vize-Präsidentin der Arbeiterkammer Wien) zu eben jenem Thema. Danach folgt der Zuspeler zur Migration¹⁰² (6.2.1.5) und eine Liveschaltung zum Direktor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) Fabrice Leggeri in Warschau. Der letzte Zuspeler trägt den selben Titel wie die Sendung: „Mehr oder weniger EU?“¹⁰³ (6.2.1.6).

6.2.1.1 „Intro & Umfrage“

Im Intro geht es um die Ergebnisse einer vom „Report“ beauftragten OGM-Umfrage, in welchen Bereichen sich die Österreicher:innen mehr oder weniger EU wünschen. Zu Beginn wird das Problem eröffnet, nämlich, dass die EU mit Protesten und Widerstand seitens der Bürger:innen konfrontiert ist, was unter anderem in Großbritannien zum Ja für den Brexit führte. Daraufgehend geht es um die Hintergründe und Ursachen dieses Problems. Hier kommen die Umfragen ins Spiel, die angeben, dass eine Mehrheit der Österreicher:innen zwar für den Verbleib in der EU ist, dieser Anteil seit dem Beitritt jedoch gesunken und das Verhältnis zur Union differenzierter geworden ist. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass der Beitritt Österreichs von Anfang an von hitzigen Debatten zwischen Für- und Gegenseite begleitet wurde. Als Grund für die Verschlechterung werden vor allem die ungeklärten

⁹⁹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Budget (Gestaltung: Evamaria Kaiser), 12.6.2018.

¹⁰⁰ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Sozialunion (Gestaltung: Helga Lazar und Katja Winkler), 12.6.2018.

¹⁰¹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Zuwanderung Arbeitsmarkt (Gestaltung: Sophie-Kristin Hausberger und Martina Schmidt), 12.6.2018.

¹⁰² Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Migration (Gestaltung: Jakob Horvath und Martin Pusch), 12.6.2018.

¹⁰³ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Mehr oder weniger EU (Gestaltung: Yilmaz Gülüm), 12.6.2018.

Probleme im Hinblick auf Geflüchtete und Migration angegeben. Bezüglich der Zukunft der EU wurden die Menschen gefragt, wo sie sich größeren und geringeren Einfluss auf die Nationalpolitik wünschen. Mehr EU wird in den Bereichen Schutz der Außengrenzen, Bekämpfung von Steueroasen und Reisefreiheit gefordert, weniger hingegen bei Landwirtschaft, Steuern und Abgaben sowie Sozialpolitik. Die Ergebnisse befinden sich sehr auf Linie mit der türkis-blauen Regierung, wobei sich Bürger:innen und Politik laut dem Experten wohl gegenseitig beeinflussen. Vor allem die ÖVP sei im Zusammenhang mit der EU in den letzten Jahren merklich differenzierter geworden – parallel zur Bevölkerung.

Gleich zu Beginn werden diverse Clips visuell mit der EU-Fahne und musikalisch mit der Europahymne unterlegt. Diese Darstellung erinnert an das vom Architekturbüro Rem Koolhaas beschriebene „Blueurope“¹⁰⁴, worunter sie die Einfärbung von Bildern und Symboliken mit EU-Bezug im Blau der EU-Fahne verstehen. Darin zu sehen ist ein Gruppenfoto der Staats- und Regierungschefs, Shakehands zwischen Sebastian Kurz und Jean-Claude Juncker, der ersterem ein Küsschen auf die Wange gibt. Darauf folgend Shakehands zwischen Juncker und Viktor Orban, dem er eine sanfte, aber dennoch symbolträchtige Ohrfeige verpasst. Dazu kommentiert die Off-Sprecherin „Man liebt sich und neckt sich...“, womit vermittelt wird, dass die Beziehung zwischen den nationalen Regierungen und der EU immer wieder Schwankungen unterworfen ist. Das Verhältnis zwischen Brüssel und der europäischen Bevölkerung wird als distanziert und angespannt dargestellt: Das Bild wechselt von einer sich schließenden Tür, hinter dem EU-Politiker:innen an einem Verhandlungstisch Platz nehmen, zu demonstrierenden Menschenmassen in diversen europäischen Städten.

Nun fokussiert der Beitrag auf Österreich: Passant:innen auf einer Straße in Wien werden stellvertretend für die Gesamtbevölkerung herangezogen. Videoclips aus der Zeit um den Beitritt zeigen die Stimmung von damals. Während die österreichische Nationalhymne abgespielt wird, sind streitende Befürworter:innen und Gegner:innen, jubelnde Menschen – darunter als EU-Sterne verkleidete Kinder – sowie einige Repräsentant:innen der damaligen österreichischen Parteienlandschaft zu sehen: FPÖ-Chef Jörg Haider, als inoffizieller Obmann der Gegnerschaft, Vertreter:innen der Grünen, die einen Beitritt zunächst ebenfalls ablehnten, sowie der jubelnde Kanzler Franz Vranitzky (SPÖ) und ein ebenso euphorischer Vizekanzler Erhard Busek (ÖVP). Die Präsentation der Umfrageergebnisse erfolgt neben dem Bild einer

¹⁰⁴ Andreas Pibersky, Europa als Symbol politischer Image-Konstruktionen. Bilder & Politik, in: Vräath Öhner u. a. (Hg.), Europa-Bilder, Innsbruck u. a. 2005, 87–102, 92. Sie kritisieren diese Darstellung als vereinheitlichend und plädieren für eine Darstellungsform, mit der die Unterschiede zwischen den Mitgliedern positiv hervorgehoben werden.

EU-Fahne und wird vom Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer kommentiert. Laut diesem wird die EU mehrheitlich positiv gesehen, allerdings gibt es Politikfelder, in denen die Menschen mit dem Vorgehen unzufrieden sind, etwa die Migrations- und Flüchtlingspolitik (mehr dazu unter 6.2.1.5). Daraufhin werden abermals Wiener Passant:innen zur ihren Wünschen an die EU befragt, wobei die Themen Wirtschaft, Umwelt und strengere Auflagen zur Flüchtlingsverteilung in Europa erwähnt werden. Nach Ende der Ergebnispräsentation wird ein Pressekonferenzclip von Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache (abermals mit der EU-Fahne unterlegt) eingeblendet, die bald den EU-Ratsvorsitz übernehmen werden. Beide sind für eine kritische Haltung zur EU bekannt, wobei sich die ÖVP in den Jahren zuvor immer mehr an die FPÖ angeglichen hat.

Personen, die in den Archivdaten als sprechend angegeben wurden, sind der Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer, Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Als nicht-sprechend notiert sind der ehemalige Vizekanzler Erhard Busek (ÖVP) und ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ), der Sprecher der Bundesregierung Peter Launsky-Tieffenthal, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Es finden sich also fünf österreichische Politiker, ein ungarischer und ein europäischer Politiker sowie ein Experte in der Liste. Frauen wurden keine notiert, allerdings kommen österreichische Bürger:innen bei den Straßenbefragungen zu Wort und eine Frau fungiert als Off-Sprecherin. Des Weiteren wurden nicht alle zu sehenden Persönlichkeiten in den Metadaten angegeben, so fehlt etwa die Erwähnung Jörg Haiders, der in der Sendung ohne gesprochenem Text vorkommt.

Der Beitrag wurde mit den Codes *Österreich* und *Brüssel* versehen. *Widerstand* wurde deshalb nicht hinzugefügt, weil die Erwähnungen von positiven und negativen Aspekten aus der Bevölkerung sehr ausgeglichen waren und das, obwohl erwähnt wurde, dass sich die Stimmung verschlechtert hat.

6.2.1.2 „Budget“

Dieser Zuspieler behandelt die Budgetfrage für den EU-Haushaltsplan und dessen Auswirkungen auf Österreich. Konkret geht es um Kürzungen bei den Agrar- und Regionalförderungen, die für die österreichischen Landwirt:innen ein Problem darstellen. Zur Repräsentation wurden zwei Betriebe – ein familiärer Bergbauernbetrieb in der Buckligen Welt und das Gut Kanzelhof in Maria Lanzendorf – ausgewählt, die vor allem auf Förderung für Biobetriebe und artgerechte Haltung angewiesen sind. Ohne EU-Zuschüsse wissen diese nicht,

ob sie überlebensfähig sind. Für die Obergrenze bei den Förderungen treten auch österreichische Parteien wie ÖVP (die auch das Landwirtschaftsministerium führt) und SPÖ ein. Sie unterstützen in diesem Fall das Vorhaben der EU die Förderungen zu kürzen, beziehungsweise treten sogar für eine noch niedrigere Obergrenze ein. Von der Regionalförderung besonders profitiert hat in Österreich das Burgenland, wo mit den EU-Geldern rentable Investitionen getätigt werden konnten. Hier ist man bereits auf die Kürzungen eingestellt und optimistischer als in der Landwirtschaft. Für das Problem zeichnet sich keine wirkliche Lösung ab und auch, dass Österreich noch höhere Netto-Einzahlungen in die EU einspeisen wird, gilt als wahrscheinlich. WIFO-Expertin Margit Schratzenstaller gibt aber zu bedenken, dass man den Profit durch die EU-Mitgliedschaft nicht nur anhand der Rückzahlungen aus dem Budgettopf messen kann, sondern auch Bereiche wie Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsrate mitberücksichtigen muss, in welchen Österreich sehr stark profitiert hat.

In diesem Beitrag findet sich eine Reihe an ‚typischen‘, ländlichen Österreichbildern aus Alm- und Bauernhofszenerien. Schon der Einstieg mit der Phrase „Ländliche Idylle in der Buckligen Welt“ – wobei der Ort auch durch andere austauschbar wäre – zeigt, wie der rurale Raum in Österreich oftmals idealisiert wird. Im Gegensatz dazu stehen inhaltlich im Beitrag jedoch die finanziellen Probleme und der Förderungsbedarf in diesen Regionen. Familie Ofner in Trattenbach – Vater, Mutter und Kinder – bezweifelt ihren Landwirtschaftsbetrieb ohne Förderungen weiterführen zu können, da sie für den Verkauf ihrer Produkte zu wenig bezahlt bekommen. Die Eltern werden bei der Arbeit im Stall gezeigt, die körperlich fordernd erscheint, während sich die Kinder auf der Weide bei den Kühen befinden. Gutsbesitzer Schmid in Maria Lanzendorf steht mit langer Hose und Hemd in Kontrast dazu. Er selbst betont, dass er sich als Arbeitgeber und Landschaftspfleger und nicht als „Vertreter der viel kritisierten Agrarfabriken“ sieht. Als weitere Förderregion wird das Burgenland abgebildet, genauer gesagt ein Vergnügungspark in St. Margarethen, der von vielen Familien mit lachenden Kindern besucht wird. Der Park hat stark von den EU-Förderungen profitiert und mit entsprechenden Steuern diese auch wieder zurückgezahlt, wie das Ehepaar Müller im Interview erklärt. Der Betrieb ist auf Förderkürzungen eingestellt und möchte daher heuer noch rechtzeitig einen Antrag zum Ausbau einreichen. Interessant ist der bildliche Kontrast bei den vorkommenden Politiker:innen und Expert:innen, die entweder im Büro oder in Wien, fernab von den Betroffenen, abgelichtet sind.

Im Beitrag kommen zwei Bürgerinnen und drei Bürger mit gesprochenem Text vor, die in diesem Fall die Betroffenen der EU-Kürzungen repräsentieren und zur Veranschaulichung dieser Gruppe dienen. Das heißt, sie könnten auch ausgetauscht werden, ohne dass sich der Beitrag dadurch im Wesentlichen ändern würde. Auf Seiten der Politik kommen Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) und Europaspreeher Jörg Leichtfried (SPÖ) zu Wort, die hier die EU-Linie unterstützen. Als neutrale Beurteilungsinstanzen treten WIFO-Budgetexpertin Margit Schratzenstaller und Unternehmensberater Andreas Kreutzer auf. Das Geschlechterverhältnis zwischen allen zu Wort kommenden Personen beträgt genau fünf zu fünf (mit der Off-Sprecherin sind die Frauen in der Überzahl). Außerdem sind mehr Bürger:innen als Politiker:innen zu sehen, was für zwei der Codes dieses Beitrages, *Landwirtschaft* und *Finanzlage*, typisch ist. Die weiteren Codes sind *Österreich* und *Brüssel*. Während die dargestellten Personen aus der Bevölkerung negativ auf die Budgetpläne der EU reagieren, sind die Politiker:innen diesen gegenüber positiv gesonnen. Es ergibt sich also ein Spannungsverhältnis zwischen Politik und Bevölkerung.

6.2.1.3 „Sozialunion“

Der dritte Beitrag diskutiert die Pläne der Regierung, die Sozialhilfe für EU-Bürger:innen, die in Österreich arbeiten, an das Niveau in deren Heimatländern anzupassen. Während sich viele Arbeiter:innen – vor allem jene aus Osteuropa – in ihrer Leistung nicht wertgeschätzt fühlen, erhofft sich die Familienministerin aus den Einsparungen mehr Geld für österreichische Kinder, die sie derzeit benachteiligt sieht. Anstatt einer europäischen Solidarität wird hier eine Spaltung zwischen Ost und West betrieben, denn für den Großteil der westlichen Länder würde die Sozialhilfe ansteigen (was allerdings nur wenige Personen in Österreich betrifft). Die österreichische Opposition kritisiert die Pläne der Regierung: Die Neos planen eine Beschwerde bei der Kommission und dem Europäischen Verfassungsgericht einzulegen, die Grünen sehen ein gegenseitiges Ausspielen der Mitgliedsländer losgetreten, was sich letztlich negativ auf Österreich rückwirken würde.

Der Zusprieler beginnt am Schauplatz Bratislava, wo sich die slowakische Pflegerin Zuzana Cajkova mit ihr Tochter auf dem Spielplatz vor einer Wohnhausanlage befindet. Eine Aussicht über die Donau und die Burg sind an späterer Stelle ebenfalls zu sehen und zeichnen im Gegensatz zu früheren Beiträgen ein lebenswertes Bild einer osteuropäischen Stadt. Nach dem Interview besuchen sie die Agentur „Altern in Würde“, die auf die Vermittlung von Pflegekräften in den deutschsprachigen Raum spezialisiert ist. Geschäftsführerin Zuzana

Tanzer bespricht sich mit einer Mitarbeiterin, im Büro hängt eine Österreichkarte an der Pinnwand. Sowohl Cajkova als auch Tanzer kritisieren die Pläne der österreichischen Regierung. Eine Grafik zeigt die EU-Landkarte und die Höhe der Familienbeihilfe im jeweiligen Mitgliedsstaat, wobei ein West-Ost-Gefälle sichtbar wird.

Neben dem Pflegebereich ist auch die Tourismusbranche stark auf Arbeiter:innen aus Osteuropa angewiesen. In einer ungarischen Ortschaft sieht man Kinder mit dem Fahrrad fahrend, während sich Gabor Gosztola mit dem Auto auf den Weg zur Arbeit über die österreichische Grenze macht. Der in einer Hotelbar tätige Oberkellner sieht sich als gleichberechtigter EU-Bürger, der unter anderem Lohnsteuer in Österreich zahlt und deshalb auch nicht versteht, warum Personen wie er weniger Sozialleistungen beziehen sollen. Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) wird in ihrem Büro angetroffen, in dem sich auch eine kleine EU-Fahne und Österreichfahne nebeneinander befinden, während sie bekräftigt, dass die Regelung nicht im Widerspruch mit dem EU-Recht stehe. Auch der Familiensprecher der Neos, Michael Bernhard, wird am Schreibtisch interviewt, während sich der EU-Parlamentarier Michel Reimon (Die Grünen) dafür im Gastgarten des Wiener Cafés Europa (der Schriftzug „Europa“ an der Fassade wird betont in Szene gesetzt) befindet. Beide kritisieren die Regierungspläne zur Indexierung.

Das Schlussbild zeigt den Verkehr am Grenzübergang, während der Off-Sprecher erklärt, dass „nationale Grenzen in Europa, soziale Grenzen [bleiben].“ Da auch andere (westliche) EU-Staaten über eine Regelung nach österreichischem Vorbild nachdenken, bleibt eine Lösung ausstehend. Beim Betrachten der Schilder „Republik Österreich“ und „Grenzübergangsstelle“ am Straßenrand, wird resümiert, dass die EU in West- und Osteuropa gespalten bleibt.

In den Archivmetadaten als sprechend angegeben sind zwei EU-Bürgerinnen und ein EU-Bürger aus dem Ausland, eine österreichische Politikerin und ein Politiker sowie ein österreichischer EU-Politiker. Das Verhältnis ist genau ausgewogen, mit einem leichten Vorsprung bei den Männern, wenn man den Sprecher hinzuzählt. Die Codes für den Beitrag sind *Österreich*, *EU-Staaten*, *Sozialpolitik*, *Grenzen*, *Arbeit* und *Krise*. Letzterer bezieht sich darauf, dass nationale vor europäische Interessen gereicht werden.

6.2.1.4 „Zuwanderung Arbeitsmarkt“

Im vierten Zuspätkommt wird die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Osteuropäer:innen in einem Pro-und-Contra-Schema diskutiert. Für diese Gruppe treten repräsentativ ein Schweißer aus Kroatien und eine Gastfacharbeiterin aus Ungarn auf und erläutern ihre Beweggründe in Österreich zu arbeiten. Dazwischen kommen Politiker:innen,

Unternehmer und ein Interessensvertreter zu Wort, um zu erklären, was für und gegen die Öffnung spreche, bzw. wie diese sich auf die nationale Arbeitsmarktsituation auswirken würde.

In Österreich sehen die beiden ausländischen Arbeitskräfte vor allem faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Sozialvorsorge. Die österreichische Arbeitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) will jedoch den Österreicher:innen den Vorzug bei der Stellenvorgabe geben und ist daher gegen die weitere Öffnung für das EU-Land Kroatien. Auch der Leiter des Arbeitsmarktservices (AMS) ist dafür, noch zwei Jahre zu warten, bis die Lage in beiden Ländern wieder besser sei. Ansonsten befürchtet er einen zu starken Ansturm auf die hiesigen Arbeitsplätze. Die damals noch für die Liste Pilz tätige Nationalratsabgeordnete Alma Zadic hat Verständnis für diese Sorge, glaubt jedoch, dass die Gefahr des Ansturms höher geschätzt wird, als sie tatsächlich sei.

Die Unternehmer suchen indes sowieso verzweifelt nach Fachkräften aus dem Ausland, weil sich keine Österreicher:innen für die Stellen in der Metallverarbeitung und dem Tourismus bewerben. Der selbst aus der Gastronomie kommende Salzburger Landespartei-Vorstand der Neos, Josef Schellhorn, sieht vor allem die Arbeitszeiten als Problem für die Tourismusbranche.

Eine weitere Sorge bezüglich der EU-Integration und Arbeitsmarkterweiterung betrifft die Saisonkräfte in der Landwirtschaft. Biobauer Erick Stekovics aus dem Burgenland befürchtet, dass ihm viele Hilfsarbeiter:innen für die Ernte fehlen würden, sobald sich die Löhne zwischen West- und Osteuropa angeglichen haben. In solchen Fällen werde es wohl früher oder später billige Arbeitskräfte aus Drittstaaten benötigen.

Abgebildet werden in diesem Beitrag nur Orte aus Österreich: klar lokalisiert sind das 4-Sterne Hotel Altstadt in der Wiener Innenstadt, das Erdbeerfeld im Burgenland und die Schweißerei in der Steiermark. Hier fällt der Kontrast zwischen Stadt und Land auf. Da werden Dienstleistungen in feinen, noblen Boutique-Unterkünften getätigt, dort wird rauer, körperlich fordernder Arbeit nachgegangen. Osteuropa wird zwar bildlich nicht dargestellt, jedoch als Ort beschrieben, in welchem man nicht unbedingt arbeiten oder leben möchte. Hier findet aus Sicht des Westens wieder eindeutig eine Abgrenzung zum ‚Anderen‘ statt, die am Schluss nochmals mit einer Grenzmetaphorik zusammengefasst wird. So heißt es, dass sich das Arbeitsmarktproblem „weiter über die Grenzen Europas hinaus“ ausbreiten werde, während sich ein Hilfsarbeiter über das Erdbeerfeld gehend von der Kamera entfernt.

Als sprechende Personen kommen zwei osteuropäische Arbeiter:innen vor, als Branchenvertreter der Arbeitgeberseite ein Wiener Hotelbesitzer, der Leiter einer Schweißerei in der Steiermark und ein burgenländische Bauer. Interviewt werden außerdem zwei

österreichische Politikerinnen, eine aus der Regierung, die andere aus der Opposition sowie ein Oppositionspolitiker und ein Interessensvertreter. Somit kommt der Beitrag auf sechs Männer und drei Frauen, sowie einer weiblichen Off-Sprecherin. Die Codierung besteht aus *Österreich, EU-Staaten, Arbeit, Migration, Sozialpolitik, Erweiterung* und *Ausland*, wobei Arbeit mit Migration und Erweiterung mit Ausland in einem Spannungsverhältnis stehen. So werden Sozialleistungen in Österreich immer wieder als ‚Verlockung‘ für Migrant:innen dargestellt, weshalb vor allem rechte Parteien versuchen, die finanzielle Unterstützung für diese Gruppe (weiter) zu reduzieren oder ganz abzuschaffen. Erweiterung bedeutet dagegen, dass Räume, die vorher zur Abgrenzung dienten, auf einmal in das ‚Europäische‘ integriert werden müssten, was den Identitätsprozess zusätzlich erschweren kann.

6.2.1.5 „Migration“

Dieser Beitrag handelt von Migrationsbewegungen in die EU sowie dem Schutz der Außen- und Binnengrenzen. So gilt der freie Personenverkehr innerhalb des Schengenraums als große Errungenschaft, doch immer wieder steht dieser aufgrund der hohen Zahl an Geflüchteten, die vor allem über Osteuropa in die EU kommen, zur Debatte. Abermals wird hier ein Abgrenzung nach außen (EU versus Drittstaaten) sowie innen (West- versus Osteuropa) abgebildet. Der größte Kontrast ergibt sich jedoch aus den Worten der Bundesregierung, die durch Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) repräsentiert ist. Bezogen auf Migrationsbewegungen, spricht er von einem ‚Es‘, das im Süden in Bewegung komme, wohingegen der Leiter von UNHCR Österreich entwarnt, dass die Zahlen jener, die sich auf der Flucht nach Europa befinden, zwar ansteigen, aber noch weit von denen aus 2015 entfernt sind. Die vorkommenden Experten stehen den EU-Maßnahmen grundsätzlich kritisch gegenüber, während der österreichische Innenminister noch härteres Vorgehen fordert. So meint der Migrationsforscher Gerald Knaus, es würden eher Bedrohungsszenarien erzeugt, anstatt versucht Lösungen zu finden.

Der Beitrag wirft auch ein Licht auf die Flüchtenden selbst, die an den EU-Außengrenzen unter den schlechten Bedingungen leiden. Durch den Besuch des „Report“-Teams in einem Camp an der bosnisch-kroatischen Grenze, wo es nicht einmal funktionierende Sanitäreinrichtungen oder vernünftige Unterkünfte für die Menschen gibt, werden chaotische Zustände erkennbar. Besonders schlimm sei jedoch die Situation in Libyen, mit dessen offizieller Regierung die EU ein Abkommen vereinbart hat. Um die Mittelmeerroute zu entlasten, wurden Auffanglager errichtet, in denen katastrophale Zustände herrschen. Er habe noch keine Frau angetroffen, die dort nicht vergewaltigt wurde, so Pinter. Angesprochen auf die dortige Lage, entgegnet der

österreichische Innenminister, dass man sich damit abfinden müsse, da es keine Alternative gebe. Somit bleibt auch die Frage offen, wie sehr die EU und die österreichische Regierung sich hier dem Schutz der Menschenrechte verpflichtet fühlen.

Aufgrund des Reportagestils des Zuspilers gibt es viele Aufnahmen, welche die Situation der Geflüchteten veranschaulichen. Die Schauplätze liegen häufig an den Außengrenzen der EU oder gleich benachbarten Drittstaaten. Im Mittelpunkt steht der Balkan, zu Beginn begibt sich das Reportteam dort über einen holprigen Schotterweg zu einem in der Landschaft stehenden Wachturm, wo sie einen kroatischen Grenzpolizisten bei der Arbeit begleiten. Während die Musik im Hintergrund Spannung erzeugt, blickt die Kamera über friedlich wirkende grüne Wälder und Wiesen bei Sonnenschein. Anschließend geht es weiter in ein bosnisches Dorf an der Grenze, wo sich derzeit viele Geflüchtete – hauptsächlich junge Männer – in einem provisorischen Sammellager befinden. Auch die Frage, ob diese aus Angst um ihr Leben oder aufgrund von Armut fliehen würden, wird immer wieder diskutiert.

Des Weiteren sind verheerende Aufnahmen von Geflüchteten in Booten auf dem Mittelmeer zu sehen. Hier wird die EU durch FRONTEX-Beamte (erkennbar an der Armbinde mit EU-Logo) dargestellt. In Bosnien sind Geflüchtete, darunter Frauen und Kinder zu sehen, die in zerstörten Gebäuden aus dem Krieg untergebracht sind, weil keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Akteure mit der Entscheidungsmacht über das Schicksal dieser Menschen befinden sich in weiter Distanz und werden zum Beispiel durch ein Gruppenfoto der österreichischen ÖVP-FPÖ-Regierung in Brüssel repräsentiert. Auf einer Europalandkarte am Tablet-Bildschirm werden die Fluchtrouten nachgezeichnet und bei Herbert Kickls Interview ist eine Österreichfahne neben einer EU-Fahne zu sehen. Gleichzeitig wird jedoch durch den Off-Sprecher angemerkt, dass Kickl nicht auf europäische Lösungen baue, sondern lieber eine eigene finde. Die Mehrheit der Österreicher:innen scheint ihm zuzustimmen: in einer Umfrage sprechen sich 68 Prozent für permanente Grenzkontrollen aus und nur 22 Prozent dagegen. Neben der Grafik mit dem Ergebnis ist ein österreichischer Polizist abgebildet, wodurch ein national-rechtlicher Rahmen um das Thema gelegt wird. Somit wird der nationalen Abschottung der Vorzug gegenüber der Bewegungsfreiheit in der EU gegeben. Mit Bildern von Geflüchteten in libyschen Lagern und auf Schlauchbooten am Mittelmeer fasst der Sprecher zusammen: „Europa schottet sich ab [...]. Das bekämpft Symptome, aber keine Fluchtursachen.“ Eine Lösung des Problems scheint somit nicht in Sicht.

Im Zuspilier kommen unter anderem eine Expertin und ein Experte aus Bosnien-Herzegowina, die beide in der internationalen Flüchtlingshilfe arbeiten, und zwei Migrations-

und Fluchtextperten aus Österreich vor. Als Bürger ist zu Beginn ein kroatischer Grenzpolizist zu sehen und hören. Aus der Politik kommt Herbert Kickl sprechend und der österreichische Kanzler Sebastian Kurz stumm vor. Da auch die Off-Stimme von einem Mann gesprochen wird, ist in diesem Beitrag nur eine Frau zu sehen und zu hören. Die Codes des Beitrages sind *Österreich, EU-Staaten, Migration, Grenzen, Ausland* und *Krise*. Die Zuwanderung aus Drittstaaten in die EU wird als Hürde für den inneren Zusammenhalt der Mitglieder dargestellt.

6.2.1.6 „Mehr oder weniger EU?“

Der letzte Zuspätkommer kann als positives Gegenstück zum vorherigen betrachtet werden. Während es beim Beitrag über Migration so aussieht, als würde die EU wieder in einzelne Nationen zu zerfallen drohen, werden nun die positiven Entwicklungen der Grenzöffnung durch die europäische Integration hervorgehoben. Um diese darstellen zu können, werden die Nachbargemeinden Bad Radkersburg und Gornja Radgona an der österreichisch-slowenischen Grenze herangezogen, die allein durch die Mur getrennt sind. Der Beitrag beleuchtet die Geschichte der nach dem Ende des Ersten Weltkrieges getrennten Ortschaften, der Zerstörung der Murbrücke im Zweiten Weltkrieg und der Kämpfe während des Slowenischen Unabhängigkeitskrieges 1991, die auch in Bad Radkersburg wahrgenommen wurden. Erst durch den Eintritt Sloweniens in die EU 2004 und seine Integration in den Schengenraum 2007 kann die Murbrücke mittlerweile wieder ohne Grenzkontrolle überquert werden. Die beiden Länder profitieren laut den Worten der befreundeten Bürgermeister der zwei Gemeinden gegenseitig voneinander: Österreich durch slowenische Arbeitskräfte, Slowenien durch österreichische Investitionen. Eine Thermenbesitzerin in Bad Radkersburg verneint die Frage, ob die ausländischen Arbeiter:innen nicht den österreichischen die Plätze wegnehmen würden. Vielmehr würde sie ohne diese niemanden mehr einstellen können, weil sich kaum Personen aus Österreich bewerben. Auch in den Schulen der Grenzregion ist der internationale Austausch bemerkbar. Viele slowenische Kinder erhoffen sich einen Vorteil im späteren Beruf, wenn sie in Österreich zur Schule gehen, wie zwei Schülerinnen erklären. Der Direktor eines Oberstufengymnasiums berichtet, dass aber nur einen Teil der Plätze an slowenische Schüler:innen vergeben werde, weil deren Eltern sich wünschen, dass diese mehr sprachlichen Kontakt zu österreichischen Kindern hätten.

2015 kam es im Zuge der großen Flüchtlingsbewegungen erstmals wieder zu Grenzkontrollen an der Mur. Die Bürgermeister erklären jedoch, dass sie nichts vom Wiedererstarken des Nationaldenkens halten und sich lieber eine starke, zusammenhaltende EU wünschen.

In diesem Zuspieler sieht man zunächst die Ansicht Gornja Radgonas am Ufer der Mur. Die Off-Sprecherin erklärt dazu: „Unsere Kamera steht in Österreich, aber im Bild sieht man Slowenien.“ Durch den Beitrag hindurch sind immer wieder Bilder der beiden Ortschaften zu sehen, auch diverse Symboliken, die mit dem Thema Grenzen, sowie deren Abbau zu tun haben: Ortschilder, Grenzschilder, -hinweise, -kontrollen und vor allem Bilder der Murbrücke. Hier gehen am Beginn auch die zwei Bürgermeister der Nachbargemeinden aufeinander zu, um sich die Hand zu reichen, womit ihre Verbundenheit ausgedrückt wird. Am Ende des Beitrages reichen sie sich erneut lachend die Hände.

Archivaufnahmen zeichnen die Geschichte nach. Zu sehen sind Fotos aus einer Geschichtsausstellung in Bad Radkersburg von 1745, aber auch Aufnahmen aus einer Zeit-im-Bild-Sendung von 1991, welche die Kampfhandlungen auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses zeigen. Mitschnitte aus 2007 geben schließlich die Demontage der Grenzbalken und die Enthüllung eines Schildes mit der Aufschrift „Freie Durchfahrt – Prosti Prehod – No Stop“ wieder. Als die beiden Bürgermeister in der letzten Einstellung einander nochmals bekräftigen, dass sie keine Grenzen benötigen, schließt die Sprecherin den Beitrag mit einer Einstellung der Brücke ab: „Und so wächst zumindest an der Mur zusammen, was wohl ohnehin zusammen gehört.“ Somit wird die Brücke zum ultimativen Symbol der Verbindung und des Zusammenhalts der beiden Nationen.

Die namentlich und als sprechend notierten Personen des Beitrages sind die beiden Bürgermeister, die Eigentümerin der Therme, der Schuldirektor und die beiden slowenischen Schülerinnen. Es kommen somit zwei Regionalpolitiker vor, aber weder Regierungs- noch EU-Vertreter:innen. Das Geschlechterverhältnis ist auf beiden Seiten gleich verteilt: Mit der Off-Sprecherin sind es vier Frauen und somit eine Person mehr als bei den Männern.

Die Codes sind *Österreich*, *EU-Staaten*, *Grenzen*, *Geschichte* und *Vertiefung*. Das EU-Bild ist hier von allen Zuspielern dieser Sendung am positivsten. Da dies auch der letzte Beitrag ist, kann wohl davon ausgegangen werden, dass trotz negativer Aspekte ein positiver Eindruck über die Mitgliedschaft beim Publikum hinterlassen werden sollte.

Als kurze Zusammenfassung der Sendung sei folgendes gesagt: der erste und der letzte Zuspieler legen den stärksten Fokus auf die EU-Bürger:innen oder besser gesagt, die Österreicher:innen. So kündigt die Moderatorin den Schlussbeitrag mit folgenden Worten an:

Die Politik ist [...] gefordert und meistens denken wir dabei nur an Brüssel, an EU-Gipfel mit Regierungschefs, kurzum die ‚große Politik‘. Aber die europäische Union ist mehr als das. Die EU, das sind wir alle. Und daher sehen wir uns jetzt genauer an, wie die Union im Alltag

zwischen Menschen aus zwei Ländern funktioniert. In einer Grenzregion, die in den letzten Jahren wieder zusammengewachsen ist.

Der Fokuswechsel, aber auch die oft fehlende Identifizierung mit der EU werden hier gleichermaßen angesprochen. Auch wenn die Auswirkungen der EU-Politik auf die Europäer:innen ebenso eine Rolle in den restlichen Beiträgen spielen, geht es in diesen vor allem um die politische Agenda. Oftmals stehen dabei Divergenzen zwischen europäischer und österreichischer Politik, zum Teil – wie der Beitrag zum Budget gezeigt hat – aber auch gemeinsame Ziele im Raum. Klar ist jedenfalls, dass es in allen Beiträgen einen starken Österreichbezug gibt, wobei es in dieser Sendung natürlich um das Jubiläum der *österreichischen* Abstimmung zum EU-Beitritt geht. Dramaturgisch orientieren sich die Zuspielder an einem objektiven Pro-und-Contra-Schema, ohne bestimmten Lösungsvorschlag zum jeweiligen Problem. Vielmehr scheint es darum zu gehen, dem Publikum verschiedene Perspektiven aufzuzeigen, um dadurch eine eigene Meinung zu ermöglichen. Nur der letzte Beitrag weicht klar davon ab, da hier mit narrativen Elementen und historischer Nachzeichnung ein eindeutig positives EU-Bild vermittelt wird.

7 Schlussteil

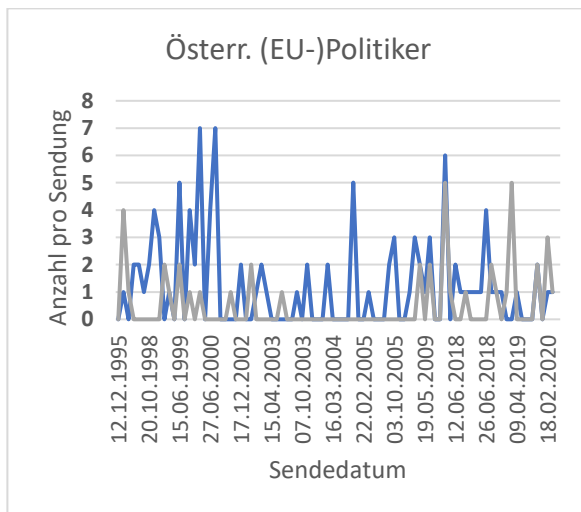
Zu guter Letzt möchte ich am Ende den historischen Aspekt der Arbeit in den Mittelpunkt rücken, da die Untersuchung eine Zeitspanne von 25 Jahren umfasst. Somit gehe ich im ersten Teil der Frage nach, ob im Untersuchungszeitraum Veränderungen erkennbar sind. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Ergebnisse der Analyse noch einmal zusammengefasst und zu einem Schlussfazit zusammengeführt.

7.1 Die Darstellung der EU von 1995 bis 2020

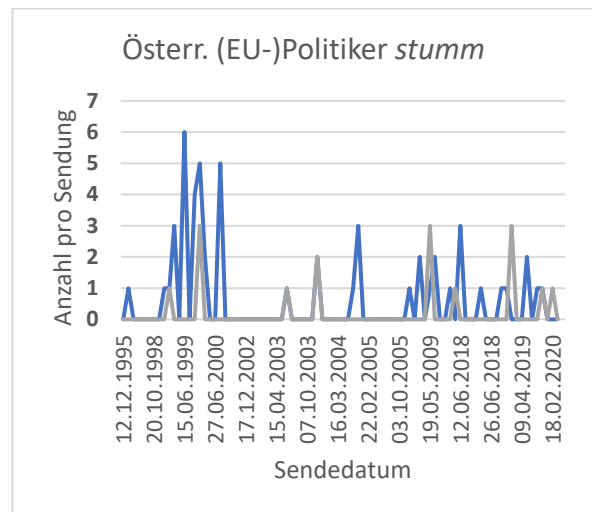
Um nun einen Eindruck davon zu bekommen, ob und wie sich Darstellungsformen der EU im „Report“ im Verlauf der 25 Jahre verändert haben, soll an dieser Stelle ein Überblick der häufigsten Kategorien erfolgen. Bei den Personen sind dies Politiker:innen und Bürger:innen, deren Vorkommen jeweils pro Sendung erfasst wurde. Bei den folgenden Graphiken zeigt die horizontale Ebene das Sendedatum der Beiträge an. Hier wird abermals deutlich, dass die meisten Sendungen zur EU zu Beginn der 2000er Jahre veröffentlicht wurden. Die vertikale Linie zeigt die Anzahl der Personen, die in den einzelnen Zuspieldern vorkommen. Sie werden dabei erneut in deren Geschlechtszugehörigkeit und politische Funktion unterteilt (siehe

Kapitel 5.2.2, Tabelle 3 und 4). Dabei wird ersichtlich, dass die Maximalanzahl bei den Männern pro Beitrag deutlich über jener der Frauen liegt.

Die folgenden Graphen zeigen die Verteilung der österreichischen Nationalpolitiker (blau) und der österreichischen EU-Politiker (grau). Die hohe Anzahl im Zeitraum 1999 bis 2000 ist auf die Wahlen zum Europaparlament und die EU-Sanktionen gegen Österreich zurückzuführen. Die blaue Erhebung am 20. September 2004 ist ein Beitrag zum möglichen EU-Beitritt der Türkei¹⁰⁵, die grau-blaue am 13. Mai 2014 handelt davon, wie die EU von der österreichischen Politik oftmals als Sündenbock benutzt wird¹⁰⁶. Die graue Erhöhung am 5. Februar 2019 ist ebenfalls auf die EU-Wahl und die Vorstellung der österreichischen Kandidat:innen zurückzuführen.¹⁰⁷ Bei den nicht-sprechenden Politikern, spiegelt sich das Ergebnis von Graph 20 im Wesentlichen wider, nur gibt es seltener klare Zuspitzungen.



Graph 20: Verteilung österr. (EU-)Politiker (1995–2020)



Graph 21: Verteilung österr. (EU-)Politiker *stumm* (1995–2020)

Die nicht-österreichischen Politiker in Graph 22 setzen sich aus den rein nationalen (blau), den nationalen EU-Politikern (grau) und den reinen EU-Politikern (orange) zusammen. Die blauen Höhepunkte mit jeweils vier nationalen Politikern handeln vom EU-Referendum in der Slowakei¹⁰⁸, der Beziehung zwischen EU und Balkan¹⁰⁹ und vom EU-Gipfel in Wien¹¹⁰.

¹⁰⁵ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Türkei und EU (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 20.9.2004.

¹⁰⁶ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Sündenbock EU (Gestaltung: Alexander Sattmann), 13.5.2014.

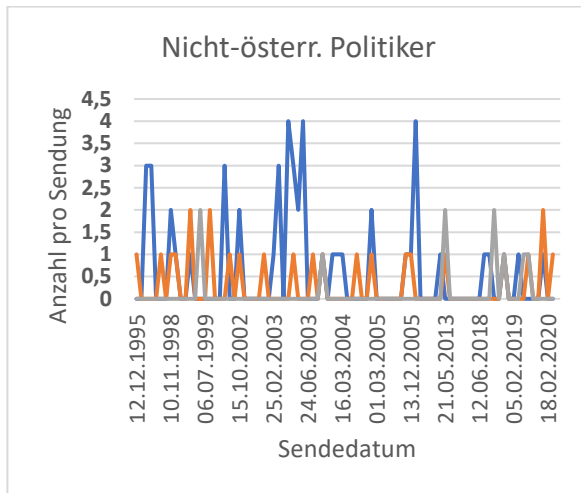
¹⁰⁷ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Umfrage (Gestaltung: Katja Arthofer, Yilmaz Gülüm und Jürgen Nussbaumer), 5.2.2019.

¹⁰⁸ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Slowakei: EU-Referendum (Gestaltung: Joana Radzyner), 13.5.2003.

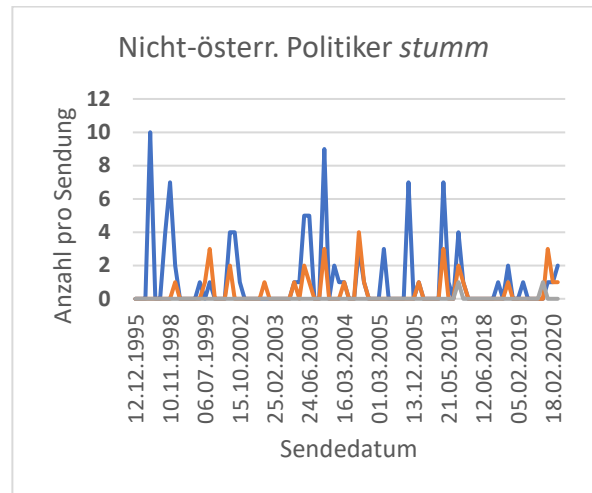
¹⁰⁹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU und Balkan (Gestaltung: Christian Wehrschütz), 17.6.2003.

¹¹⁰ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU Gipfel (Gestaltung: Stefan Daubrawa und Robert Wiesner), 20.12.2005).

Die Darstellung des nicht-sprechenden Pendants (Graph 23) zeigt eine besonders hohe, blaue Spitze im Jahr 1998, als Österreich im Juli erstmals die Ratspräsidentschaft übernahm¹¹¹ und im Jahr 2003, in welchem die Osterweiterung beschlossen wurde¹¹². Außerdem stehen Beiträge zu den Verhandlungen des EU-Haushaltsbudgets¹¹³ und der Zusammensetzung der neuen Kommission unter Jose Barroso¹¹⁴ hervor. Dessen vorherige Kommissionsbildung wird im Beitrag mit der höchsten Anzahl bei den europäischen Politikern (orange Spitze) behandelt.¹¹⁵



Graph 22: Verteilung nicht-österr. Politiker (1995–2020)



Graph 23: Verteilung nicht-österr. Politiker *stumm* (1995–2020)

Die Politikerinnen, und hier insbesondere die nicht-österreichischen (Graph 26 und 27), weisen nicht nur eine geringere Anzahl, sondern auch eine geringere Dichte als die männlichen Pendants auf. Die Höchstspitzen bei den österreichischen (EU-)Politikern und Politikerinnen treten jedoch in denselben Zeitabschnitten auf.

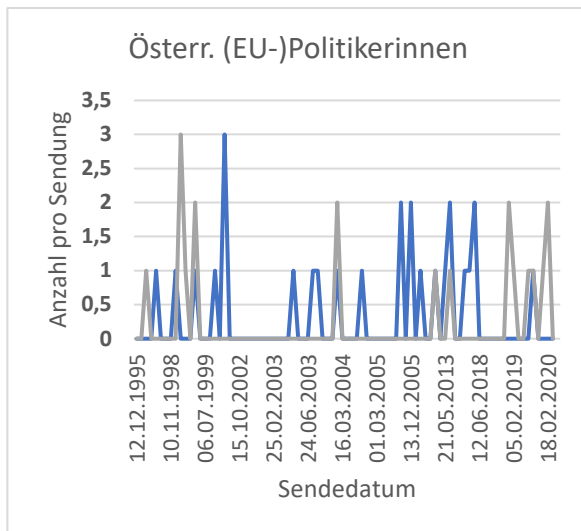
¹¹¹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Vorbereitungen (Gestaltung: Günther Kogler, Thomas Langpaul und Sabine Zink), 30.6.1998.

¹¹² Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Jahresrückblick, EU und Europa (Gestaltung: Roland Adrowitzer), 30.12.2003.

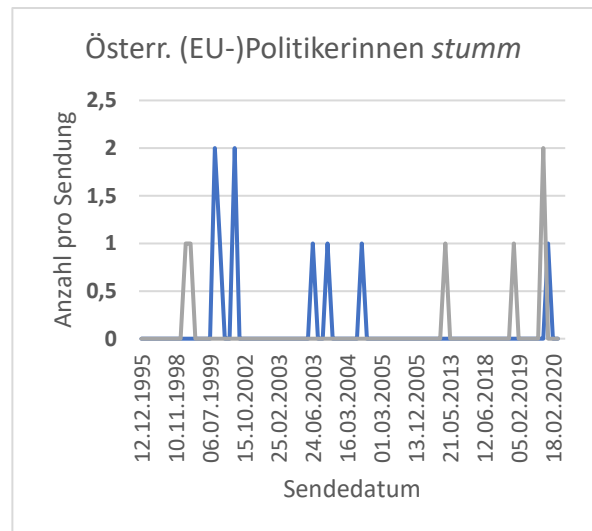
¹¹³ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Finanzen (Gestaltung: Günther Kogler und Alexander Sattmann), 6.12.2005.

¹¹⁴ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Kommissare (Gestaltung: Raimund Löw), 17.11.2009.

¹¹⁵ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Neuer EU-Kommissionspräsident (Gestaltung: Stefan Gehrler), 29.6.2004.

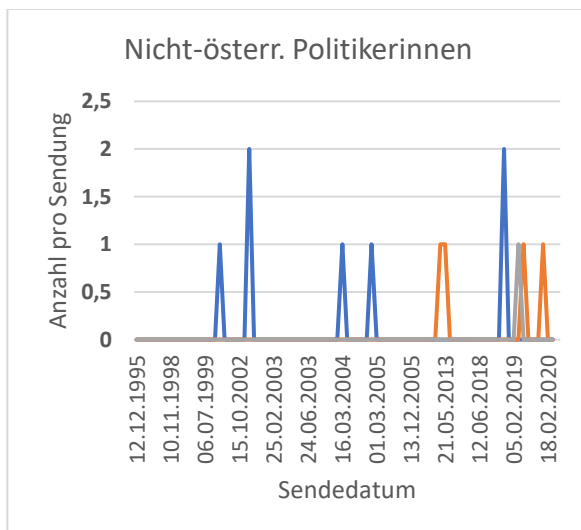


Graph 24: Verteilung österr. (EU-)Politikerinnen (1995–2020)

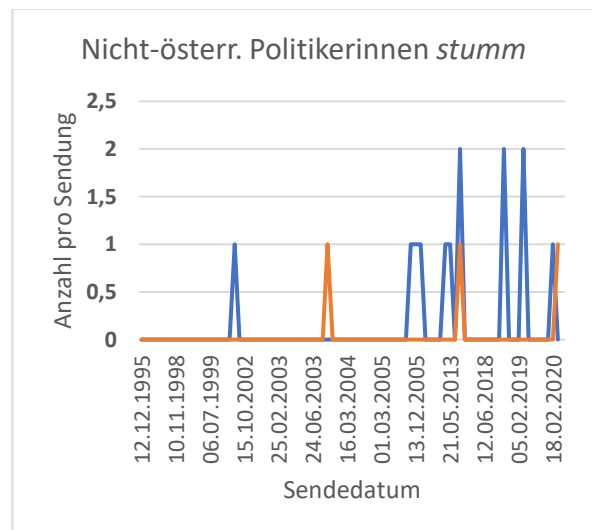


Graph 25: Verteilung österr. (EU-)Politikerinnen *stumm* (1995–2020)

Die Spitzen bei den nationalen Politikerinnen (blau) – wobei diese nie über zwei in der Anzahl hinausgehen – sind jeweils rund um diverse Gipfel angesiedelt. EU-Kommissarinnen (orange) und Parlamentarierinnen (grau) kommen in Sendungen über die politische Arbeit oder zu umstrittenen Maßnahmen¹¹⁶ vor.



Graph 26: Verteilung nicht-österr. Politikerinnen (1995–2020)

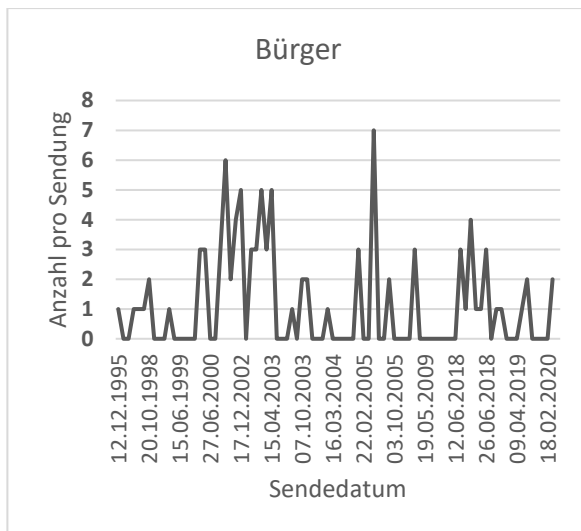


Graph 27: Verteilung nicht-österr. Politikerinnen *stumm* (1995–2020)

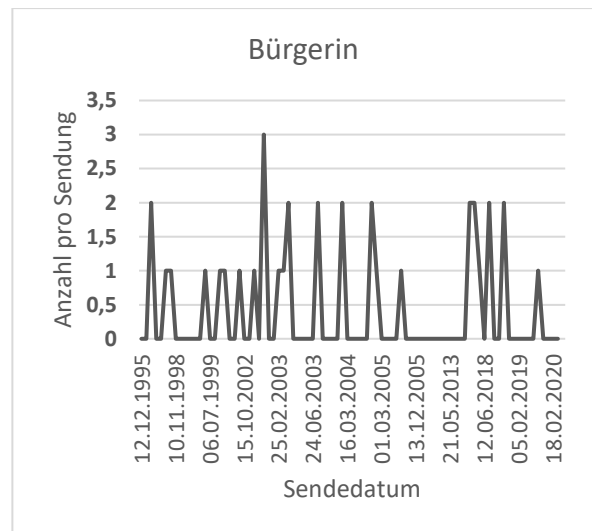
Bei den Bürger:innen sind die Spitzenthemen zwischen den Geschlechtern etwas unterschiedlich gewichtet (wobei auch hier angemerkt werden muss, dass die Höchstzahl der Frauen in den Sendungen weitaus geringer als die der Männer ist): während die Bürger vor

¹¹⁶ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Gipfel-Vorschau / Brexit (Gestaltung: Tim Cupal), 9.4.2019; ORF Multimediales Archiv, Report, Corona-Maßnahmen / EU (Gestaltung: Martin Pusch und Sophie-Kristin Hausberger), 21.4.2020.

allem in Beiträgen zu den Themen Fördergelder¹¹⁷, Grenzschutz und -öffnungen¹¹⁸, sowie der Diskussion um die EU-Verfassung¹¹⁹ präsent sind, sind es bei den Bürgerinnen Polen¹²⁰, die Türkei¹²¹ und ebenfalls Gelder¹²² beziehungsweise Sozialleistungen¹²³. Auffallend ist, dass die Spitzen bei den EU-Bürgerinnen in Bezug zu zwei spezifischen Nationen – wobei nur eine davon tatsächlich EU-Mitglied wurde – auftreten.



Graph 28: Verteilung Bürger (1995–2020)



Graph 29: Verteilung Bürgerin (1995–2020)

Was nun die Zu- oder Abnahme bei den jeweiligen Personengruppen betrifft, lassen sich höchstens Tendenzen errahnen: die österreichischen Politiker etwa, hatten ihren Höhepunkt bei den Auftritten Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre. Sie kamen zwar auch danach noch regelmäßig in den Sendungen vor, allerdings nicht mehr im selben Ausmaß pro Beitrag. Bei den nicht-österreichischen Politikern sind die diversen Maximalpunkte allesamt vor 2010 angesiedelt, jedoch breiter verteilt als bei den österreichischen.

¹¹⁷ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU / Burgenland (Gestaltung: Heidi Frank und Dorottya Kelemen), 25.2.2003.

¹¹⁸ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Irland – Abstimmung über EU-Erweiterung (Gestaltung: Heidi Frank), 15.10.2002; ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Grenzpolizei (Gestaltung: Heidi Frank), 17.12.2002; ORF Multimediales Archiv, Report, EU / Skeptische Nachbarn (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 15.4.2003.

¹¹⁹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Frankreich (vor Abstimmung über EU-Verfassung) (Gestaltung: Eva Twaroch), 24.5.2005.

¹²⁰ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Der Report / Folge 147 / Zuspelungen cleanfeed, Polen: EU-Osterweiterung (Gestaltung: Günther Kogler), 10.3.1998; ORF Multimediales Archiv, Report, Polen – Wäscherei (Angst vor EU) (Gestaltung: Birgit Schwarz), 7.1.2003.

¹²¹ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU - Türkei (Gestaltung: Patricia Pawlicki), 2.3.2004; ORF Multimediales Archiv, Report, Türkei – EU (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 5.10.2004.

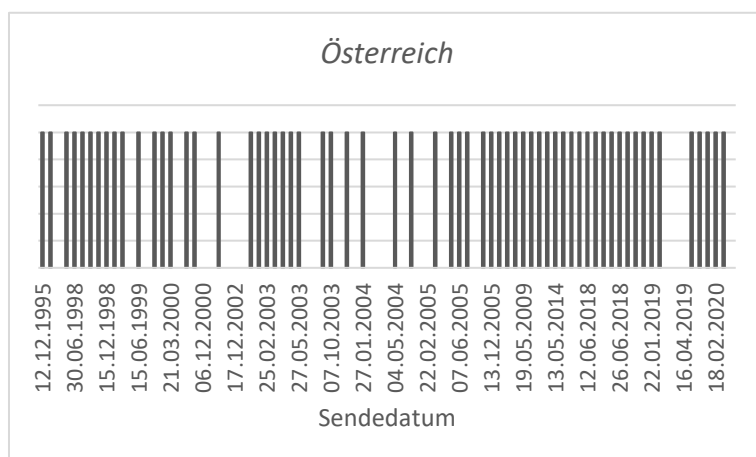
¹²² Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Tabakpolitik (Gestaltung: Martin Pusch und Oliver Tanzer), 7.10.2003; ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Budget (Gestaltung: Evamaria Kaiser), 12.6.2018.

¹²³ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Zuwanderung Arbeitsmarkt (Gestaltung: Sophie-Kristin Hausberger und Martina Schmidt), 12.6.2018; ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Sozialunion (Gestaltung: Helga Lazar und Katja Winkler), 12.6.2018;

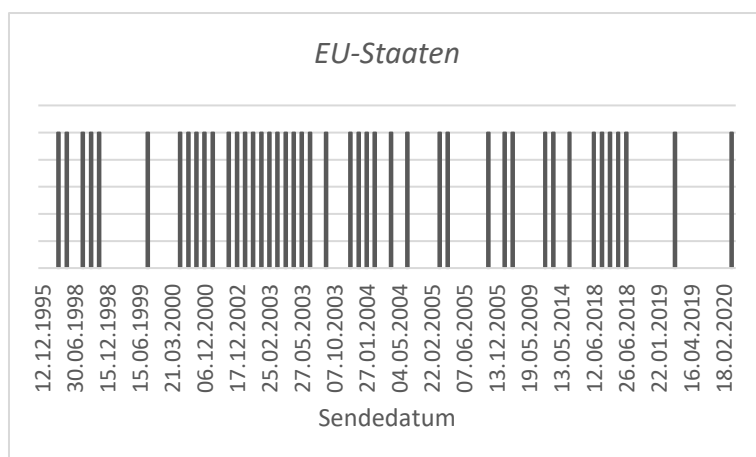
Die Anzahl der weiblichen Politikerinnen pro Sendung nimmt mit den Jahren zwar nicht zu, jedoch kommen sie ab der Jahrtausendwende häufiger in kürzeren Abstand zueinander vor. Besonders merkbar ist diese Verdichtung bei den sprechenden österreichischen (EU-)Politikerinnen. Hier wäre es nötig nachzuforschen, welche Faktoren zu dieser Entwicklung führten: möglich wäre sowohl, dass die Anzahl weiblicher Politikerinnen durch die Erweiterung der EU zunahm, aber auch, dass eine grundlegende Öffnung der Politiksphäre für Frauen stattfand. Da die Zahlen für Österreich in dieser Hinsicht am deutlichsten sind, scheint die zweite These jedoch am plausibelsten zu sein.

Was die Bürger:innen betrifft, ist weder bei den Männern noch bei den Frauen eine Richtungstendenz erkennbar. Die jeweilige Höchstzahl wurde zwischen 2000 und 2010 erreicht, was aber in erster Linie auf die erhöhte Beitragsdichte in diesem Zeitraum zurückzuführen ist.

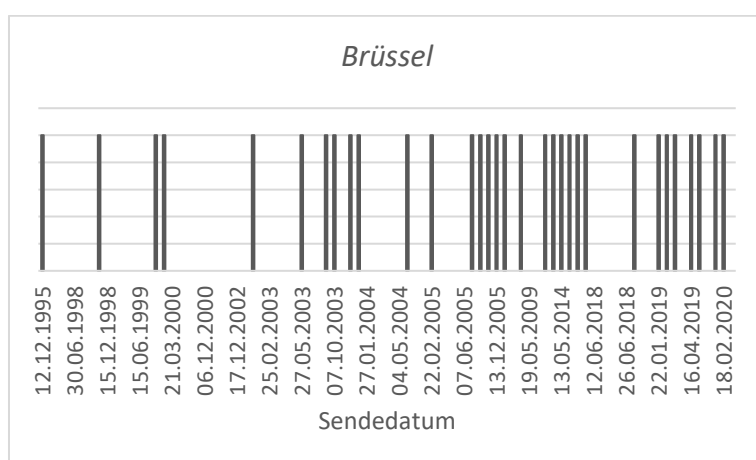
Bei den Themen wurden für die drei größten Kategorien (*Österreich*, *EU-Staaten* und *Brüssel*) Zeitstrahlen angefertigt, welche die Häufigkeit des Vorkommens veranschaulichen. Dabei wird auf den ersten Blick sichtbar, was schon in Kapitel 5.2.1 (Tabelle 1) erwähnt wurde. Nämlich, dass *Österreich* (Graph 30) weitaus am häufigsten und *Brüssel* (Graph 32) verglichen dazu deutlich seltener vorkommt. Was man jedoch erkennt, ist, dass Beiträge mit der Thematik *EU-Staaten* (Graph 31) ab der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes im Vergleich zu ersten abnehmen, während es bei der Kategorie *Brüssel* umgekehrt der Fall ist. Hier stellt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang gibt und die Zunahme des einen Themas automatisch zur Abnahme des anderen führt.



Graph 30: Verteilung des Themencodes *Österreich* (1995–2020)



Graph 31: Verteilung des Themencodes *EU-Staaten* (1995–2020)

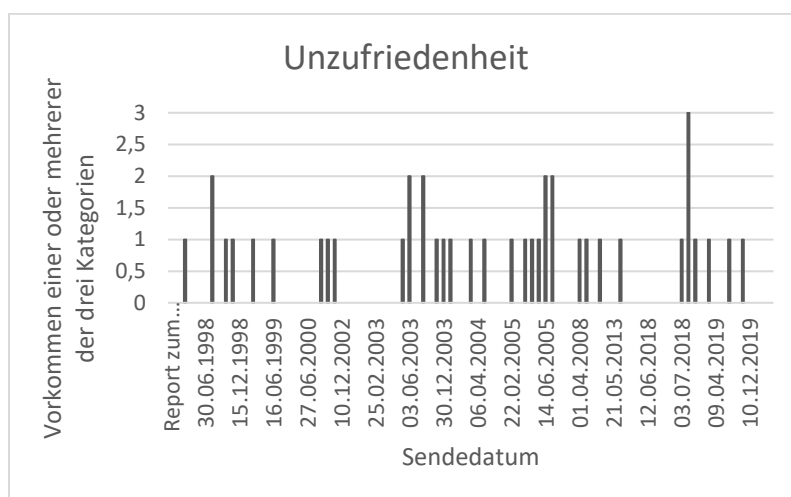


Graph 32: Verteilung des Themencodes *Brüssel* (1995–2020)

Zu guter Letzt soll ein Blick auf die Verteilung jener Kategorien geworfen werden, die unter dem Sammelbegriff *Unzufriedenheit* zusammengefasst wurden: *Widerstand*, *Kritik* und *Skepsis*. Hiermit soll dargestellt werden, wann vermehrt negative Eindrücke zur EU im „Report“ präsent waren. Besonders viele Beiträge, in denen mindestens eine der drei Kategorien angewandt wurde, fallen in die Mitte des Zeitstrahls (Graph 33), die höchste Anzahl fällt jedoch auf einen Beitrag am 18. September 2018. Dieser Beitrag¹²⁴ – er wirft einen Blick auf die Vorbereitungen zum anstehenden EU-Gipfel in Salzburg und die dort zu verhandelnden Themen – ist der einzige, in dem alle drei Kategorien gemeinsam vorkommen. Die Salzburger sind unzufrieden mit dem Verkehrsaufkommen und den Ausgaben, welche durch den Gipfel in der Stadt verursacht werden. Expert:innen kritisieren vor allem die Migrations- und Grenzpolitik der EU, während allgemein Skepsis herrscht, dass es unter dem österreichischen Vorsitz zu bahnbrechenden Ergebnissen für die Union kommen wird.

¹²⁴ Vgl. ORF Multimediales Archiv, Report, Salzburg vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Roland Adrowitzer), 18.9.2018.

Zu Beginn der 2000er Jahre sind es vor allem Reformen und die darum angesiedelten Debatten (etwa im Hinblick auf eine EU-Verfassung), Finanzausgaben sowie die Osterweiterung (inklusive der Diskussion um einen möglichen Beitritt der Türkei), die Unmut bei den Europäer:innen auslösen. Dabei dominiert vor allem der Widerstand aus der Bevölkerung, der sich in Protesten und Volksbefragungen äußert. Politische Kritik an der EU wird in den Sendungen hauptsächlich von der FPÖ kommuniziert, die in ihr eine Gefahr für die österreichische Autonomie herbeibeschwört. Im Falle von Kritik durch Expert:innen geht es hingegen immer um konkrete Gesetzesvorhaben oder Handlungen, z.B. im Hinblick auf die Agrarförderung oder die bereits erwähnte Migrationspolitik. Ein von allen Seiten angesprochenes Problem bildet die fehlende Bürgernähe, die Hand in Hand mit als zu stark empfundenen Regulierungsagenda und Bürokratisierung der EU-Institutionen einherzugehen scheint.



Graph 33: Verteilung der Themencodes *Widerstand*, *Kritik* und *Skepsis* zusammengefasst (1995–2020)

7.2 Fazit

Welche Erkenntnisse lassen sich nun aus dieser Arbeit bezüglich der Darstellung der EU mitnehmen? Zunächst einmal wird in den Beiträgen vermittelt, dass der bestimmende Akteur für die EU-Berichterstattung männlich und in der Politik tätig ist. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Genderrepräsentation problematisch, sondern könnte auch dazu beitragen, dass sich Bürger:innen nicht angesprochen fühlen. Im Fokus steht in der Regel die Darstellung politischer Arbeit, wodurch es erscheint, als hätten die Bürger:innen bei den Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht viel zu sagen – mit der Ausnahme, wenn sie ihre Unzufriedenheit äußern. Dadurch entsteht tatsächlich der Eindruck, als hätte die EU mit einem

Demokratiedefizit aufgrund mangelnder Bürgerbeteiligung (was vor allem durch die geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen sichtbar wird) zu kämpfen. Eine interessante Erkenntnis, die sowohl die Politik als auch die Bevölkerung betrifft, ist, dass Frauen verhältnismäßig stärker in Verbindung mit Brüssel (Politikerinnen) und anderen EU-Staaten (Bürgerinnen) auftreten als die Männer. Während also die männlichen Personen mit Bezug zu Österreich die Berichterstattung dominieren, sind Frauen zwar europäischer orientiert, jedoch deutlich in der Unterzahl.

Die Analyse zeigt außerdem, dass den Bereichen Finanzpolitik und Erweiterung der Mitgliedsstaaten tendenziell Missfallen entgegengebracht wird. Dies fügt sich mit der bereits erwähnten Erwartungshaltung zusammen, die EU sei ein Garant für Wohlstand. In den Beiträgen sind immer wieder Beschwerden von Österreicher:innen darüber zu hören, dass man als Land mehr in die EU einzahle als zurück käme. Die Erweiterung Richtung Osten habe wiederum die Arbeitsmarktsituation verschärft, auch hier geht es um die Angst vor dem eigenen Wohlstandsverlust. Zwar werden solche Behauptungen in den Beiträgen auch immer wieder mit diversen Fakten und Erfahrungsberichten entkräftet, doch erhalten die negativen Äußerungen – wie es in den Medien üblich ist – mehr Sendezeit. Es mangelt als grundsätzlich an Darstellungen der positiven Errungenschaften der Union. Am ehesten wird hier noch die Öffnung der Grenzen genannt, jedoch werden diese durch vorkommende Personen auch immer wieder in Frage gestellt, sodass das Thema durchaus umstritten erscheint. Das Bild der Grenzen kann durchaus als Sinnbild des Verhältnisses der Österreicher:innen mit der EU stehen: zwar genießt man die damit einhergehenden Vorteile für einen selbst, möchte diese aber nur ungern mit anderen teilen. Die ‚Anderen‘ sind in diesem Fall vor allem Osteuropäer:innen und Geflüchtete aus dem Globalen Süden.

Was die dargestellten Orte betrifft, ist zudem die Differenz zwischen städtischem und ländlichem Gebiet auffallend. Die ‚einfache‘ Bevölkerung wird meist im ruralen Raum dargestellt, während sich die wichtigsten Politiker:innen des Landes und Europas in städtischen Ballungszentren befinden. So wird die Distanz zwischen der EU und den Bürger:innen auch auf räumlicher Ebene verstärkt. Zu hinterfragen wäre auch die unterschiedliche Darstellungsform zwischen ‚Ost-‘ und ‚Westeuropa‘. Zwar scheinen die Muster nach der Erweiterungsphase etwas aufzubrechen, dennoch wirkt es über weite Teile so, als gehe es weniger darum einen informativen und diversen Eindruck über andere Regionen zu vermitteln als gesellschaftlich etablierte Vorannahmen zu bestätigen.

Eine signifikante Veränderung wie und als was (bzw. wer) die EU dargestellt wird, lässt sich seit dem Beitritt Österreichs jedenfalls nicht erkennen, obwohl seit Beginn der 2000er Jahre

bekannt ist, dass es diesbezüglich ein Kommunikationsproblem gibt und es an Identifikationsangeboten seitens der Union für die Bürger:innen mangelt. Was die Anzahl der Codes in den Sendungen betrifft, lässt sich eine geringe Zunahme beim Thema *Brüssel* wahrnehmen, jedoch ist diese noch zu schwach ausgeprägt, um zu behaupten, es käme zu einer wirklichen Trendwende. Außerdem wäre hier nachzuforschen, ob es Veränderungen auf europäischer Ebene gegeben hat, die dazu führten, dass die Berichterstattung zu *Brüssel* jene über die *EU-Staaten* zurückdrängte und warum *Österreich* nach wie vor mit sehr großem Abstand die Themenliste anführt. Neben der Häufigkeit besteht das Hauptproblem der EU jedoch weiterhin darin, dass sie kein identitätsstiftendes Narrativ aufbauen kann – zumindest kein positiv besetztes. Der politisch-bürokratische Aspekt bleibt im Vordergrund. Dieser schafft jedoch weder Nähe noch kollektive Zusammengehörigkeit, sondern wirkt in der Regel undurchschaubar und distanziert. Auch liegt der Fokus mehr auf den einzelnen Staaten und den zwischen ihnen herrschenden Machtkämpfen, die eigenen Wünsche und Anliegen durchzusetzen.

Zwar ist der „Report“ ein österreichisches Sendeformat und legt nachvollziehbarerweise den Fokus auf nationale Angelegenheiten, jedoch besteht der Sinn der EU darin, ein supranationaler Zusammenschluss zu sein, aus dem alle teilhabenden Länder einen Vorteil ziehen. Insofern muss es auch mehr Beiträge geben, die den Fokus nach außen richten (was zum Teil schon rund um die Osterweiterung geschah) und die vielfältigen Anliegen und Bereiche einer gemeinsamen europäischen Politik abdecken.¹²⁵ Zudem könnte es helfen die Bevölkerung vor Ort – und zwar in den verschiedenen Mitgliedsstaaten – nicht nur dann einzubeziehen, wenn etwas schlecht läuft, sondern auch wenn sich positive Entwicklungen abzeichnen – hier sei als Beispiel der Beitrag zu Bad Radkersburg genannt. Dadurch würden zwei Elemente zu tragen kommen: einerseits wird gezeigt, wie sich die EU-Politik in jenen alltäglichen Bereichen manifestiert, die ansonsten oftmals übersehen werden, andererseits, würde der ORF somit seine Agenda erfüllen, ein Fenster zu Europa zu bilden und Einblicke in die verschiedenen Lebenswelten auf dem Kontinent zu bieten. Dies wäre auch wichtig um rassistisch konnotierten Vorurteilen, die durch rechte Politiker:innen befeuert werden, entgegenzuwirken und kulturelle Vielfalt als ein positives Merkmal europäischer Identität zu etablieren, die letzten Endes einen Gewinn in einer global vernetzten Welt darstellt. Dafür wäre es ebenfalls wichtig, öfter aufzuzeigen wie sich historische Prozesse auf die Themen der Gegenwart ausgewirkt haben und welche

¹²⁵ Bezüglich dessen wäre eine Untersuchung der Berichterstattung in weiteren EU-Ländern für weitergehende Forschung von Interesse, um einen internationalen Vergleich für die Berichterstattung anderer Rundfunkanstalten zu erhalten.

Verbindungen hier zwischen den Mitgliedsstaaten liegen. Als Positivbeispiel sei hierbei die in der qualitativen Analyse untersuchte Sendung „Der große Europa-Report – Mehr oder weniger EU?“ erwähnt, welche mittels unterschiedlicher Stilmittel (Umfragen und deren graphische Auswertung bis hin zu Regional-Reportage über die konkreten Entwicklungen an der österreichisch-slowenischen Grenze) einen Verlauf von den Anfängen der EU-Mitgliedschaft bis in die Gegenwart herstellt.

Letztlich sollte eine Sache sowohl der politischen wie auch medialen Ebene bewusst sein: je länger die EU besteht, desto eher kann sich eine gesamteuropäische Geschichte formieren. Deshalb ist es so wichtig, dass es mehr EU-Berichterstattung gibt, denn sie wird in Zukunft als Quelle für das Bewusstsein einer gemeinsamen Vergangenheit und somit Identität dienen. Und dies wird eine Voraussetzung dafür sein, wie erfolgreich das europäische Projekt sein wird.

Abbildungsverzeichnis

Graph 1: Vorkommen Politiker gesamt mit Themencodes (Angaben in Prozent)	36
Graph 2: Vorkommen Politikerin gesamt mit Themencodes (Angaben in Prozent)	36
Graph 3: Vorkommen Bürger mit Themencodes (Angaben in Prozent)	37
Graph 4: Vorkommen Bürgerin mit Themencodes (Angaben in Prozent)	37
Graph 5: Vorkommen Experte mit Themencodes (Angaben in Prozent)	40
Graph 6: Vorkommen Expertin mit Themencodes (Angaben in Prozent)	40
Graph 7: Vorkommen Weibliche Personen aus ökonomischem Sektor mit Themencodes (Angaben in Prozent)	41
Graph 8: Vorkommen Männliche Personen aus ökonomischem Sektor mit Themencodes (Angaben in Prozent)	41
Graph 9: Vorkommen des Themencodes Österreich mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	42
Graph 10: Vorkommen des Themencodes EU-Staaten mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	42
Graph 11: Vorkommen des Themencodes Brüssel mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	43
Graph 12: Vorkommen des Themencodes Erweiterung mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	43
Graph 13: Vorkommen des Themencodes Widerstand mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	44
Graph 14: Vorkommen des Themencodes Kritik mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	44
Graph 15: Vorkommen des Themencodes Finanzlage mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	45
Graph 16: Vorkommen des Themencodes Wahlen mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	45
Graph 17: Vorkommen des Themencodes Wirtschaftspolitik mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	46
Graph 18: Vorkommen des Themencodes Reformpolitik mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	46
Graph 19: Vorkommen des Themencodes Vertiefung mit weiteren Themencodes (Angaben in Prozent)	47
Graph 20: Verteilung österr. (EU-)Politiker (1995–2020)	67
Graph 21: Verteilung österr. (EU-)Politiker stumm (1995–2020)	67
Graph 22: Verteilung nicht-österr. Politiker (1995–2020)	68
Graph 23: Verteilung nicht-österr. Politiker stumm (1995–2020)	68
Graph 24: Verteilung österr. (EU-)Politikerinnen (1995–2020)	69
Graph 25: Verteilung österr. (EU-)Politikerinnen stumm (1995–2020)	69
Graph 26: Verteilung nicht-österr. Politikerinnen (1995–2020)	69
Graph 27: Verteilung nicht-österr. Politikerinnen stumm (1995–2020)	69
Graph 28: Verteilung Bürger (1995–2020)	70
Graph 29: Verteilung Bürgerin (1995–2020)	70
Graph 30: Verteilung des Themencodes Österreich (1995–2020)	71
Graph 31: Verteilung des Themencodes EU-Staaten (1995–2020)	72
Graph 32: Verteilung des Themencodes Brüssel (1995–2020)	72
Graph 33: Verteilung der Themencodes Widerstand, Kritik und Skepsis zusammengefasst (1995–2020)	73

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bezeichnungen und Häufigkeit der Themencodes in den untersuchten Sendungen	26
Tabelle 2: Bezeichnungen und Häufigkeit der Personencodes in den untersuchten Sendungen	33
Tabelle 3: Unterteilung der Politikerinnen nach Sprechanteil und institutioneller Zugehörigkeit	34
Tabelle 4: Unterteilung der Politiker nach Sprechanteil und institutioneller Zugehörigkeit ..	34
Tabelle 5: Häufigste Themencodes bei Politiker gesamt (Angaben in Prozent)	38
Tabelle 6: Häufigste Themencodes bei Bürger (Angaben in Prozent)	38
Tabelle 7: Häufigste Themencodes bei Politikerin gesamt (Angaben in Prozent)	39
Tabelle 8: Häufigste Themencodes bei Bürgerin (Angaben in Prozent)	39

Literatur- und Quellenverzeichnis

Sekundärliteratur

Anderson, Benedict, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, Revised Edition, London, New York 2016.

Bauböck, Rainer/Monika Mokre/Gilbert Weiss, Nun wächst zusammen, was noch nie zusammengehörte, in: Monika Mokre/Gilbert Weiss/Rainer Bauböck (Hg.), *Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen*, Frankfurt am Main 2003, 9–21.

Bernhardt, Petra u. a., *EUropäische Bildpolitik. Politische Bildanalyse an Beispielen der EU-Politik*, Wien 2009.

Bernold, Monika, Fernsehen ist gestern. Medienhistorische Transformationen und televisuelles Dabeisein nach 1945, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 12 (2001) 4, 8–29.

Biedenkopf, Kurt, In Vielfalt geeint. Was hält Europa zusammen?, in: *Transit* 26 (2003), 29–47.

Diendorfer, Gertraud/Heidemarie Uhl (Hg.), *Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive*, Innsbruck 2009.

Dorfstätter, Petra, Visualisierung EU-Europas in österreichischen Tageszeitungen 2003/2004, in: Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl, *Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive*, Innsbruck 2009, 75–109.

Field, Syd, *Screenplay. The Foundations of Screenwriting*, Revised Edition, New York 2005.

Hayduck, Herbert, Archiv 2.0 reloaded - Vergangenheit hat Zukunft, in: *ORF Public Value Bericht* 2021/22 1, 42–43.

Hickethier, Knut, Dispositiv Fernsehen. Skizze eines Modells, in: *Montage/AV* 4 (1995) 1, 63–83.

Mattl, Siegfried, TV-Archive in Europa. Dokumentarische Beispiele, in: *Zeitgeschichte* 24 (1997) 7 8, 268–269.

Meckel, Miriam, Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung (*Studien zur Kommunikationswissenschaft* 3), Opladen 1994.

Merten, Klaus, *Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis*, Opladen 2004.

Neumüller, Marlies/Nicole Gonser, Alles anders? Unterscheidbarkeit als Kriterium für Public Value, in: Nicole Gonser (Hg.), *Die multimediale Zukunft des Qualitätsjournalismus. Public Value und die Aufgaben von Medien*, Wiesbaden 2013, 15–34.

Öhner, Vrääh, „Bilder lesen. Prolegomena zur Analyse von fotografischen Darstellungen EU-Europas“, in: Vrääh Öhner u. a. (Hg.), *Europa-Bilder*, Innsbruck [u. a.] 2005, 71–85.

Öhner, Vrääth, Bilderpolitik des Gesichts, Was sich aus dem Bestand des Online-Fotoarchivs der APA über die visuelle Repräsentation von EU-Europa lernen lässt – und was nicht, in: Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl, Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive, Innsbruck 2009, 63–73.

Öhner, Vrääth, „Eine einzige Österreich-Partei“. Europa-Bilder in den Informationssendungen des österreichischen Fernsehens“, in: Gertraud Diendorfer/Heidemarie Uhl, Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive, Innsbruck 2009, 11–37.

Öhner, Vrääth u. a. (Hg.), Europa-Bilder, Innsbruck u. a. 2005.

Öhner, Vrääth u. a., „Vorwort“, in: Europa-Bilder in: Vrääth Öhner u. a. (Hg.), Europa-Bilder, Innsbruck [u. a.] 2005, 7–11.

Otto, Kim/Claudio Höll/Andreas Elter, Magazinjournalismus im Fernsehen. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis (Journalistische Praxis), Wiesbaden 2020.

Paul, Gerhard, Europabilder des 20. Jahrhunderts. Bilddiskurse – Bilderkanon – visuelle Erinnerungsorte, in: Benjamin Drechsel u. a. (Hg.), Bilder von Europa. Innen und Außenansichten von der Antike bis zur Gegenwart, Bielefeld 2010, 255–281.

Pensold, Wolfgang, Auf rot-weiß-roter Welle. Eine Geschichte des österreichischen Rundfunks, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder, Österreichische Mediengeschichte. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Band 2), 151–173.

Pribersky, Andreas, Europa als Symbol politischer Image-Konstruktionen. Bilder & Politik, in: Vrääth Öhner u. a. (Hg.), Europa-Bilder, Innsbruck [u. a.] 2005, 87–102.

Puntscher Riekman, Sonja/Ruth Wodak, ‚Europe for All‘ – diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten, in: Monika Mokre/Gilbert Weiss/Rainer Bauböck (Hg.), Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen, Frankfurt am Main 2003, 283–303.

Tschiggerl, Martin/Thomas Walach/Stefan Zahlmann, Geschichtstheorie, Wiesbaden 2019.

Uhl, Heidemarie, „Europa kommunizieren – Europa visualisieren“, in: Vrääth Öhner u. a. (Hg.), Europa-Bilder, Innsbruck [u. a.] 2005, 141–166.

Wiesner, Robert, „Achtung Politik“ – Die politischen Magazine, in: Andreas Novak/Oliver Rathkolb (Hg.), Die Macht der Bilder, Berndorf 2017, 171–175.

Online-Links

Am Schauplatz, Report, Eco, Thema, Weltjournal: Mehr Zuschauer für ORF-Magazine, Der Standard, <https://www.derstandard.at/story/2000113331069/am-schauplatz-report-eco-thema-weltjournal-mehr-zuschauer-fuer-orf> (abgerufen 10.5.2023).

Austria. Socio-demographic trendlines – EP Eurobarometer (2007-2019), 5. Ausgabe, Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be->

heard/eurobarometer/2019/socio-demographic-trends-national-public-opinion-ed5/at-en-socio-demographic-trendlines.pdf (abgerufen 10.5.2023).

Chataffäre. ORF-Chefredakteur Schrom tritt zurück, ORF, <https://orf.at/stories/3293073/> (abgerufen 10.5.2023).

Die KommAustria,
https://www.rtr.at/medien/wer_wir_sind/KommAustria/KommAustria.de.html (abgerufen 10.5.2023).

Europaweite Ergebnisse, Wahlbeteiligung, Europäisches Parlament,
<https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlbeteiligung/> (abgerufen 10.5.2023).

Hochner-Preis 2019 geht an ORF-„Report“, ORF, <https://orf.at/stories/3121591/> (abgerufen 10.5.2023).

Leitbild und Werte, Das Leitbild des ORF, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/leitbild-werte/leitbild/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

Leitbild und Werte, Gleichstellung und Frauenförderung, ORF,
<https://der.orf.at/unternehmen/leitbild-werte/gleichstellung/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

Programmrichtlinien (P-RL), ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/leitbild-werte/programmrichtlinien/orf-programmrichtlinien102.pdf>, 2 (abgerufen 10.5.2023).

Public Value, Unternehmen, ORF, https://zukunft.orf.at/show_content.php?sid=108 (abgerufen 10.5.2023).

Recht und Grundlagen, Das Qualitätssicherungssystem des ORF, ORF,
<https://der.orf.at/unternehmen/recht-grundlagen/qualitaetssicherungssystem/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

Recht und Grundlagen, Europäische Regulative für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ORF, <https://der.orf.at/unternehmen/recht-grundlagen/eu-regulative/index.html> (abgerufen 10.5.2023).

Sendungen von A – Z, Report, ORF,
<https://der.orf.at/unternehmen/programmangebote/fernsehen/sendungen/sendungen-n-r/report100.html> (abgerufen 10.5.2023).

Quellen ORF-Archiv (nach Erscheinungsdatum)

ORF Multimediales Archiv, Der Report, Folge 39, Ein (1) Jahr EU (Gestaltung: Gerhard Jelinek), 12.12.1995.

ORF Multimediales Archiv, Report / Zuspelungen Cleanfeed, EU-Wahl (Gestaltung: Klaus Hipf und Gerhard Jelinek), 20.8.1996.

ORF Multimediales Archiv, Der Report / Folge 147 / Zuspelungen cleanfeed, Polen: EU-Osterweiterung (Gestaltung: Günther Kogler), 10.3.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Sachthemenmarathon (Gestaltung: Patricia Pawlicki und Eva Twaroch), 30.6.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Kritik (Gestaltung: Hanno Settele und Rainer Hazivar), 30.6.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Vorbereitungen (Gestaltung: Günther Kogler, Thomas Langpaul und Sabine Zink), 30.6.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, Die EU sucht Bürgernähe (Gestaltung: Ernst Johann Schwarz und Sabine Zink), 20.10.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, Gebremste EU-Erweiterung (Gestaltung: Gerhard Jelinek und Klaus Hipfl), 10.11.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Gipfelnachlese (Gestaltung: Gerhard Jelinek, Patricia Pawlicki und Klaus Hipfl), 15.12.1998.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Wahl Quereinsteiger (Gestaltung: Günther Kogler und Ernst Johann Schwarz), 11.5.1999.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Wahl (Gestaltung: Patricia Pawlicki und Thomas Langpaul), 25.5.1999.

ORF Multimediales Archiv, Report International, EU – Moskau und Washington (Gestaltung: Barbara Ladinser und Eugen Freund), 2.6.1999.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Wahl Folgen (Gestaltung: Gerhard Jelinek, Marie-Theres Euler-Rolle und Patricia Pawlicki), 15.6.1999.

ORF Multimediales Archiv, Report International, EU / Finnland / Griechenland – (Wahl – Sieg und Niederlage) (Gestaltung: Ernst Johann Schwarz und Anna Kourela), 16.6.1999.

ORF Multimediales Archiv, Der Report, EU-Kommissar (Gestaltung: Patricia Pawlicki, Gerhard Jelinek und Astrid Plank), 6.7.1999.

ORF Multimediales Archiv, Report, Österreich und die EU (Gestaltung: Marie-Theres Euler-Rolle), 14.3.2000.

ORF Multimediales Archiv, Report, Vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Gerhard Jelinek, Patricia Pawlicki und Marie-Theres Euler-Rolle), 21.3.2000.

ORF Multimediales Archiv, Report International, Frankreich – EU-Bauern (Gestaltung: Hans Woller), 14.6.2000.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Sanktionen (Gestaltung: Gerhard Jelinek, Katinka Nowotny und Patricia Pawlicki), 27.6.2000.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Sanktionen / Volksbefragung (Gestaltung: Klaus Hipfl, Marie-Theres Euler-Rolle und Rainer Hazivar), 4.7.2000.

ORF Multimediales Archiv, Report International, EU-Gipfel Nizza (Gestaltung: Lorenz Gallmetzer), 6.12.2000.

ORF Multimediales Archiv, Report, Irland – Abstimmung über EU-Erweiterung (Gestaltung: Heidi Frank), 15.10.2002.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Agrar (Landwirtschaft) (Gestaltung: Heidi Frank und Marie-Theres Euler-Rolle), 29.10.2002.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Osterweiterung (Gestaltung: Marion Mayer-Hohdahl), 10.12.2002.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Grenzpolizei (Gestaltung: Heidi Frank), 17.12.2002.

ORF Multimediales Archiv, Report, Polen – Wäscherei (Angst vor EU) (Gestaltung: Birgit Schwarz), 7.1.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Kirche in der EU-Verfassung (Gott + EU) (Gestaltung: Evamaria Kaiser), 21.1.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Preise (Gestaltung: Heidi Frank und Evamaria Kaiser), 4.2.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU / Burgenland (Gestaltung: Heidi Frank und Dorottya Kelemen), 25.2.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Slowenien – Weg in die EU (Gestaltung: Alexander Sattmann), 18.3.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU / Skeptische Nachbarn (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 15.4.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Slowakei: EU-Referendum (Gestaltung: Joana Radzyner), 13.5.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Personaldebatten EU (Gestaltung: Herbert Geistlinger und Roland Adrowitzer), 27.5.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Polen – Kirche gegen EU-Beitritt (Gestaltung: Joana Radzyner), 3.6.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU und Balkan (Gestaltung: Christian Wehrschütz), 17.6.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU und Bürgernähe (Gestaltung: Fritz Jungmayr und Stefan Gehrler), 24.6.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Tabakpolitik (Gestaltung: Martin Pusch und Oliver Tanzer), 7.10.2003.

ORF Multimediales Archiv, EU-Osterweiterung (Gestaltung: Alexander Sattmann und Ernst Johann Schwarz), 2.12.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Jahresrückblick, EU und Europa (Gestaltung: Roland Adrowitzer), 30.12.2003.

ORF Multimediales Archiv, Report, Anarchisten gegen EU (Gestaltung: Andreas Pfeifer und Ernst Kernmayer), 13.1.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-reife Slowakei?? (Gestaltung: Joana Radzyner), 27.1.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU - Türkei (Gestaltung: Patricia Pawlicki), 2.3.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-kritische Schweiz (Gestaltung: Carola Schneider), 16.3.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Arbeitsmarkt (Gestaltung: Patricia Pawlicki), 6.4.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, Umfrage (Haltung der Österreicher zur EU) (Gestaltung: Evamaria Kaiser), 4.5.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, Neuer EU-Kommissionspräsident (Gestaltung: Stefan Gehrler), 29.6.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, Türkei und EU (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 20.9.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, Türkei – EU (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 5.10.2004.

ORF Multimediales Archiv, Report, Asyl Kroatien – EU / Flüchtlingsstopp (Gestaltung: Patrick Hafner), 22.2.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Radarstrafen (Gestaltung: Jörg Hofer und Michael Klonfar), 1.3.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Frankreich (vor Abstimmung über EU-Verfassung) (Gestaltung: Eva Twaroch), 24.5.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Fakten: nach Frankreich-Abstimmung (Referendum über EU-Verfassung) (Gestaltung: Martin Pusch), 31.5.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Fakten: EU (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 7.6.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Streit im Dorf (Agrarförderung EU) (Gestaltung: Ernst Kernmayer), 14.6.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Türkei und EU (Gestaltung: Stefan Daubrawa), 3.10.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Finzen (Gestaltung: Günther Kogler und Alexander Sattmann), 6.12.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Vorbereitung EU (Gestaltung: Günther Kogler), 13.12.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU Gipfel (Gestaltung: Stefan Daubrawa und Robert Wiesner), 20.12.2005.

ORF Multimediales Archiv, Report, Unvertrag EU-Vertrag (Gestaltung: Helga Lazar und Günter Kogler), 1.4.2008.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Wahl Strategie (Gestaltung: Klaus Dutzler und Ernst Kernmayer), 17.3.2009.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Wahl (Gestaltung: Ernst Kernmayer und Ernst Johann Schwarz), 19.5.2009.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Wahl – Protestwahl (Gestaltung: Helga Lazar und Martina Schmidt), 19.5.2009.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Kommissare (Gestaltung: Raimund Löw), 17.11.2009.

ORF Multimediales Archiv, Report, Vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Martin Pusch und Ernst Johann Schwarz), 21.5.2013.

ORF Multimediales Archiv, Report, Sündenbock EU (Gestaltung: Alexander Sattmann), 13.5.2014.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU Entscheidungen (Gestaltung: Alexander Sattmann und Helga Lazar), 24.6.2014.

ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Mehr oder weniger EU (Gestaltung: Yilmaz Gülüm), 12.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Migration (Gestaltung: Jakob Horvath und Martin Pusch), 12.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Zuwanderung Arbeitsmarkt (Gestaltung: Sophie-Kristin Hausberger und Martina Schmidt), 12.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Sozialunion (Gestaltung: Helga Lazar und Katja Winkler), 12.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Budget (Gestaltung: Evamaria Kaiser), 12.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, Der große Europa-Report „Mehr oder weniger EU?“, Intro + Umfrage – VAZ (Gestaltung: Yilmaz Gülüm), 12.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Flüchtlingspolitik (Gestaltung: Yilmaz Gülüm und Martina Schmidt), 26.6.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU Vorsitz Grenzschutz (Gestaltung: Tim Cupal), 3.7.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, Salzburg vor dem EU-Gipfel (Gestaltung: Roland Adrowitzer), 18.9.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU (Gestaltung: Peter Fritz und Tim Cupal), 25.9.2018.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU Quereinsteiger (Gestaltung: Jakob Horvat und Martina Schmidt), 22.1.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Umfrage (Gestaltung: Katja Arthofer, Yilmaz Gülüm und Jürgen Nussbaumer), 5.2.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Gipfel-Vorschau / Brexit (Gestaltung: Tim Cupal), 9.4.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, Glyphosat / EU-Bürgerinitiative (Gestaltung: Vanessa Böttcher), 16.4.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, Desinformation EU-Wahl (Gestaltung: Stefan Daubrawa und Sophie-Kristin Hausberger), 16.4.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, KPÖ / EU-Wahlkampf (Gestaltung: Helga Lazar), 7.5.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, ÖVP-EU-Kurs (Gestaltung: Martin Pusch und Ernst Johann Schwarz), 14.5.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Kommission (Gestaltung: Peter Fritz), 10.12.2019.

ORF Multimediales Archiv, Report, EU-Politik (Gestaltung: Sophie-Kristin Hausberger, Helga Lazar und Helma Poschner), 18.2.2020.

ORF Multimediales Archiv, Report, Corona-Maßnahmen / EU (Gestaltung: Martin Pusch und Sophie-Kristin Hausberger), 21.4.2020.

Dankenswerterweise von der „Report“-Redaktion zur Verfügung gestellt:

ORF, Report, 25 Jahre Report (Leitung: Wolfgang Wagner), 3.3.2020.

Abstract

Seit dem österreichischen Beitritt zur Europäischen Union 1995 sind die Zufriedenheitswerte mit der Mitgliedschaft hierzulande deutlich gesunken. Die EU schafft es nicht, ein positives Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Deshalb untersucht diese Arbeit die Darstellung der EU in den Medien, und zwar am Beispiel des Politikmagazins „Report“ des öffentlich-rechtlichen Senders in Österreich, dem ORF. Als Zeitraum wurden die Jahre 1995 bis 2020 gewählt. Somit deckt die Arbeit 25 Jahre an Berichterstattung ab, was es ermöglicht, einen umfassenden Eindruck zu erhalten, welche Perspektiven und Narrative über die EU vermittelt werden. Methodisch wird sowohl mittels quantitativer und qualitativer Analyse untersucht, welche Themen, Personen und Sprachbilder in den Beiträgen des „Reports“ vorkommen. Die Arbeit zeigt auf, dass vor allem männliche Politiker und nationale Perspektiven dominieren und eine Distanz zwischen Politik und Bevölkerung herrscht, die sich auch räumlich im Gegensatz zwischen Stadt und Land abzeichnet. Das mediale Bild der EU hat sich seit der Mitgliedschaft Österreichs –aufgrund mangelnder Diversität und Perspektiven – nicht wesentlich verändert und ist weiterhin von Skepsis und Missfallen seitens der Bürger:innen geprägt.

Since Austria joined the European Union in 1995, the public opinion on membership has decreased significantly. The EU has been struggling to express a positive sense of unity. Therefore, this paper examines the portrayal of the EU in the media, using the example of the political magazine “Report” by Austria's public broadcaster ORF. The years 1995 to 2020 were chosen as the period. The paper therefore is dealing with 25 years of coverage, giving an insight into the perspectives and narratives expressed about the EU. Methodologically, both quantitative and qualitative analysis have been used to examine which topics, individuals and rhetorics appear in the contributions to the “Report”. The paper shows that male politicians and national perspectives are dominating, and that there is a distance between the Representatives of the EU government and the population, which is also reflected in the contrast between urban and rural populations. The media image of the EU has failed to improve – due to a lack of perspectives and diversification – throughout the course of the membership, and Austria's population has remained sceptical and disapproving.